Die Berliner Umweltzeitung Februar / März 2015

DER RABE RALF

Herausgegeben seit 1990 von der GRÜNEN LIGA Berlin e.V. - Netzwerk ökologischer Bewegungen

IGA 2017 in Berlin - der Waldumbau am Kienberg Seite 6

Umstrittenes Freihandelsabkommen TTIP und EU-Kommission Seiten 16/17

Kritischer Agrarbericht - Agrarindustrie und Bäuerlichkeit Seite 22

Karikatur: Freimut Woessner

DER RABE RALF
Die Berliner Umweltzeitung
GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen
Jetzt abonnieren!
Abo-Coupon Seite 11

PVSt - DPAG - A 14194 - I (2015) - Entgelt bezahlt • GRÜNE LIGA Berlin e.V., Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin, Tel. (030) 44 33 91-47/-0, Fax -33 • ISSN 1438-8065 • 26. Jahrgang, Nr. 184

Liebe RABE RALF-Leser_innen,

aufgrund der politischen Entwicklungen um den Terroranschlag auf die Redaktion der Satirezeitschrift Charlie Hebdo am 7. Januar in Paris sowie die zunehmende aus-

EditoriaL

länderfeindliche und rassistische Stimmungsmache in Deutschland ist diese Ausgabe eine besondere. Die RABE RALF Redaktion möchte ganz klar für Meinungs- und Pressefreiheit und gegen Rassismus Stellung nehmen. Deshalb gibt es auf der Titel- und Rückseite zwei Karikaturen unseres Zeichners Freimut Woessner als zutreffenden Kommentar zur aktuellen gesellschaftspolitischen Diskussion.
Die Haupthemen dieser Ausgabe sind die Agrar- und Energiepolitik sowie der Klimaschutz.
DER RABE RALF braucht mehr Abonnent_innen. Deshalb starten wir eine Abo-Werbekampagne. Allerdings erhöht sich der jährliche Abo-Preis wegen der ständig steigenden Kosten für Druck und Versand ab dem 1. Februar auf 25 Euro. Wir bitten für diesen notwendigen Schritt um Verständnis.
Die Redaktion wünscht viel Spaß bei der Lektüre der neuen Ausgabe. Für Anregungen, Artikelvorschläge, Kritik und Lob sind wir immer dankbar - schreiben Sie uns!
raberalf@grueneliga.de

Jochen Mühlbauer

Aus dem Inhalt

Olympia-Volksbefragungsgesetz 3
Stopp für EU.Atom-Subventionen! 4
50.000 haben Agrarindustrie satt 5
IGA 2017: Waldumbau am Kienberg . . 6
Eine klimaneutrale Hauptstadt 7
Braunkohle bedroht Trinkwasser 8
Wettbewerb: Urbane Paradiese 9
Windenergie im Lebensraum Wald . . 10
Infodienst Gentechnik. 11
Lima und Klima-Aktionsprogramm 12/13
Einführung ins Thema Klimaflucht . . . 14
Wasser Messe 2015 in Berlin. 15
Kritik am Handelsabkommen TTIP.16/17
Japan: Atomkraft im Aufwind? 18
Atomkraft als touristische Attraktion? . 19
Keine nachhaltige Entwicklung. . . .20/21
Kritischer Agrarbericht 2015 22
Nutztierrasse + Tier des Jahres 2015. 23

Ralf Kocht 24
Global Classroom. 25/26
Umweltbibliothek 27
Termine/ Kleinanzeigen 28/29
Impressum 30
Umwelt-Adressen 31

20 Jahre UMWELTFESTIVAL

Am 14. Juni in Berlin das Klima mit nachhaltiger Stadtentwicklung schützen

Kann ich selbst meine Stadt begrünen? Berlin- eine Stadt mit umweltfreundlicher Mobilität? Wie funktioniert nachhaltiger Tourismus? Ökologisches, ressourceneffizientes Bauen - wie geht das? - Na, interessiert? Wir , **Die GRÜNE LIGA Berlin, laden Sie herzlich am 14. Juni von 11 bis 19 Uhr zum 20. UMWELTFESTIVAL am Brandenburger Tor ein!** Dabei werden die Verbesserung unseres Stadtklimas und die ökologische Entwicklung urbaner Räume im Mittelpunkt stehen.

Foto: GRÜNE LIGA Berlin

Um diese Themen mit Konzepten und Projekten vorstellen zu können, brauchen wir Sie! **Firmen, Verbände und Initiativen sind hiermit aufgerufen, sich als Aussteller am Brandenburger Tor und auf der Straße des 17. Juni anzumelden!** Auch alle Caterer wollen wir hiermit auffordern, sich bei uns anzumelden! Vor allem appellieren wir an die veganen Caterer, das Festival mit Leckereien zu beköstigen! Auf dem Festival dürfen selbstverständlich nur Lebensmittel mit Bio-Zertifikat anboten werden.

Beim Programm des UMWELTFESTIVALS ist für jeden etwas dabei! Dazu gehören politische Diskussionen, Livemusik, Informations- und Bildungsangebote, Straßentheater, Aktionen für die Kleine(re)n und die Fahrradsternfahrt des ADFC, welche am Großen Stern/Siegessäule endet. Auf der Festivalmeile können sich die Besucher_innen wieder auf gesunde, gentechnikfreie und schmackhafte Leckereien freuen.

Großer Preis des UMWELTFESTIVALS

2015 findet der Wettbewerb um den Großen Preis des UMWELTFESTIVALS zum dritten Mal statt. Auch dieses Jahr geht es der GRÜNEN LIGA Berlin darum, alltagstaugliche und nachhaltige Produkte und Ideen mit einer Modell- und Vorbildfunktion in den Blickpunkt zu rücken! Verschiedene Kriterien sollten hierbei erfüllt werden: Sinnhaftigkeit, Fairness und Ökologie.

Die von der Jury prämierten Gewinner_innen werden am Tag des Umweltfestivals auf der Hauptbühne am Brandenburger Tor präsentiert.

Schirmherr des Großen Preises ist auch 2015 wieder der Schauspieler Andreas Hoppe. Neu: jeder Aussteller kann sich gleich mit mehreren Produkten um den attraktiven Preis bewerben. Es gibt Geld- und Sachpreise zu gewinnen. **Der Einsendeschluss für alle Bewerbungen zum Großen Preis ist der 15. Mai.**

Cynthia Hösterey

Anmeldungen für Aussteller und Caterer ab sofort:
www.umweltfestival.de/anmelden

Alle Informationen:
umweltfestival@grueneliga.de
www.umweltfestival.de

ZeitzeicheN 2015 startet

Jetzt bewerben für den Deutschen Lokalen Nachhaltigkeitspreis!

Seit dem ersten Netzwerk21Kongress 2007 werden mit dem Deutschen Lokalen Nachhaltigkeitspreis ZeitzeicheN neue Ideen und herausragende Projekte zum Thema Nachhaltigkeit gewürdigt. Die Ausschreibung für den 9. ZeitzeicheN-Preis startet im Februar .

Mit dem Preis wird besonderes Engagement für eine lebenswerte Zukunft ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Es soll darauf aufmerksam gemacht werden, dass lokale und globale Nachhaltigkeitsziele längst nicht mehr „nur“ von einzelnen Initiativen verfolgt werden, sondern auch von Kommunen, Unternehmen und nicht zuletzt von Bürger_innen aller Altersgruppen getragen werden.

Letztendlich geht es um eine lebenswerte Zukunft, auch für die nachfolgenden Generationen.

Der Deutsche Lokale Nachhaltigkeitspreis 2015 wird in den Kategorien
- Initiativen
- Unternehmen
- Kommunen
- Jugend
- Internationale Partnerschaften
- Bildung für Nachhaltige Entwicklung

vergeben. Der Preis ist insgesamt mit 14.000 Euro dotiert. Er muss nicht zwingend in jeder Kategorie vergeben werden.

Bewerbungsverfahren

Die Bewerbung kann als Eigenbewerbung oder auf Vorschlag Dritter erfolgen. Sie ist auf dem vorgegebenen Formblatt online bis zum **10. Juli 2015** an das Kongressbüro zu richten. Bitte nutzen Sie das Online-Verfahren unter *www.netzwerk21kongress.de/zeitzeichen.*
Folgende Kriterien liegen der Bewertung zugrunde:
- Die Preisträger leisten einen spezifischen und innovativen Beitrag zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung von Kommunen in Deutschland.
- Die Preisträger integrieren möglichst weitgehend die Nachhaltigkeitsdimensionen Ökonomie, Ökologie, Soziales sowie die Geschlechtergerechtigkeit und den Eine Welt-Gedanken.
- Die Preisträger fördern die lokale Vernetzung von Akteuren.
- Die Aktivitäten der Preisträger sollten erlebbare Wirkungen hervorbringen und Modell- und Vorbildfunktion aufweisen. Die Erfahrungen sollten nach Möglichkeit übertragbar sein.
- Die Preisträger sollten sich auch außerhalb der beschrieben Aktivitäten nachhaltig verhalten und erwarten lassen, dass sie auch künftig für eine nachhaltige Entwicklung auf der kommunalen Ebene eintreten.

Die Bewertung der Vorschläge nimmt der Projektbeirat des Netzwerk-21Kongresses als unabhängige Jury vor. Die Jury entscheidet in nichtöffentlicher Sitzung über die Preiswürdigkeit der Bewerbungen. Die Entscheidung ist nicht anfechtbar, und der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Alle Preisträger und Preisträgerinnen werden in den Konferenzpublikationen veröffentlicht .

Gudrun Vinzing

Weitere Informationen und Bewerbungsformular:
www.netzwerk21kongress.de

ZeitzeicheN

Placebodemokratie

Das „Volksbefragungsgesetz“ zur Olympiabewerbung 2024/28

Offensichtlich hat der Berliner Senat aus der gescheiterten Bewerbung um die Spiele 2000, deren klägliches Ergebnis ganze neun Stimmen waren, gelernt. Denn eine Bewerbung gegen massiven Widerstand in der eigenen Bevölkerung kann nicht erfolgreich sein. 2,6 Millionen DM* wurden damals im Bewerbungszeitraum für die „Betreuung“ der IOC – Mitglieder, die Berlin besuchten, ausgegeben, am Ende also 289.000 DM pro Stimme.

SPD und CDU haben in den letzten Monaten immer wieder versprochen, dass die Berliner_innen hinsichtlich der Entscheidung für oder gegen eine Bewerbung für Olympische Spiele 2024 und /oder 2028 ein Wörtchen mitzureden haben. Die Umsetzung dieses Versprechens fällt allerdings mager aus. Obwohl bereits im Herbst 2013 über eine erneute Bewerbung Berlins nachgedacht wurde und der Senat beziehungsweise SPD und CDU also alle Zeit der Welt hatten, eine Verfassungsänderung anzustoßen mit der Möglichkeit, die Berliner_innen in einem für die Politik verbindlichen Volksentscheid abstimmen zu lassen, ist nichts passiert.

Auch ein Konzept für das Beteiligungsverfahren, liegt bis heute nicht vor. Stattdessen soll eine Ende Februar durchgeführte Forsa -Umfrage (circa 1.000 befragte Personen) die Grundlage der Entscheidung des DOSB am 21. März 2015 bilden, mit welcher Bewerberstadt (Hamburg oder Berlin) Deutschland „ins Rennen gehen wird“.

Und dann wird es noch ein „Volksbefragungsgesetz“ geben, welches die Möglichkeit eröffnet „die Bevölkerung nach ihrer Meinung zu fragen“. Wohl gemerkt, hier wird „das Volk“ lediglich nach seiner Meinung gefragt, es entscheidet nicht. Die Verbindlichkeit für eine solche „Befragung von oben“ ist in Berlin verfassungsrechtlich ausgeschlossen.

„Der Berliner Senat begeht Verfassungsbruch.“ Diese Auffassung vertreten die beiden Rechtsprofessoren Hermann K. Heußner von der Hochschule Osnabrück und Arne Pautsch von der Hochschule Ludwigsburg mit Blick auf das vom Berliner Senat am 20. Januar beschlossene „Volksbefragungsgesetz“. „Das Vorhaben der Regierungskoalition läuft darauf hinaus, dass sich Senat und Parlamentsmehrheit an der Verfassung vorbei Rechte anmaßen, die sie nicht haben“, so die Professoren.

Lieber Turnhallen sanieren statt Sportpaläste bauen

Foto: Uwe Hiksch - www.flickr.com

Dagegen würde eine von den Oppositionsparteien (Grüne, Linke und Piraten) geforderte Verfassungsänderung generell die Möglichkeit eröffnen, dass die Berliner_innen über Großprojekte (mit)entscheiden können. Das geht dem Senat offensichtlich zu weit. Also bleibt es bei dem Placebo und einer Meinungsabfrage am 13. September, zwei Tage bevor die Frist zur Bekanntgabe der Bewerbung beim IOC abläuft!

Darüber hinaus haben die Kritiker_innen hier, anders als bei einem Volksentscheid, keinen Einfluss auf den Inhalt der Fragestellung. Und erschwerend kommt hinzu, dass eine Abstimmung am 13. September ohne Kenntnis aller Bedingungen, Kosten und vor allem der Inhalte des „Host City Vertrages“ (Vertrag zwischen Berlin und IOC) eigentlich einer mutwilligen Täuschung der Bevölkerung gleichkommt.

Versprochen wird viel

Den Berliner_innen wird viel versprochen: Nachhaltigkeit, neue Stadtquartiere und wirtschaftlicher Aufschwung. Wie letztlich die Realität für die Bewohner_innen der Austragungsstädte und die öffentlichen Haushalte aussieht, kann man in Barcelona, Atlanta oder auch London sehen. In Barcelona, wo 1992 die Sommerspiele stattfanden, wurde das Gebiet um den Hafen durchsaniert und umgebaut. *La Barceloneta* am Meer war ein Viertel der „kleinen Leute“, der Fischer und Künstler_innen. Heute kann sich niemand mit einem normalen Einkommen dort eine Wohnung leisten.

In Atlanta 1996 wurden nicht nur 2.000 Sozialwohnungen abgerissen, sondern auch 6.000 Mieter_innen zwangsgeräumt und während der Wettkämpfe 9.000 Obdachlose in Gewahrsam genommen, um die Stadt olympiatauglich herzurichten. In allen Ausrichterstädten stiegen im Zuge des Umbaus der Stadt für den 17-Tage-Megaevent die Mieten. So verzeichnete Sydney zwischen 1993 (Entscheidung des IOC) und 2000 (Austragung der Sommerspiele) einen Anstieg der Mieten um durchschnittlich 40 Prozent.

Auch der Londoner Osten wurde im Zuge der Olympischen Spiele 2012 durch die konservative Stadtregierung erfolgreich aufgewertet. Dort befindet sich heute eines der teuersten Kaufhäuser Europas und die Wohnungen im „Olympischen Dorf“ werden ab 300.000 Euro zum Verkauf angeboten. Und was blieb in Athen von den Spielen 2004? Ein Schuldenberg und gigantische Ruinen, weil es keine tragfähigen Nachnutzungskonzepte gibt.

Turnhallen statt Sportpaläste

Auch für die Großsporthallen in Berlin, die im Zuge der Olympiabewerbung Anfang der 90er Jahre gebaut wurden und jetzt vom Senat als tolle vorhandene Sportstätten gehandelt werden, gibt es bis heute keine kostendeckenden Betreiberkonzepte. Allein zur Deckung der Betriebsverluste für die Max-Schmeling-Halle und das Velodrom wendet Berlin jährlich mehr als vier Millionen Euro auf. Die Verpflichtungsermächtigungen (das sind fest einzuplanende Ausgaben) bis 2019 betragen mehr als 20 Millionen Euro, und da ist von baulicher Unterhaltung oder Sanierung noch keine Rede. Bis 2024 werden also circa 130 Millionen Euro (oder 20 Schulturnhallen) nur zur Deckung der Betriebsverluste aufgewendet werden.

Die Hallen entsprechen zudem nicht den Standards der internationalen Sportverbände, deshalb fand die Schwimmweltmeisterschaft 2014 nicht in der Schwimm-und Sprunghalle an der Landsberger Allee statt. Neue, zusätzliche Großsporthallen würden noch mehr Überkapazitäten schaffen, während die Schulen und Turnhallen der Stadt vor sich hin gammeln. Berlin braucht dringend mehr und gute Anlagen für den Breitensport.

Der Sanierungsbedarf der Berliner Sportanlagen für den Breitensport liegt laut Landessportbund aktuell bei 300 Millionen Euro und wird bis 2024 weiter steigen. Das Abgeordnetenhaus hat hingegen gerade einmal neun Millionen Euro für das Sportanlagen-Sanierungsprogramm zur Verfügung gestellt. Die Sanierung und Modernisierung der Sportanlagen für alle wäre eine wirkliche zukunftsorientierte Investition.

Wieviel kosten die fünf Ringe?

Bescheidenheit lautet ein anderes Versprechen. Eine Studie der Universität Oxford aus dem Jahr 2012 hat für den Zeitraum von 1960 bis 2012 die Kostenüberschreitung Olympischer Spiele anhand der letztlich angegebenen realen Kosten im Abgleich mit den in der Bewerbung ursprünglich genannten Kosten, ermittelt. Die Kostenüberschreitung betrug durchschnittlich 252 Prozent. Es darf aber davon ausgegangen werden, dass sie real viel höher ist, denn viele Ausgaben wie Erschließungskosten, Gutachten und Infrastrukturmaßnahmen tauchen in den offiziellen Angaben gar nicht auf.

Jules Boykoff vom *Guardian* schreibt 2012 zur Frage der Kostenentwicklung in London: Die Bewerbung der Stadt versprach: „Jeder Sektor der Wirtschaft wird von der Durchführung der Olympischen Spiele profitieren.” Ursprünglich waren 2,4 Milliarden britische Pfund eingeplant; 2007 waren die Kosten schon auf 9,3 Milliarden Pfund hochgeschnellt. Inzwischen berechnete der Olympia Kritiker Julian Cheyne von *Games Monitor* die Kosten auf 13 Milliarden Pfund. Eine Untersuchung von *Sky Sports*, die auch erweiterte Ausgaben für den Verkehr beinhaltete, katapultierte die Kosten für die Fünf-Ringe in London 2012 auf 24 Milliarden Pfund. Das entspricht einer Verzehnfachung der Kosten.

Judith Demba

Weitere Informationen:
www.nolympia-berlin.de

** Quelle: Fraktion Bündnis90/ Grüne(AL)/UFV*

Spendenaufruf für NOlympia!

Sie möchten nicht, dass Milliardengewinne an das IOC fließen, während die Stadt leer ausgeht? Dann unterstützen Sie die NOlympia-Kampagne mit einer Spende. Wir freuen uns über jeden Beitrag – herzlichen Dank!

Spendenkonto:
GRÜNE LIGA
IBAN:
DE75100205000003060515
BIC: BSWDE33
Verwendungszweck:
NOlympia-Kampagne

Kein Geld für Atom – Stoppt Brüssel!

Kampagne gegen Subventionen für Riesen-AKW in England

Im englischen Hinkley Point, unweit des Exmoor National Parks, soll direkt an der Atlantikküste eines der größten Atomkraftwerke der Welt entstehen, wenn es nach dem Willen des *Energieriesen Electricité de France (EdF)* geht. Schon heute stehen dort zwei Reaktorblöcke, der Betreiber möchte jetzt noch zwei weitere dazu errichten. Dieses Großprojekt ist nicht nur energiepolitisch ein Rückschritt, es ist auch wirtschaftlich sinnlos. Nur mit massiven Subventionen durch die britische Regierung, welche eindeutig gegen EU-Wettbewerbsrecht verstoßen, ist es überhaupt finanzierbar. Die frühere EU-Kommission von José Manuel Barroso hat diese Atombeihilfen jedoch in ihrer vorletzten Sitzung am 8. Oktober 2014 genehmigt.

Es ist ein wichtiges energiepolitisches Ziel der britischen Regierung unter Premierminister David Cameron, den Bau des Atomkraftwerks in Hinkley Point durchzubringen. Deswegen werden die für den Bau notwendigen Kredite in Höhe von rund 21,6 Milliarden Euro vollständig durch staatliche Bürgschaften abgesichert. Darüber hinaus hat die britische Regierung der EdF zugesichert, den Atomstrom über 35 Jahre zu einem Preis von umgerechnet 11 Cent pro Kilowattstunde abzunehmen. Dieser Abnahmepreis soll an die Inflation angepasst werden, sodass sich nach Berechnungen der *Financial Times* am Ende des Förderzeitraums bei einer Inflation von zwei Prozent eine Vergütung von 35 Cent pro Kilowattstunde für die EdF ergibt. Dieser Wert ist ungefähr zehn Mal so hoch wie der derzeitige Strompreis an der Leipziger Börse.

Atomkraftwerk Grafenrheinfeld (Bayern)

Foto: Avda - upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/3/34/Kernkraftwerk_Grafenrheinfeld_-_2013.jpg

Durch die Entscheidung der EU-Kommission, diese Subventionen zu erlauben, werden dem Bau neuer Kernkraftwerke in Europa Tür und Tor geöffnet. Die Regierungen Österreichs und Luxemburgs haben bereits beim Europäischen Gerichtshof eine Klage dagegen eingereicht. Die Elektrizitätswerke Schönau (EWS) haben direkt bei der EU-Kommission Beschwerde eingelegt.

Die neue EU-Kommission kann jedoch nur zur Rücknahme ihrer Fehlentscheidung bewegt werden, wenn der Druck der Bürger_innen höher wird als der Einfluss der Atomlobby. Alle Bürger_innen der EU haben die Möglichkeit, kostenfrei Beschwerde einzulegen. Alternativ dazu sind alle Bürger_innen aufgerufen, sich der Beschwerde der EWS anzuschließen und mit ihnen zu fordern: Kein Geld für Atom – Stoppt Brüssel! *vu*

Weitere Informationen:
www.ews-schoenau.de/kampagne

Berlin sagt Nein zu neuem Tagebau

Alle Parteien im Abgeordnetenhaus gegen Braunkohletagebau Welzow-Süd II

Das Berliner Abgeordnetenhaus unternahm am 15. Januar einen ersten Schritt, um den neuen Braunkohletagebau Welzow-Süd II in der Lausitz zu stoppen. Auf Initiative der Grünen, forderten alle Parteien, die unverzügliche Einberufung der gemeinsamen Landesplanungskonferenz von Berlin und Brandenburg durch den Berliner Senat. Jetzt muss der Regierende Bürgermeister Michael Müller diesen Beschluss umsetzen.

Das Bündnis Kohleausstieg Berlin, dem auch die GRÜNE LIGA Berlin angehört, hat bereits im Sommer 2014 die Einberufung der gemeinsamen Landesplanungskonferenz eingefordert und sieht jetzt gute Möglichkeiten des Landes Berlin auf neue Tagebaue in Brandenburg Einfluss zu nehmen..

Ein Rechtsgutachten im Auftrag von BUND Berlin und BürgerBegehren Klimaschutz kam zu dem Schluss, dass Berlin über die Gemeinsame Landesplanung auf die Brandenburger Tagebaupläne einwirken kann. Der renommierte Umweltjurist Dirk Teßmer weist darauf hin, dass „zu den Aufgaben der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung unter anderem auch die Erarbeitung, Aufstellung, Änderung, Ergänzung und Fortschreibung der Braunkohlenpläne“ gehören und Berlin volles Mitspracherecht bei dieser Planung hat.

Braunkohleabbau in der Lausitz zerstört Natur.

Foto: Uwe Hiksch-flickr.com

„Die Verstromung der Braunkohle ist unvereinbar mit der gemeinsamen politischen Vorgabe von Berlin und Brandenburg zur Reduzierung des CO_2-Ausstoßes. Allein durch den neuen Tagebau Welzow-Süd II könnten zusätzlich 200 Millionen Tonnen Braunkohle erschlossen werden, bei deren Verstromung 200 Millionen Tonnen klimaschädliches CO_2 entstünden. Dies entspräche dem CO_2-Ausstoß Berlins der letzten 10 Jahre”, so Stefan Taschner von BürgerBegehren Klimaschutz. Jetzt gilt es also für den Kohleausstieg in Berlin und Brandenburg weiter Druck zu machen. *jm*

Das Rechtsgutachten:
www.buerger-begehren-klimaschutz.de/images/gutachten gl braunkohle.pdf

Weitere Informationen:
www.kohleausstieg-berlin.de
www.facebook.com/kohleausstieg-berlin

Broschüre: “Braunkohle-Land” (deutsch/englisch/schwedisch) zum Download:
www.lausitzer-braunkohle.de/broschuere.php

Anzeige

Selbstständige Vertriebsmitarbeiter für den ersten **natur**strom Ökostrom-Laden in Berlin gesucht!
Bewerbung an lettmayer@naturstrom.de

www.naturstrom.de/jobs
Warschauer Str. 62,
10243 Berlin

naturstrom
ENERGIE MIT ZUKUNFT

Schon den Geldhahn abgedreht?

Soll wirklich die Atomlobby von Ihrem Strombezug profitieren? Wo der Strom herkommt ist wichtig – wo das Geld hingeht noch wichtiger: Wir sind aus einer Bürgerbewegung entstanden und beziehen Ihren ökologischen Strom ausschließlich von Produzenten, die keine Beteiligung von AKW-Betreibern oder deren Tochterunternehmen haben. **Wechseln Sie! Umso schneller, desto besser.**

EWS ElektrizitätsWerke Schönau

- Einziger Anbieter mit der Gesamtnote „Sehr gut“ (Vergleich Ökostromanbieter: Bund der Energieverbraucher e.V., III/2004)
- Sauberer Strom zum fairen Preis – bundesweit!
- Förderprogramm mit über 750 Anlagen in Bürgerhand

guter Strom. guter Preis Elektrizitätswerke Schönau 07673/888 50 www.ews-schoenau.de

50.000 gegen Agrarindustrie auf der Straße

In Berlin Mitte wurde für Ökolandbau und gutes Essen protestiert

Für den 17. Januar 2015 rief zum fünften Mal in Folge unter dem Motto „Wir haben es satt - Stoppt Tierfabriken, Gentechnik und TTIP! Für die Agrarwende!“ ein Bündnis aus über 40 Organisation dazu auf, für eine bäuerliche und ökologischere Landwirtschaft zu demonstrieren. Die aus vielen Orten angereisten Demonstrant_innen wollen die Auswirkungen der industriellen Landwirtschaft nicht mehr länger hinnehmen. Die Teilnehmer_innen waren bunt gemischt: Bäuerinnen und Bauern, Imker_innen, Verbraucher_innen, Aktivist_innen und viele mehr. Während im letzten Jahr das Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen EU und den Vereinigten Staaten) ein Thema der Demonstration war, kamen dieses Jahr Kritik an CETA (Kanadisch-Europäisches Handelsabkommen) und TISA (Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen zwischen 23 Vertragspartnern; darunter auch die EU und USA) noch dazu.

Für Veranstalter_innen und Teilnehmer_innen war der neue Rekord von 50. 000 Demonstrant_innen ein klarer Erfolg. Zum Vergleich: Letztes Jahr nahmen 30. 000 Menschen an der Demonstration teil. Dies bringt zum Ausdruck, wie viel Bewusstsein und Interesse in unserer Gesellschaft für die Art und Weise der Produktion von Lebensmitteln vorhanden ist. Weiterhin wird deutlich, dass sich viele Produzenten wie auch Verbraucher eine Veränderung der gegenwärtigen Produktionsweise wünschen.

Bunt und fröhlich gegen die Agrarindustrie

Trotz aller Ernsthaftigkeit der Forderungen der Versammelten herrschte auf dem Potsdamer Platz ab 12 Uhr ein buntes Treiben. Verkleidete Menschen, Musik, Plakate und Transparente sorgten für gute Stimmung. 90 Traktoren führten den Demonstrationszug an.

An Kreativität mangelte es ebenfalls nicht. Die vielen Trecker und Wagen wurden gekonnt in Szene gesetzt. So gab es zum Beispiel einen großen Monsanto-Dinosaurier, der vor dem Wagen tanzende Maiskolben mit seinem Pestizid-Atem niederraffte. Da blieben auch die Passanten gerne stehen und betrachteten den langen Umzug. Vom Potsdamer Platz aus ging es nach einem kurzen Halt vor dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) zum Vorplatz des Bundeskanzleramts.

Dort wurde auf einer Bühne die Abschlusskundgebung abgehalten. Auch das Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg war mit Trecker und Wagen vertreten und begleitete den Demonstrationszug. Mitte Januar fand die Anhörung der Volksinitiative im Landwirtschaftsausschuss des Brandenburger Landtags statt. Die Vertreter_innen der Initiative und eingeladene Experten legten Ihre Meinungen und Forderungen zum Thema Massentierhaltung in Brandenburg vor. Die rund 34.000 Unterschriften wurden an die Abgeordneten überreicht. Der Landtag will im März über die Annahme der Volksinitiative entscheiden.

Auftakt am Potsdamer Platz

Der Traktorenkonvoi zieht ein.

Wir von der GRÜNEN LIGA Berlin

Die GRÜNEN LIGA Berlin - Gründungsmitglied des Aktionsbündnisses Agrarwende Berlin-Brandenburg - war ebenfalls aktiv und kreativ auf der Demonstration vertreten. Mit dem wöchentlich stattfindenden Ökomarkt am Kollwitzplatz in Berlin-Prenzlauer Berg leistet die GRÜNE LIGA Berlin seit Jahren einen wichtigen Beitrag für eine ökologische Agrarwende.

Zeitgleich zur Demonstration fand jährlich die „Internationale Grüne Woche“ in Berlins Messehallen statt. Aus Protest gegen die von der industriellen Landwirtschaft dominierte Ausstellung wies das Aktionsbündnis „Grüne Woche demaskieren!“ mit zahlreichen Aktionen, auch auf der Demo, auf die dramatischen Folgen des vorherrschenden Landwirtschaftssystems hin. In Form eines Tierbefreiungsblocks am Anfang der Demonstration wurde zum Ausdruck gebracht, dass das Aktionsbündnis die grundlegende Kritik, die die Teilnehmer_innen der Demonstration äußern, teilen, jedoch Tiernutzung grundsätzlich ablehnen.

Appell an die Bundesregierung

Auf der Abschlusskundgebung wurden die aktuellen Befürchtungen von Berufsgruppen in der landwirtschaftlichen Produktion von sechs Redner_innen deutlich formuliert. So kritisierte Jochen Fritz, Sprecher des Wir haben es satt - Bündnisses scharf: „Das EU-USA-Handelsabkommen (TTIP) dient eindeutig global agierenden Konzernen und wird vielen bäuerlichen Betrieben hier und weltweit die Existenzgrundlage entziehen. Gleichzeitig drohen die Verbraucherstandards gesenkt zu werden“, weiter sagte er: „Das heißt, mehr Gentechnik im Trog und Hormonfleisch durch die Hintertür. Deswegen fordern wir von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, TTIP zu stoppen!“.

Insgesamt war der 17. Januar in Berlin eine sehr erfolgreiche Demonstration für die Agrarwende. Aber der Protest insbesondere gegen TTIP, CETA und TISA muss weitergehen.

Anne-Marie Stark

Weitere Informationen:
www.wir-haben-es-satt.de
agrarwende.wordpress.com

Fotos: GRÜNE LIGA Berlin

Waldumbau am Kienberg

Waldentwicklungskonzept soll Naturschutz und Erholung verbinden – auch über die IGA hinaus

Der Kienberg im Berliner Stadtbezirk Marzahn–Hellersdorf, wo 2017 die Internationale Gartenausstellung (IGA) stattfinden soll, wurde ursprünglich aus Trümmern und Bauschutt aufgeschüttet. In den 80er Jahren wurde der so entstandene Hügel mit tatkräftiger Unterstützung durch Bürger_innen bepflanzt. Leider wurden vor allem Neophyten gepflanzt, weil diese schnell wachsen und somit den Trümmerhügel schnell festigen konnten. Neophyten sind gebietsfremde Gehölze, in diesem Fall Robinien, Eschenahorne und Götterbäume. In einigen Bereichen des Kienbergs ist die systematische Anpflanzung in Reihen noch heute erkennbar. Die Neophyten breiteten sich sehr schnell auf dem Kienberg aus, die offenen Lichtungen konnten nicht erhalten werden. Der dichte Bewuchs macht zunächst einen naturnahen Eindruck. Er hat jedoch zur Folge, dass auf dem Kienberg heimische licht- und wärmeliebende Tier- und Pflanzenarten diese grüne Oase verlassen haben, weil sie sich nicht an die neuen Verhältnisse anpassen konnten.

Angele Schonert vom NABU Marzahn sagt: „Aus Anlass der IGA bietet sich nun die Chance, den Wald mit entsprechenden Pflegemaßnahmen wieder zu einem Lebensraum für eine größere Vielfalt an Tieren und Pflanzen werden zu lassen.“ Gesagt, getan. Grün Berlin hat bereits im letzten Sommer ein Konzept zur langfristigen Erhaltung und Förderung der Artenvielfalt auf dem Kienberg erarbeitet. Unterstützung bekam Grün Berlin dabei von BUND, NABU, IG Wuhletal, vom Berliner Landesbeauftragten für Naturschutz und Landschaftspflege und von der Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz (BLN). Auch Wissenschaftler von der TU Dresden brachten ihre Expertise in das Konzept ein. Zunächst wurden im Zeitraum eines Jahres alle Tier- und Pflanzenarten im künftigen IGA–Gelände und den angrenzenden Landschaftsräumen von Fachgutachtern erfasst. Die Ergebnisse dieser Kartierung bilden die Grundlage für das Konzept, welches seit Ende November 2014 umgesetzt wird. Es ist zwar auf einen Zeitraum von 20 Jahren ausgelegt, aber erste Entwicklungen sollen bei der IGA Berlin 2017 schon sichtbar sein.

Der Kienberg macht zunächst einen naturnahen Eindruck.

Foto: © IGA Berlin 2017

Erhöhung der Artenvielfalt

Schwerpunkte des Waldentwicklungskonzeptes für den Kienberg sind Lichtungen sowie struktur- und blütenreiche Gehölzsäume mit Holunder und Weißdorn. Es geht vor allem darum, die Freiflächen wiederherzustellen, somit Lebensräume zu schaffen und dadurch die Artenvielfalt zu erhöhen. Dafür muss punktuell eingegriffen werden. Lichtungen gilt es zu erweitern, und ausgewählte Bäume wie Ulmen und Stieleichen sollen freigestellt werden.

Auch in der Umgebung gibt es viel Grün.

Foto: GRÜNE LIGA Berlin

Vor allem die Übergangszone zwischen sonnigen Lichtungen und schattigen Bereichen sei bedeutsam für die Biodiversität. Seit Ende November werden zunächst Robinien und Eschenahorne, welche die Obstbäume am südlichen Hangfuß verdrängen, gefällt.

Die Bürgerinitiative Kienberg-Wuhletal verurteilt die Baumfällungen scharf. Außerdem sei jetzt schon erkennbar, dass es einheimische Baumarten infolge der Klimaerwärmung schwer haben werden, gesund aufzuwachsen. Dieser Satz muss nicht weiter kommentiert werden, immerhin gibt es noch kalte Wintertage. Was die Baumentnahmen betrifft, ist der momentan vorhandene Wald auf dem Kienberg zwar romantisch, aber sehr artenarm. Außerdem zielt das Waldentwicklungskonzept nicht darauf ab, ein reines Naturschutzgebiet zu schaffen. Der Kienberg soll sowohl Erholungsort als auch Lebensraum für Flora und Fauna sein. „Wir möchten auf dem Kienberg zeigen, dass Stadt und Natur keine Gegensätze sein müssen und im städtischen Kontext auch nicht sein sollten. Die vielen Grünräume Berlins bilden vielmehr Möglichkeiten, diese Orte als Erholungs-und Naturräume zu gestalten“, so Christoph Schmidt, Geschäftsführer der Grün Berlin GmbH und der IGA Berlin 2017 GmbH.

Wie diese Verbindung umgesetzt werden soll, zeigt das Beispiel der offenen Streuobstwiesen, die am Südhang des Kienbergs entstehen sollen. Diese Wiesen sind als terrassierte Fläche geplant, welche vom schon existierenden Weg ungefähr 30 Meter den Hang hinaufreichen und dann harmonisch in den Wald übergehen soll. Obstbäume, die schon vorhanden sind und eine wichtige Nahrungsgrundlage für Bienen, Käfer, Schmetterlinge, Vögel und kleine Säuger darstellen, sollen in diese Streuobstwiesen integriert werden. Auch die Zauneidechse, welche momentan am Kienberg gar nicht anzutreffen ist, soll nach der IGA dort wieder angesiedelt werden. Für die Eidechsen sollen an ruhigen und sonnigen Plätzen Steinhaufen entstehen, wo sie sich verkriechen und verstecken können. Die Standorte dafür werden im Laufe des Winters ausgesucht. Neben der Schaffung von Lebensräumen soll während der Gartenschau an den neuen Kienbergterrassen gleichzeitig der Weinbau veranschaulicht werden.

Anwohner_innen skeptisch

Unter den Anwohner_innen des Gebiets um den Kienberg und das Wuhletal gibt es viel Kritik und Unverständnis der IGA gegenüber. Dies äußert sich unter anderem durch die mutwillige Beschädigung der IGA-Infobox. Doch die Bürgerinitiative Kienberg–Wuhletal hat auch schon mehrfach offiziell gegen die IGA demonstriert. Woher kommt dieser Unmut gegen die IGA? Sicherlich ist es für die Anwohner_innen ärgerlich, dass die Baustelle nun erst einmal eingezäunt ist und sie somit für ein paar Jahre auf ihr Naherholungsgebiet verzichten müssen. Außerdem kann der massive Landschaftsumbau, der momentan am Kienberg passiert, durchaus den Eindruck erwecken, hier würde lediglich die Natur zerstört.

Doch man sollte sich auch erst einmal informieren, bevor man grundsätzlich alle Veränderungen im Landschaftsbild in Frage stellt. Eine noch offene Frage ist dagegen ein eventuelles Altlastenproblem, welches die Bürgerinitiative befürchtet. Es seien unter anderem schon Kühlschränke und Munition im Boden des Kienbergs gefunden worden. Kritiker der IGA meinen, das könne „die Büchse der Pandora im Kienberg“ sein und solle in Ruhe gelassen werden. Doch dafür ist es sowieso zu spät. Wahrscheinlich werden die Ergebnisse des Waldentwicklungskonzepts die Skeptiker in zwei Jahren positiv überraschen.

Veit Ulrich

Weitere Informationen:
www.iga-berlin-2017.de

Anzeige

KÖPENICKER WEINLADEN
Faßverleih und mehr
Mo-Fr 14.00-18.30
Sa 10.00-18.00
Tel. 611 90 09
Köpenicker Straße 8 10997 Berlin-Kreuzberg

Eine klimaneutrale Hauptstadt

Senat beteiligt die Bürger_innen am Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm

Der fortschreitende Klimawandel mit Hitzewellen, Extremwetterereignissen und milden Wintern ist auch in Berlin bereits spürbar. Die daraus resultierenden Folgekosten für die Stadt betragen nach Überschlagsberechnungen rund zehn Milliarden Euro bis Mitte dieses Jahrhunderts. Nur durch eine konsequente Reduzierung der Treibhausgasemissionen ist es möglich, den Temperaturanstieg auf maximal zwei Grad zu begrenzen und damit größere Schäden zu vermeiden.

Um eine unumkehrbare und unkontrollierbare Veränderung des Weltklimas zu verhindern, soll Berlin bis 2050 klimaneutral werden. Die Machbarkeitsstudie „Klimaneutrales Berlin 2050“ hat sich Anfang 2014 dieses Ziel gesetzt. Ausgehend von den Daten aus dem Jahr 2010 hat diese Studie die Reduktionspotentiale von verschiedenen Themenbereichen abgeschätzt und dafür Maßnahmen und Projekte entwickelt. Die wichtigsten fünf Handlungsfelder sind dabei die Energieversorgung, Gebäude und Stadtentwicklung, private Haushalte und Konsum sowie Wirtschaft und Verkehr.

Der Machbarkeitsstudie zufolge ist eine Stadt klimaneutral, wenn trotz Treibhausgasemissionen das globale Zwei-Grad-Ziel eingehalten werden kann. Für Berlin bedeutet es, dass der Ausstoß auf rund 4,4 Millionen Tonnen Kohlendioxid pro Jahr begrenzt werden muss. Im Jahr 2010 hat Berlin über 21 Millionen Tonnen ausgestoßen (zum Vergleich: ungefähr so viel wie Kroatien). Dies entspricht einer Senkung um mindestens 85 Prozent bis zum Jahr 2050 gegenüber dem Vergleichsjahr 1990.

Solarenergie auf Altbaudächern

Foto: upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/4/45/Berlin_pv-system_block-103_20050309_p1010367.jpg

Handlungsfelder bis zur Klimaneutralität

Um dieses Ziel zu erreichen spielt das Handlungsfeld Energie eine zentrale Rolle. Zurzeit erfolgt die Energieversorgung in Berlin größtenteils durch fossile Energien wie Kohle, Öl oder Erdgas. Nur drei Prozent des Primärenergieverbrauchs stammt aus erneuerbaren Energien, hauptsächlich aus Biomasse. Aufgrund der geringen Anzahl an Freiflächen für Windräder und der relativ hohen Bebauungsdichte bietet die Solarenergie das größte Potential. Die knapp 320.000 Wohngebäude in Berlin sind die Grundlage für einen flächenschonenden Ausbau von Photovoltaik und Solarthermie.

Für die Klimaneutralität ist vor allem eine Reduktion des Energieverbrauchs notwendig. Entscheidende Ansatzpunkte für die privaten Haushalte sind die Haushaltsgröße, der Ausstattungsgrad mit Elektrogeräten, die Geräteeffizienz und das konkrete Nutzerverhalten. Ein effizienterer Umgang mit Energie und Ressourcen ist ebenso in der Wirtschaft erforderlich. Neben den Effizienzmaßnahmen sind eine bessere und klarere Kommunikation und eine Ausgestaltung von Kooperation und Vernetzung unverzichtbar.

Im Handlungsfeld Gebäude und Stadtentwicklung sind eine Senkung der Treibhausgasemissionen durch hohe energetische Neubaustandards, energetische Sanierungen und einer effizienteren Wärmeversorgung möglich. Beim Verkehr werden alternative Antriebe zukünftig an Bedeutung gewinnen. Dafür soll das Nahverkehrssystem, die Elektromobilität und der Rad- und Fußverkehr ausgebaut werden. Die besondere polyzentrische Stadtstruktur Berlins bietet zudem die optimale Möglichkeit, die zurückzulegenden Entfernungen zu verkürzen.

Klimaschutzprogramm und Energiewendegesetz

Auf der Machbarkeitsstudie aufbauend soll nun mit der Beteiligung und Mithilfe der Bevölkerung das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK) erarbeitet werden. Seine Entwicklung wurde bereits Anfang November 2014 begonnen. An dem Auftaktforum im Auditorium Friedrichstraße nahmen insgesamt 200 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft teil. Neben verschiedenen Vorträgen fand auch eine Podiumsdiskussion statt. Der damalige Umweltsenator und heutige regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, betonte an dieser Stelle die Vorreiterrolle Berlins beim Klimaschutz. Er rief die Berliner_innen dazu auf, beim Energie- und Klimaschutzprogramm mitzumachen. Im Dezember 2014 fanden zwei Workshoptage im Rahmen der ersten Workshopreihe statt. Dabei wurde zum ersten Mal mit über 100 Fachexperten aus den verschiedenen Handlungsfeldern über die Maßnahmenvorschläge der Machbarkeitsstudie diskutiert. Die eingegangenen Hinweise und Anmerkungen fließen bei der weiteren Optimierung und Auswahl der Maßnahmen für das BEK mit ein.

Im Februar werden ein Fachforum für die erweiterte Fachöffentlichkeit und der Beginn des Online-Beteiligungsprozesses stattfinden. Das bietet den Bürger_innen die Möglichkeit, die bereits erarbeiteten Maßnahmenvorschläge des BEK zu kommentieren, zu bewerten und zu ergänzen. Des Weiteren hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt eine Webseite eingerichtet. Sie bietet die Möglichkeit, sich während der gesamten Entwicklungsphase über den Erarbeitungsprozess und den Arbeitsstand zu informieren und diesen zu kommentieren. Die eingereichten Vorschläge sollen am Ende zu konkreten Strategien und Maßnahmen führen und werden in der Weiterentwicklung bei der Erarbeitung des BEK mit berücksichtigt. Im Anschluss an die Bürgerbeteiligung folgt eine Auswertung und Aufbereitung der zusammengestellten Inhalte. Darauf aufbauend finden eine weitere Workshopreihe im Sommer und die Abschlussveranstaltung im Oktober statt. Auf dieser Veranstaltung soll das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm vorgestellt werden.

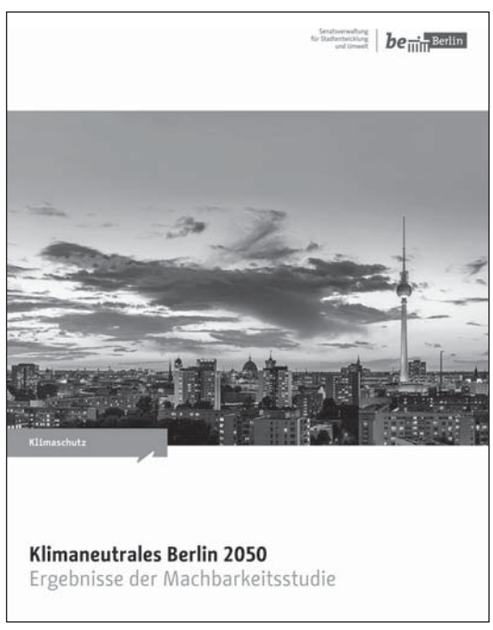
Parallel dazu wird das Energiewendegesetz erarbeitet. Darin werden die Klimaschutzziele und die dafür benötigten Instrumente rechtlich verankert. In einem bereits erarbeiteten Gesetzesentwurf ist eine Reihe von Vorbildverpflichtungen für den Senat und die Landesverwaltung sowie eine Prüfung von deren Umsetzung enthalten. Demnach sollen Senats- und Bezirksverwaltungen ab dem Jahr 2030 CO_2-neutral arbeiten. Der Gesetzesentwurf legt eine Verringerung der Kohlendioxidemissionen für die Jahre 2020 (40 Prozent), 2030 (60 Prozent) und 2050 (mindestens 85 Prozent) fest. Außerdem sollen alle sonstigen Treibhausgasemissionen erheblich reduziert werden.

Mit dem Ziel der Klimaneutralität folgt Berlin dem Beispiel anderer Großstädte. Nach aktuellen Plänen wird New York bis 2030 die Emissionen um 30 Prozent senken. In Amsterdam wird der Kohlendioxidausstoß um 40 Prozent bis 2025 und in Kopenhagen um 100 Prozent bis 2025 gesenkt. Insgesamt leistet Berlin mit seinem Energie- und Klimaschutzprogramm einen wichtigen Beitrag für den nationalen und internationalen Klimaschutz.

Jurek Brzoska
FÖJ'ler beim
Deutschen Naturschutzring (DNR)

Weitere Informationen:
klimaneutrales.berlin.de/stadt/de/home

www.berlin-klimaschutz.de/klimaschutz-berlin/politische-initiativen



Broschüre: www.berlin-klimaschutz.de/klimaschutz-berlin/politische-initiativen

Braunkohle-Tagebaue bedrohen Trinkwasser

Besorgniserregender Anstieg der Sulfatwerte im Berliner Wasser

Das Berliner Trinkwasser ist von der Qualität her eines der besten in ganz Deutschland. Wie lange das noch so bleibt, ist jedoch unklar. Denn eine nicht sichtbare Substanz namens Sulfat aus den Brandenburger Tagebauen bedroht das kostbare Nass in der Hauptstadt. Durch Verwitterungsprozesse in den Braunkohlegebieten wird das Sulfat ausgespült. Mit der Spree werden die gelösten Substanzen aus der Lausitz nach Berlin geschwemmt. Die Salze oder Ester der Schwefelsäure sind an sich nicht giftig, führen aber in höheren Konzentrationen zu Durchfallerscheinungen. Daher hat der Gesetzgeber einen Grenzwert von 250 Milligramm Sulfat je Liter (mg/l) beim Trinkwasser festgelegt. Berliner und Brandenburger Wasserwerke müssen für dessen Einhaltung sorgen.

Für Gewässer, aus denen das Trinkwasser gezogen wird, gibt es hingegen keine Grenzwerte. In Berlin wird das Trinkwasser zu etwa 70 Prozent als Uferfiltrat aus den Flüssen Havel und Spree gewonnen, daher schlagen nun auch Umweltverbände Alarm. Einer aktuellen Untersuchung des BUND Berlin vom Dezember 2014 zufolge steigt die Sulfatbelastung auch in Berliner Gewässern wie Dahme, Müggelspree und Stadtspree seit 1996 dramatisch an. Demnach wurde bereits im Frühjahr 2014 eine Sulfatbelastung von 244 mg/l in der Berliner Spree gemessen. Unter bestimmten Bedingungen könnte dort schon 2015 der Grenzwert von 250 mg/l überschritten werden, warnte der BUND-Wasserexperte Winfried Lücking. Werde nicht gegengesteuert, reiche die Gewässerqualität der Spree als Grundlage für die Trinkwasserversorgung Berlins langfristig nicht aus, so Lücking.

Mittlerweile hat das Thema auch die Berliner Politik erreicht: „Die steigende Sulfatbelastung in den Berliner Gewässern ist besorgniserregend“, sagte die umweltpolitische Sprecherin der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus Silke Gebel. Die Umweltpolitikerin hatte bereits in der Vergangenheit die Sulfatbelastung der Berliner Gewässer publik gemacht. Auf einer Podiumsdiskussion im Sommer 2014 – zu der Gebel einlud – versicherte ein Vertreter der Berliner Wasserbetriebe, sich mit der Sulfatbelastung aktiv zu befassen. Sollte die Gewässerqualität im Hinblick auf die Sulfatbelastung der Spree weiter sinken, könne man mit Beimischung von unbelastetem Wasser aus anderen Quellen die Einhaltung der Grenzwerte für Trinkwasser sicherstellen, hieß es von Seiten der Berliner Wasserbetriebe.

Nun warnt aber der BUND, dass dieses Verfahren nicht ausreiche und bei weiter ansteigenden Sulfatwerten erhebliche Gefahren berge: „Weniger Wasser aus dem Bereich der Spree bedeutet automatisch, dass mehr Wasser aus der Havel genommen werden muss“, erklärt Lücking. Die sensiblen Schutzgebiete und Moore an der Havel könnten erheblichen Schaden davontragen – von den Kosten für die Umstellung der Wasserversorgung der Hauptstadt ganz zu schweigen, so der Wasserexperte.

Berlin bezieht circa 70 Prozent des Trinkwassers aus Oberflächengewässern.

Einleitung von Grubenwasser aus dem aktiven Tagebau Welzow.

Fotos: www.ideengruen.de | markus pichlmaier

In Ost-Brandenburg bereits Realität

Was Berlin droht, ist im Osten Brandenburgs bereits Realität. Die Wasserwerke Briesen, die rund 65.000 Einwohner_innen von Frankfurt (Oder) im Landkreis Oder-Spree mit Wasser versorgen, haben aufgrund der erheblichen Steigerung der Sulfatwerte in der Spree unlängst beschlossen, zukünftig nur noch reines Grundwasser für die Trinkwasseraufbereitung nutzen und kein Uferfiltrat mehr. Zusammen mit Vattenfall soll jetzt eine neue Quelle erkundet werden. Dies sei jedoch eine reine „Good-will-Aktion“ des Bergbaukonzerns, berichtet die Brandenburger Landtagsabgeordnete Heide Schinowsky. Deutliche Worte fand auch der ehemalige Präsident des Brandenburger Landesumweltamtes Matthias Freude. Auf der Konferenz „Abwasserbilanz 2014“ Anfang Januar 2015 in Königs Wusterhausen erklärte Freude, die Übergänge nach Berlin seien heute schon nah am Grenzwert von 250mg/l. Man habe „ein Riesenproblem“ mit dem Sulfat und sei von einer finanzierbaren Lösung weit entfernt. Eine mögliche Variante könne die Anhebung des Grenzwerts sein, regte Freude an. Die Kapitulation vor dem Sulfat-Problem dürfte Freude indes nicht weiter belasten. Der neue Umweltminister in Brandenburg Jörg Vogelsänger (SPD) enthob den profilierten Umweltexperten einen Tag später seines Amtes, aus Gründen von „Umstrukturierungen“, wie es aus dem Umweltministerium hieß.

„Im Prinzip ist die Schuldfrage klar. Nach dem logischen Verständnis müsste Vattenfall als Betreiber der Tagebaue für die Schäden aufkommen, aber der Teufel steckt wie immer im Detail“, sagte Schinowsky. „Da die von der SPD geführten Brandenburger Landesregierungen in den letzten 20 Jahren keine Grenzwerte in den Genehmigungen der Tagebaue festschreiben haben lassen, kann der Konzern nicht eindeutig in die Verantwortung genommen werden“, so Schinowsky.

In einer Sitzung des Brandenburger Braunkohlenausschusses im Dezember 2014 wurden die Befürchtungen der Brandenburger Grünen bestätigt. Es werden keine Maßnahmen unternommen, um die Sulfatfrachten aus den Brandenburger Braunkohle-Tagebauen einzudämmen, hieß es bei der Sitzung von Vattenfall. Der Energiekonzern betreibe seine Tagebaue auf Basis von Genehmigungen, bei denen keine Grenzwerte für Sulfate vorgeben wurden, sagte ein Vertreter. Vattenfall wolle sich aber an Maßnahmen im Rahmen eines Sulfat-Managements der drei Länder Brandenburg, Sachsen und Berlin beteiligen. Der Vertreter von Vattenfall ließ die Mitglieder des Ausschusses jedoch im Unklaren darüber, wie die freiwillige Beteiligung ausgestaltet sei.

Wenn es nach dem Willen der Brandenburger SPD geht, die mit den LINKEN in Potsdam gemeinsam regiert, sollen auch in Zukunft keine Grenzen für Sulfate festgesetzt werden. So genehmigte Anfang des Sommers 2014 die rot-rote Landesregierung den neuen Tagebau Welzow Süd II. Obwohl Umweltverbände, Betroffene und Gutachter eindringlich für Maßnahmen zur Reinhaltung des Wassers plädierten, wurde hierzu nichts festgeschrieben. Bei der geplanten Flutung des Tagebaus Cottbus Nord - der demnächst ausgekohlt ist – wird der Sulfatwert nach den Vorstellungen von Vattenfall 500 mg/l betragen. Der zukünftige „Ost-See“ soll dann sein Wasser in die Spree einspeisen.

In Berlin stößt das Verhalten der Brandenburger Regierung auf massive Kritik. „Es ist eine Illusion, dass wir nicht durch den Abbau der Braunkohle in der Lausitz betroffen sind. Berlin liegt am Ende der Kette. Der Senat muss neuen Tagebauen in Brandenburg wie Welzow Süd II über die gemeinsame Landesplanung die Rote Karte zeigen“, fordert Gebel. Es müsse Vattenfall als Verursacher stärker herangezogen werden, jenseits der aktuellen Diskussion über den Verkauf, fordert Silke Gebel: „Es kann nicht angehen, dass Milliarden nach Schweden transferiert werden und die Berliner_innen für die Beseitigung der Schäden aufkommen müssen“, so die Umweltexpertin der Berliner Grünen. Die potentiellen Kosten für den Umbau der Infrastruktur der Berliner Trinkwasserversorgung kann derzeit noch niemand abschätzen. „Wir brauchen endlich eine Kostenabschätzung und eine Strategie zum Umgang mit der steigenden Belastung“, fordert Silke Gebel abschließend.

Mike Kess

Urbane Paradiese - unsere grünen Stadträume

Wettbewerb: die GRÜNE LIGA Berlin sucht die grünen Oasen mitten in Berlin!

Prenzlauer Allee 241 - Stockrosen verschönern Fassade.

Foto: GRÜNE LIGA Berlin

Berlin ist eine grüne Stadt. Die vielen Freiflächen in der Großstadt sind Orte der Erholung, Naturerfahrung, Begegnung und Kommunikation. Darüber hinaus haben sie eine entscheidende Bedeutung für das Stadtklima. Doch Berlin bietet noch immer eine Vielzahl von Flächen, die durch bürgerschaftliches Engagement in grüne Oasen verwandelt werden können.

Unter dem Motto „Urbane Paradiese – unsere grünen Stadträume“ beginnt die GRÜNE LIGA Berlin in diesem Frühjahr einen Wettbewerb zur innerstädtischen Begrünung. Die Berliner_innen sind dazu aufgerufen, ihre urbanen Gartenprojekte auf Brach- und öffentlichen Grünflächen, Firmenarealen, Hinterhöfen, Dachgärten oder auch Baumscheiben zu präsentieren. Der Wettbewerb soll die Bürger_innen zur Grünflächenneugestaltung, insbesondere im öffentlichen Raum, motivieren und ihr Engagement in der Öffentlichkeit bekannt machen.

Haben Sie eine Idee zur Begrünung Ihres Innenhofs, einer öffentlichen oder firmeneigenen Freifläche, der Baumscheibe vor der Haustür oder der verwilderten Baulücke nebenan? Oder wächst und blüht es bereits, nachdem Sie die Familie, Freunde, Kollegen oder Nachbarn mobilisiert haben mitzumachen? **Sie können sich mit Ihrem Projekt ab dem 20. März beim Wettbewerb „Urbane Paradiese – unsere grünen Stadträume“ der GRÜNEN LIGA Berlin bewerben**.

Gesucht werden beispielhafte Ideen zur Begrünung einer vernachlässigten öffentlichen Fläche, zur naturnahen Umgestaltung einer Firmenfläche oder Entsiegelung eines betonierten Hofes. Angesprochen sind Anwohner_innen, Hausbesitzer und Genossenschaften, Unternehmen und Gewerbetreibende, auf deren Initiative oder unter deren Mitwirkung die Entstehung von Gartenflächen im öffentlichen Raum, egal ob als Ort der Erholung, Kieztreffpunkt, Kräutergarten oder Staudenbeet, realisiert wurde beziehungsweise realisiert werden soll.

Für den Wettbewerb zugelassen sind Gartenprojekte beziehungsweise Freiflächenanlagen, die im Berliner Stadtgebiet liegen, zu Beginn des Wettbewerbs nicht älter als drei Jahre sind (frühester Beginn der Umgestaltung 2012) und deren Gestaltung und Nutzung kein unmittelbar gewerbliches Ziel verfolgt.

Die GRÜNE LIGA Berlin möchte mit dem Wettbewerb „Urbane Paradiese – unsere grünen Stadträume“ das Engagement der Berliner_innen für eine lebenswerte grüne Stadt anerkennen: Die besten eingereichten Projekte und Ideen gewinnen tolle Sach- und Geldpreise.

Das Projekt wird gefördert von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt. *jm*

Urbane Paradiese - Unsere grünen Stadträume
Wettbewerb der GRÜNEN LIGA Berlin

Start: 20. März
Einsendeschluss: 30. September

Weitere Informationen:
GRÜNE LIGA Berlin
Anke Ortmann
Prenzlauer Allee 8
10405 Berlin
Tel. 030/ 443391-49
anke.ortmann@grueneliga.de
www.grueneliga-berlin.de/themen-projekte2/garten-nebenan

Der Garten von nebenan

Leitfaden der GRÜNEN LIGA Berlin zur Begrünung im öffentlichen Raum

Frisch aus der Druckerei gekommen ist jetzt ein Leitfaden, der interessierten Berliner_innen Hilfestellungen und Tipps zur Begrünung öffentlicher Flächen gibt. Die Broschüre der GRÜNEN LIGA Berlin informiert über rechtliche Rahmenbedingungen, Initiierung von Gartengemeinschaften, Konzeption und Gestaltung sowie geeignete Pflanzen.

Auch werden Fragen beantwortet wie: Wo finde ich eine geeignete Fläche für einen Nachbarschaftsgarten? Was muss ich bei der Bepflanzung einer Baumscheibe beachten? Was bedeutet “Herstellung der Verkehrssicherheitspflicht”? Wer sind meine Ansprechpartner bei den Behörden?

Vielleicht haben Sie Lust, die verwahrloste Brache neben Ihrem Haus zu begrünen, oder die Baumscheibe auf dem Gehweg zu bepflanzen. Doch darf man das so einfach, wenn es nicht der eigene Garten ist? In den meisten Fällen steht die Stadt, die oft Eigentümerin öffentlicher Flächen ist, der Begrünung von Flächen im öffentlichen Raum durch die Anwohner_innen aufgeschlossen gegenüber- natürlich mit einigen Vorgaben und Bedingungen. Welche das im Einzelnen sind, erfahren Sie in der handlichen Broschüre der GRÜNEN LIGA.

Broschüre: GRÜNE LIGA Berlin

Mit Pflanzenlisten für die unterschiedlichsten Standorte, Anleitungen für Pflegeverträge und Nutzungsvereinbarungen für Gemeinschaftsgärten und übersichtlichen Infokästen zu verschiedenen Themen finden Sie viele praktische Hilfen für die Umsetzung Ihrer Ideen und Wünsche.

Und dann nichts wie ran ans Planen, Gärtnern und Begrünen!

Ines Fischer

So erhalten Sie den Leitfaden:
GRÜNE LIGA Berlin
Prenzlauer Allee 8
10405 Berlin
Telefonisch bestellen:
Tel. 030/ 443391-0
PDF herunterladen:
www.grueneliga-berlin.de/der-garten-von-nebenan

Anzeige

Mit echtem Ökostrom aus Deutschland die Energiewelt verändern.

Das machen LichtBlicker. Machen Sie mit.
Uli, LichtBlicker seit 2002

Besuchen Sie unseren Stand und wechseln Sie vor Ort!

Unseren Wechselservice finden Sie auf diesen Öko-/Wochenmärkten:

MITTE	Mauerpark	Sonntag	09:00 - 16:00 Uhr
TIERGARTEN	Thusneldaallee	Sonntag	10:00 - 16:00 Uhr
PRENZLAUER BERG	Kollwitzplatz	Donnerstag	12:00 - 18:00 Uhr
		Samstag	09:00 - 16:00 Uhr
KREUZBERG	Lausitzer Platz	Freitag	12:00 - 18:00 Uhr
NEUKÖLLN	Maybachufer	Dienstag	11:00 - 18:00 Uhr
		Freitag	11:00 - 18:00 Uhr
		Samstag	11:00 - 17:00 Uhr
	Schillermarkt	Samstag	10:00 - 16:00 Uhr
LICHTENBERG	Tuchollaplatz	Freitag	12:00 - 19:00 Uhr
SCHÖNEBERG	Winterfeldplatz	Samstag	08:00 - 16:00 Uhr

Weitere LichtBlick-Standorte unter 030 - 32 59 83 95.

www.lichtblick.de

LichtBlick
Generation reine Energie

Windräder haben im Wald nichts zu suchen

Deutsche Wildtier Stiftung veröffentlicht Studie zur Windenergie im Lebensraum Wald

Die Windenergie gilt gemeinhin als sauber und umweltfreundlich. Im Gegensatz zu den fossilen Brennstoffen erzeugt sie kein klimaschädliches Kohlenstoffdioxid und keinen gefährlichen Müll wie die Atomkraft. Der größte Teil der Bevölkerung befürwortet die Windkraft, doch direkt vor dem eigenen Haus möchte fast niemand ein Windrad haben. Deswegen werden beim Bau neuer Windräder Mindestabstände zur Wohnbebauung vorgeschrieben. Da Deutschland sehr dicht besiedelt ist, gibt es hier nur wenig Flächen, die weit genug von Wohnsiedlungen entfernt sind und sich somit für Windkraftanlagen eignen. Oftmals sind diese Flächen bewaldet. Logischerweise werden die Wälder also in zunehmendem Maße von Windrädern erobert, zumal sich die Waldbesitzer durch Pachteinnahmen oder durch die eigenständige Betreibung der Anlagen ein hübsches Sümmchen hinzuverdienen können. Pro Anlage und Jahr sind Pachterträge von über 75.000 Euro üblich.

Der regelrechte Wildwuchs von Windenergieanlagen in den Wäldern ist noch relativ neu, weil die Windräder in der Vergangenheit noch zu klein und technisch noch nicht so ausgereift waren, als dass sie auch im Wald hohe Stromerträge hätten erzielen können. Heute werden auch im Binnenland häufig Windkraftanlagen mit einer Höhe von 120 Metern und mehr errichtet. Kombiniert man die Höhe mit größeren Rotordurchmessern, kann ein Windrad auch in windschwachen Gegenden so viel Strom erzeugen, wie früher nur in Küsten- und Gebirgsregionen möglich war. Deswegen sind jetzt auch Waldstandorte attraktiv geworden, wo Windenergieanlagen aufgrund ihrer Barrierewirkung und der Turbulenzen, die sie erzeugen, früher keinen Ertrag gebracht hätten.

Fledermäuse und Vögel gefährdet

In ihrer neuen Studie „Windenergie im Lebensraum Wald“ kritisiert die Deutsche Wildtier Stiftung den Bau von Windrädern im Wald. Autor der Studie ist der renommierte Biologe Dr. Klaus Richarz, der 22 Jahre lang die Vogelschutzwarte für Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland leitete. Die Wildtier Stiftung hat herausgefunden, dass jährlich 240.000 Fledermäuse aufgrund von Windkraftanlagen sterben. „Die meisten heimischen Fledermausarten stehen auf der Roten Liste“, sagt Richarz. Dabei sind die rotierenden Flügel der Windräder nicht das größte Problem, denn diese können die Fledermäuse in der Regel umgehen. Die eigentliche Gefahr ist der Unterdruck auf der Rückseite der Rotoren, welcher dazu führt, dass die Lungen der kleinen Tiere platzen. Man spricht hier auch vom „Barotrauma“.

Gefahr für Vögel und Fledermäuse

Foto: Keith Bryant - www.flickr.com/photos/keibr/11802308266/sizes/o/

Auch seltene Vogelarten wie der Rotmilan, der Schreiadler und der Schwarzstorch, reagieren sensibel auf Windkraftanlagen. Nachdem beispielsweise am Vogelsberg in Hessen im Zeitraum von nur sechs Jahren ganze 125 Windräder gebaut wurden, halbierte sich dort der Brutbestand der Schwarzstörche. Des Weiteren kollidieren viele Greifvögel mit den Rotorblättern und sterben. Zahlreiche Arten großer Brutvögel führen in der Höhe der Rotoren ihre Balzrituale aus, und auch Zugvögel nutzen diesen Bereich. Außerdem führen die Windenergieanlagen im Wald zu einem Verlust der Jagdgebiete sowie der Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Vögeln und Fledermäusen.

Insgesamt kommt die Studie zu dem Schluss, dass Windkraftanlagen das Ökosystem Wald erheblich gefährden. „Wildtiere dürfen nicht die Verlierer der Energiewende sein. Die Energiewende braucht eine Wende zugunsten der Natur“, fordert Prof. Fritz Vahrenholt, Alleinvorstand der Deutschen Wildtier Stiftung.

Durch den gedankenlosen Ausbau der Windenergie gerät das Ziel der Bundesregierung, den Rückgang der Artenvielfalt bis 2020 aufzuhalten, in ernste Gefahr. „Buchenwälder müssen zur Tabuzone erklärt werden“, sagt Richarz. „Sie sind Hotspots der Biodiversität, für die Deutschland globale Verantwortung trägt.“ Schließlich sind die sommergrünen Laubwälder auf der ganzen Welt gefährdet und haben sogar noch stärker als die Regenwälder gelitten. Ein Viertel der weltweiten Buchenwälder befindet sich in Deutschland. Allerdings sind hierzulande nur noch sieben Prozent des ursprünglichen Buchenwaldareals vorhanden. Außerdem gibt es zu wenig alte Bäume.

Forderungen der Deutschen Wildtier Stiftung

Deshalb fordert die Deutsche Wildtier Stiftung den Stopp des Ausbaus von Windkraftanlagen im Wald. Für den Naturschutz weniger relevante Flächen wie intensiv bewirtschaftetes Ackerland sind gegenüber Standorten im Wald vorzuziehen. Außerdem verlangt sie, dass Regelungen einzelner Bundesländer, welche den Ausbau von Windrädern erleichtern, ohne dabei genug Rücksicht auf den Naturschutz zu nehmen, außer Kraft gesetzt werden. Stattdessen soll die Berücksichtigung des Artenschutzes bei der Planung und dem Bau neuer Windkraftanlagen in einer bundesweiten technischen Anleitung geregelt werden. Des Weiteren fordert sie die sofortige bundesweite Umsetzung des „Helgoländer Papiers“, welches Empfehlungen aller 16 staatlichen Vogelschutzwarten zum Schutz der Vogelarten bei Planung und Bau von Windrädern enthält . Dieses Papier wird übrigens momentan bewusst zurückgehalten, weil es den Boom der Windenergie hemmen könnte. Eine weitere Forderung ist die Anwendung des Vorsorgeprinzips beim Bau von Windrädern. Wenn unsicher ist, ob eine geplante Windkraftanlage bestimmte Tierarten beeinträchtigt, soll im Zweifel für den Artenschutz und gegen das Windrad entschieden werden.

Trotz ihrer Kritikpunkte räumt die Deutsche Wildtier Stiftung aber auch ein, dass die Windenergie „ein wichtiger Baustein für eine zukunftsfähige Energieversorgung in Deutschland“ sei. Außerdem könne es durchaus vorkommen, dass bei den Genehmigungsverfahren für Windräder Natur- und Landschaftsschutzaspekte vorgeschoben werden, wenn lokalen Windkraftgegnern keine anderen schlüssigen Argumente einfallen.

Wälder seien aber dennoch ein wichtiges Schutzgut, welches erheblich zur Erfüllung der Biodiversitätsziele der Bundesregierung beitrage. Vor allem Waldflächen mit einer besonderen Bedeutung für die Erhaltungs- und Entwicklungsziele des Naturschutzes seien von einer Bebauung mit Windenergieanlagen auszuschließen. Diese Flächen umfassen unter anderem Nationalparks, Naturschutzgebiete, Natura 2000 Waldgebiete und Wälder mit Laubbäumen, die älter als 140 Jahre sind. Auch Gebiete, in denen seltene und störungsempfindliche Arten vorkommen, sowie Wanderkorridore von Vögeln und Fledermäusen sind besonders zu schützen. Lediglich naturferne Fichten- und Kiefernforste seien aus Naturschutzsicht für die Windenergienutzung geeignet.

Fazit

Das scheinbar ideale Bild der sauberen und umweltfreundlichen Windenergie bekommt also Risse. Sie kann und muss zwar langfristig einen Beitrag zu einer erneuerbaren Energieversorgung leisten, aber bei aller Euphorie darf nicht vergessen werden, dass Windräder nicht an jeden Standort gesetzt werden können, wenn die noch vorhandene Biodiversität erhalten werden soll. In den Medien hat die Studie der Deutschen Wildtier Stiftung ein breites Echo erhalten. Jetzt ist die Politik gefordert, entsprechend zu handeln und verbindliche Regeln zur Berücksichtigung des Artenschutzes beim Bau von Windenergieanlagen im Wald zu entwickeln.

Veit Ulrich

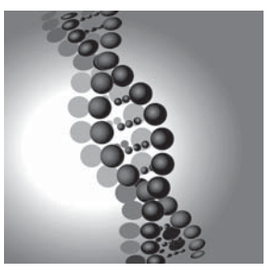
Weitere Informationen:
www.naturwende.de

Infodienst Gentechnik

Nachrichten zu gentechnisch veränderten Organismen

Gentechnik-Infos nur per Smartphone?

Bei den Verhandlungen über das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP geht es auch um die Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Organismen. In der EU ist sie - mit Ausnahme tierischer Lebensmittel - vorgeschrieben. In den USA gibt es keine Kennzeichnung. Das soll auch so bleiben, am besten auch für US-Produkte auf dem europäischen Markt. Laut Bundeslandwirtschaftsministerium hat die US-Regierung nun vorgeschlagen, dass Informationen künftig per Smartphone ablesbar sein sollen.



Monsanto widerruft Tomaten-Patent

Nach Einsprüchen verschiedener Organisationen aus der Zivilgesellschaft und von Konkurrenzunternehmen hat der US-Konzern Monsanto auf ein Tomaten-Patent verzichtet. Das Europäische Patentamt in München rief das umstrittene Patent daraufhin zurück. Ein wichtiger Erfolg für die Initiative „Keine Patente auf Saatgut!“, die Monsanto eine „Kombination von Täuschung, Missbrauch des Patentrechts und Biopiraterie“ vorgeworfen hatte.

Neue Regeln für Gentechnik-Verbote

Nach den EU-Mitgliedstaaten hat auch das Europa-Parlament die neuen Regeln für Gentechnik-Anbauverbote abgesegnet. Das teilte die Pressestelle des Umweltausschusses mit. Offenbar wollte die Bundesregierung den schon ausgehandelten Kompromiss noch einen Hauch gentechnik-freundlicher machen, wie der Informationsdienst Gentechnik aus Parlamentskreisen erfuhr.

Bulgarien: Anbauverbot auf der Kippe?

Vor drei Jahren verbot Bulgarien den Anbau des gentechnisch veränderten Monsanto-Maises MON810, nach juristischen Querelen legte das Land im Sommer nach. Nun hat die EU-Lebensmittelbehörde eine Stellungnahme abgegeben: das bulgarische Verbot sei wissenschaftlich unbegründet, so das umstrittene Gentechnik-Gremium der EFSA.

Bald Gen-Rasen in den USA?

Eine US-Behörde hat einer gentechnisch veränderten Grassorte grünes Licht gegeben. Die Herstellerfirma *Scotts Miracle-Gro* forscht seit Jahren an Gentechnik-Varianten für Heimgärten oder Golfplätze. Die nun erlaubte Sorte ist gegen das Herbizid „Roundup“ resistent. Praktisch: Die Firma *Scotts* hat das glyphosat-haltige Mittel ebenfalls im Sortiment.

Farmer verteidigen Gentechnik-Verbot

In einem Landkreis des US-Bundesstaats Oregon wollen zwei Bauern zusammen mit Umwelt- und Verbraucherschützern ein vergangenes Jahr verabschiedetes Gentechnik-Anbauverbot vor Gericht verteidigen. Landwirte, die gentechnisch veränderte Luzerne anbauen wollen, haben gegen das Verbot geklagt, das im Mai 2014 von den Einwohner_innen in Jackson County beschlossen wurde.

Gen-Mais von Syngenta genehmigt

Nach langer Blockade genehmigte China nun doch eine weitere Gen-Maissorte. Das melden Nachrichtenagenturen unter Berufung auf US-Landwirtschaftsminister Tom Vilsack. Die insektengift-produzierende Sorte MIR162 hatte zuvor für massive Probleme gesorgt: China ließ über eine Million Tonnen Mais nicht ins Land, Handelskonzerne verklagten daraufhin den Hersteller des Gen-Maises, Syngenta, auf Schadensersatz.

Daniel Hertwig
Karin Ehrle-Horst
Informationsdienst Gentechnik
Ausführliche und aktuelle Texte:
www.keine-gentechnik.de

Preise für NEUE Abos!

Als besonderes Schmankerl verlosen wir unter den Neuabonnenten (Bestellungen bitte bis 31. März) drei umweltbewegte Bücher zum Schmökern: den Selbsterfahrungsbericht ***Allein unter Gurken*** von Andreas Hoppe, Aufzeichnungen zum eigenen Krisenmanagement ***Meine Ökokrise und ich*** von Ilona Einwohlt und den Syltkrimi ***Tote essen kein Fastfood*** von Karin Baron.
Viel Glück – und Spaß!

RABEN - ABO

DER RABE RALF

Ich bestelle den RABEN RALF

- ab der nächsten Ausgabe
- ab Monat .....

- Abo 25 €
- Förderabo 40 €

Den Betrag überweise ich jährlich auf das Konto der GRÜNEN LIGA Berlin e.V.:

Konto-Nr.: 3060502, BLZ: 10020500
IBAN: DE 3810 0205 0000 0306 0502
BIC: BFSWDE33BER
Bank für Sozialwirtschaft

Verwendungszweck:
“Abonnement RABE RALF“

Bei Beiträgen über 25 € unbedingt auf dem Überweisungsschein den Zeitraum angeben, für den die Zahlung erfolgt.
Diese Vereinbarung verlängert sich automatisch, wenn sie nicht gekündigt wird.
Ich habe das Recht, diese Vereinbarung jederzeit aufzukündigen.

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Nr.

.....
PLZ, Ort

.....
Datum

.....
Unterschrift

Sie erleichtern uns die Arbeit mit einer **Einzugsermächtigung:**
Hiermit bitte ich Sie, widerruflich von meinem Konto:

IBAN: .....

Bank:.....

BIC:.....

ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt jährlich den Betrag von je 25 € als „Abonnement RABE RALF“ für die Versendung der Zeitschrift per Lastschrift einzuziehen. Mir ist bekannt, dass das Kreditinstitut eine Teileinlösung von Lastschriften nicht vornehmen kann. Mir ist ferner bekannt, dass eine
Änderung oder Löschung dieser Einzugsermächtigung bis 1 Monat vor Ausführungstermin berücksichtigt wird:

....
Datum Unterschrift

Verschenken!

Der RABE geht nicht an mich, sondern an:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Nr.

.....
PLZ, Ort

GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen

GRÜNE LIGA Berlin e.V.
Redaktion DER RABE RALF
Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin
raberalf@grueneliga.de
Fax: 030/44 33 91 33
Tel.: 030/44 33 91 47

Ein Tropfen auf den heißen Stein

Ergebnisse des Klimagipfels in Lima, Klimaschutz-Aktionsprogramm der Bundesregierung

Zwei Wochen, 196 Staaten, sowie Tausende Delegierte und Lobbyisten: Vom 1. bis 12. Dezember 2014 fand die Klimakonferenz in Lima statt. Nun ist ein neuer Klimavertrag auf dem Weg, und erstmals sind alle 196 Länder der Erde mit im Boot. Was diese Elemente eines neuen Klimaabkommens wert sind, wird sich allerdings erst im März zeigen, wenn hoffentlich alle Staaten bei der UNO ihre freiwilligen CO_2-Einsparziele angemeldet haben. Bei dem Klimavertrag handelt es sich um die Grundlage für das neue Klimaabkommen, welches im Herbst 2015 in Paris verabschiedet werden soll.

Wirtschaftswachstum hat Grenzen

Es besteht dringend Handlungsbedarf. Laut einer Studie des UN-Umweltprogramms sind die Anpassungskosten an den Klimawandel doppelt- bis dreimal so hoch wie bisher angenommen. Darüber hinaus hat die Weltbank erklärt, dass bereits die historischen Treibhausgasemissionen eine globale Erwärmung von 1,5 Grad ausmachen würden. Der CO_2-Ausstoß muss also dringend reduziert werden, doch leider ist ein wirklich ambitionierter Klimaschutz noch immer nicht in Sicht. Experten des Weltklimarates (IPCC) gehen bis 2100 von einem Wachstum der Weltwirtschaft um das drei- bis Neunfache aus. Das kann nicht funktionieren in einem System, das schon im August die erneuerbaren Ressourcen für das ganze Jahr aufgebraucht hat.

Aus der Armut zu entkommen, ist für Entwicklungsländer natürlich erfreulich, heißt aber auch, mehr Treibhausgase auszustoßen. Zudem ist es fraglich, ob unsere wohlhabende Konsum- und Wegwerfgesellschaft für diese Länder überhaupt erstrebenswert ist, denn glücklicher macht sie die Menschen nicht unbedingt. Darüber hinaus blenden vor allem Schwellenländer wie China und Indien gerne aus, dass der von ihnen eingeschlagene Wachstumskurs dem Klima genauso schadet wie der historische Wohlstand der Industrieländer. Eine ambitionierte Klimapolitik würde sicherlich zu einer starken Verringerung des Wirtschaftswachstums führen, worauf die hiesige Wirtschaft momentan gar nicht eingestellt ist.

Auch die Wirtschaft der Kohle- und Ölstaaten wie Saudi-Arabien oder Russland würde durch eine gute Klimapolitik große Probleme bekommen. Das Öl im Boden des nahen und mittleren Ostens ist so viel wert wie das gesamte Kapital aller Unternehmen der Weltwirtschaft. Um diesen Ländern ihre Wirtschaftsgrundlage nicht zu nehmen, wäre es vielleicht sinnvoll, gerade im sonnigen Nahen Osten, den Solarstrom massiv zu fördern.

Fossile Konzerne entwickeln neue Werbestrategien

Im Zuge der Verhandlungen machte sich die Lobbyarbeit fossiler Industrien bemerkbar. Bei einer Nebenveranstaltung trat beispielsweise ein Klimaberater von Shell auf, um für die umstrittene CCS-Technik *(Carbon Capture and Storage)* zu werben. Der anwesende Vertreter des IPCC ließ sich anschließend dazu herab, von „kleinen Differenzen, aber wesentlicher Übereinstimmung“ zu sprechen. Außerdem beeinflusst die fossile Industrie die Klimaverhandlungen mit immer ausgeklügelteren PR-Strategien. Zum Beispiel hat sie den Begriff der „negativen Emissionen“ oder *„net zero Emissions“* geprägt, was an sich erst einmal gut klingt. Im Endeffekt handelt es sich dabei jedoch um ein Luftschloss, was lediglich den großen Verschmutzern dient. Dahinter steckt nämlich die Idee, dass wir das Zwei-Grad-Ziel guten Gewissens verfehlen könnten, denn das überschüssige CO_2 könne ja anschließend mittels Technologien wie CCS und BECCS *(Bioenergy with Carbon Capture and Storage)* der Atmosphäre wieder entzogen werden. Die BECCS-Technik würde so aussehen, dass Wälder gepflanzt und anschließend verbrannt werden. Das dabei freigesetzte CO_2 wird dann aufgefangen und gespeichert. Als Speicherorte stünden leere Ölfelder zur Verfügung, die praktischerweise erstmal leer gepumpt werden müssen. Bei dieser äußerst fragwürdigen Methode würden durch Faktoren wie Düngung, Landnutzungsänderung und Transport im Endeffekt so viele zusätzliche CO_2-Emissionen anfallen, dass der Klimawandel dadurch sogar zunehmen würde.

Anlage zur Speicherung von CO_2

Foto: SaskPower - www.flickr.com/photos/saskpower/15462667655/sizes/o/

Die Folgen der Konsumgesellschaft

Foto: Alex Proimos - www.flickr.com/photos/proimos/7008797137/sizes/o/

Minimalkonsens mit Mängeln

Alternativen zum Kapitalismus, welcher mit seinem Wachstumszwang als eine der Hauptursachen für die hohen CO_2-Emissionen angesehen werden kann, wurden in Lima leider gar nicht besprochen. Über eine Abkehr von der Konsumgesellschaft, eine stärkere Rolle des Staates gegenüber der Wirtschaft, mehr Bürgerbeteiligung oder alternative Eigentumsformen wurde lediglich inoffiziell geredet. Die Länder Südamerikas mit ihrem Konzept des *„buen vivir“* werden belächelt, auch weil sie wie alle Länder von Öl und Bergbau abhängig sind.

Fest steht, dass der freie Markt das Klimaproblem nicht löst. Der EU-Emissionshandel ist gescheitert, die CO_2-Emissionen sind viel zu billig. Trotzdem sprachen die Verhandelnden ungerührt von „neuen Kohlenstoffmärkten“, obwohl der IPCC festgestellt hat, dass, so traurig es auch klingt, bisher Grenzwerte und Verbote die einzigen Klimaschutzmaßnahmen sind, die tatsächlich wirken. Wenigstens besteht Einigkeit darin, dass die Industrieländer ihre Emissionen reduzieren und den Entwicklungsländern bei ihrer sauberen Entwicklung helfen müssen. Eine Suffizienzdebatte fehlt allerdings. Der Suffizienzbegriff orientiert sich an den eigentlichen Bedürfnissen der Menschen und heißt so viel wie „Genügsamkeit“. Auch in Sachen Finanzen steht kaum etwas in dem Papier. Zusammenfassend kann man sagen, dass es sich bei den in Lima beschlossenen Klimavereinbarungen lediglich um einen Minimalkonsens handelt, der zahlreiche Mängel aufweist, aber als Grundlage für Paris herhalten muss.

Die Klimakonferenz in Lima wurde auch von Protesten für „Systemwandel statt Klimawandel“ begleitet. Die Demonstrant_innen forderten Klimagerechtigkeit, einen Stopp der Privatisierung von Wasser und des Gesundheitssystems, sowie den Stopp von Fracking und Gentechnik.

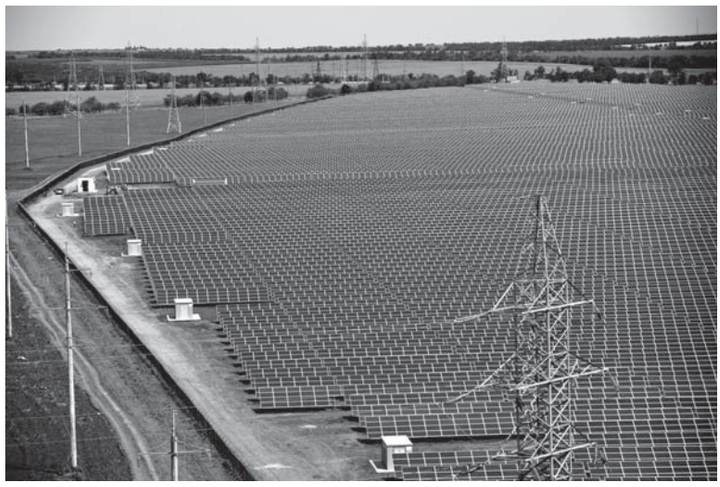
Klimaaktionsprogramm der Bundesregierung

Zeitgleich zur Klimakonferenz in Lima hat die Bundesregierung am 3. Dezember 2014 ihr Klimaaktionsprogramm 2020 beschlossen. Sie hält an ihrem Ziel fest, die CO_2-Emissionen Deutschlands bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren und möchte dies auch erreichen. Bis 2050 wollen Deutschland und die EU ihren Treibhausgasausstoß sogar um 80 bis 95 Prozent reduzieren. Ohne einen ambitionierten und nachhaltigen Klimaschutz sei ein globaler Temperaturanstieg um durchschnittlich vier Grad Celsius in diesem Jahrhundert wahrscheinlich. Dabei solle jeder Sektor einen Beitrag leisten, von der Energiewirtschaft bis hin zu den privaten Haushalten. Im Gebäudebereich liege ein erhebliches Potenzial, Energie einzusparen, denn dort werde fast 40 Prozent der gesamten Endenergie in Deutschland verbraucht, ein großer Teil davon zu Heizzwecken. Deswegen ist im Aktionsprogramm eine erhöhte steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung verankert.

Das Gebäudesanierungsprogramm soll um 200 Millionen Euro auf insgesamt zwei Milliarden Euro pro Jahr aufgestockt werden. Damit werden erstmals auch Nichtwohngebäude gefördert.

Bei der Stromerzeugung soll Klimaschutz durch den Ausbau der erneuerbaren Energien, aber auch durch die Weiterentwicklung des konventionellen Kraftwerksparks erreicht werden. Das bedeutet, dass die Kohlekraftwerke „sauberer" gemacht werden sollen. Über den Kohleausstieg steht nichts Konkretes im Aktionsprogramm. Offenbar trauen sich Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und Bundesumweltministerin Barbara Hendricks nicht, die CO_2-Fracht für die Kohlekraftwerke, welche in Deutschland die größten Dreckschleudern sind, zu begrenzen.

Des Weiteren soll der Emissionshandel wieder in Schwung gebracht werden. Daneben gibt es noch eine Reihe von Maßnahmen, deren CO_2-Einsparung schwer quantifizierbar sei, da sie vor allem aus Beratung, Information, sowie Aus- und Fortbildungsangeboten bestünden. Die Vorbildwirkung der öffentlichen Hand sei ebenfalls von Bedeutung. Dazu gehörten die öffentliche Beschaffung und die Sanierung öffentlicher Liegenschaften.



Die erneuerbaren Energien sollten weiter ausgebaut werden.

Foto: www.flickr.com/photos/activsolar/8450372138/sizes/o/

Gute Ansätze im Bereich Verkehr

Auch im Bereich Verkehr sollen die Emissionen reduziert werden. Zu begrüßen ist, dass im Klimaaktionsplan der Ausbau des Schienengüterverkehrs sowie die Stärkung des Verkehrsträgers Wasserstraße geplant wird. Außerdem soll die in Zukunft vom Energieverbrauch der Fahrzeuge abhängige LKW-Maut Anreize zur Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene schaffen. Auch der Personenverkehr soll klimafreundlicher gestaltet werden. Zum einen sollen die Bundesmittel für den öffentlichen Personenfernverkehr steigen, zum anderen soll auch der Rad- und Fußverkehr gefördert werden. Außerdem ist ein neues Carsharing-Gesetz geplant, welches die Schaffung separater Carsharingparkplätze und die Möglichkeit, Carsharingfahrzeuge von Parkgebühren zu befreien, beinhalten soll.

Allerdings möchte die Regierung auch den Marktanteil der Elektroautos erhöhen. Im Jahr 2020 sollen nach ihrem Willen eine Million Elektrofahrzeuge auf den deutschen Straßen unterwegs sein, was mit Sicherheit kritisch zu betrachten ist, siehe den Artikel im *RABE RALF Dezember 2014/Januar 2015*, Seite sechs. Der Brüller ist, dass Autokäufer in Zukunft Gutscheine für Spritsparkurse bekommen sollen. Damit soll der Benzinverbrauch reduziert werden.

Die Abfallwirtschaft ist ebenso gefordert, etwas für den Klimaschutz zu tun. Abfallvermeidung, Recycling und die Wiederverwendung von Dingen sollen gestärkt werden. Durch die Belüftung von Deponien sollen die Methanemissionen dieser Müllberge vermindert werden. In der Landwirtschaft soll eine neue Düngeverordnung den Flächenanteil ökologischen Landbaus erhöhen.

Umweltministerin Hendricks ist mächtig stolz auf ihren Aktionsplan. „Das ist das umfangreichste Maßnahmenpaket, das je eine Bundesregierung zum Klimaschutz vorgelegt hat" kommentierte sie das Aktionsprogramm. Schleswig-Holsteins Energiewendeminister Robert Habeck sieht die Sache kritischer. „Gut, dass die Bundesregierung das 40 Prozent-Ziel nicht mehr in Frage stellt" sagte er. Aber wie sie es erreichen will, bleibe nebulös. Er merkt noch an, dass die erneuerbare Wärmeversorgung auch viel Potenzial berge, zum Beispiel mit Solarthermieanlagen, die mit einem Programm hätten gefördert werden können um auch die sonst weniger diskutierte Wärmewende zu schaffen.

Insgesamt ist viel Gutes dabei im Klimaaktionsprogramm 2020. Wie viel davon tatsächlich umgesetzt wird, ist fraglich. Das Grundproblem, unser auf Wachstum und Konsum gestütztes Wirtschaftssystem, welches in erster Line für unseren hohen CO_2-Ausstoß verantwortlich ist, wird leider nicht angegangen. Was aber nicht weiter überraschend ist, denn dafür ist der Einfluss der Wirtschaft auf die Politik einfach zu stark. Auch die Klimakonferenz in Lima fiel eher bescheiden aus. Aber immerhin haben erstmals alle Länder der Erde die Problematik des anthropogenen (menschengemachten) Klimawandels akzeptiert, und es besteht die Hoffnung, dass dieses Jahr in Paris verbindliche und ambitionierte Klimaschutzregelungen festgelegt werden.

Veit Ulrich

Mehr Informationen:
www.klimaretter.info/dossiers/klima-gipfel-lima/was-lima-wert-ist
www.bmub.bund.de/themen/klima-energie/aktionsprogramm-klimaschutz

Broschüre: www.bmub.bund.de/service/publikationen/downloads/details/artikel/aktionsprogramm-klimaschutz-2020/

Das Klimaaktionsprogramm 2020 auf einen Blick

- **+** bis 2020 Reduktion des CO_2-Ausstoßes um 40 Prozent gegenüber 1990
- **+** Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung soll bis 2035 auf 55 bis 60 Prozent steigen
- **+** Ausbau von Schienengüterverkehr und Wasserstraßen
- **+** erhöhte Bundesmittel für öffentlichen Personenfernverkehr
- **+** Förderung von Rad- und Fußverkehr
- **+** Carsharing – Gesetz
- **+** Stärkung von Recycling, Abfallvermeidung und Wiederverwendung
- **+** Erhöhung der Flächen für ökologischen Landbau
- **+** Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe
- **+** Reduzierung der Düngung durch neue Düngemittelverordnung
- **+** Wiederherstellung von Mooren als Kohlenstoffspeicher

- **o** erhöhte steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung
- **o** Ertüchtigung des Handels mit CO_2-Zertifikaten
- **o** verstärkter Einsatz von LED – Leuchtmitteln
- **o** Wohngeld soll eventuell um Klima-Komponente erweitert werden
- **o** Bundesregierung unterstützt bundesweite Einführung des e-Tickets und Verbesserung des Fahrgastinformationssystems, um öffentlichen Personenverkehr attraktiver zu machen
- **o** Minderung der Methanemissionen aus Deponien durch Belüftung
- **o** kein konkretes Datum für den Ausstieg aus der Kohle

- **-** Erhöhung des Marktanteils von Elektroautos
- **-** Autokäufer bekommen Gutscheine für Spritsparkurse, um kraftstoffsparender zu fahren
- **-** Förderprogramm zur Anschaffung von LKW mit Hybridantrieb – besser wäre, noch mehr Verkehr auf die Schiene zu verlagern
- **-** Festlegung eines Parameters „Umwelteffizienz" im Luftverkehr mit dem Ziel, möglichst direkte Flugstrecken vom Start- zum Zielflughafen zu erreichen - Treibhausgasreduktion „nicht quantifizierbar"

+ = gut
o = zufriedenstellend
- = nicht ausreichend

Wenn Klima Heimat zerstört

Eine kurze Einführung in das Thema Klimaflucht

Gegenwärtig wird in der öffentlichen Debatte - sei es von Seiten der Medien oder durch populistische Politiker und Bewegungen - viel über Flüchtlinge geredet. Dabei werden diese Menschen oft als „Wirtschaftsflüchtlinge“ oder „Kriegsflüchtlinge“ kategorisiert. Eine noch wenig bekannte Problematik beschreibt der Begriff „Klimaflüchtling“. Durch mehrfach auftretende Klimakatastrophen und sich verstärkende Änderungen des Klimas wird dieses Thema in Zukunft sicher mehr Gehör finden.

Was bedeutet Klimaflucht?

Klimaflucht beschreibt den Umstand, dass Menschen in einer bestimmten Region der Erde durch die Folgen des Klimawandels ihre Lebensgrundlage verloren haben und daher woanders eine neue Überlebensmöglichkeit suchen. Das ist kein neues Phänomen. Seit Jahrtausenden zwingen veränderte Umweltbedingungen Menschen, ihre Heimat zu verlassen. Diese Prozesse werden heute jedoch durch den vom Menschen hervorgerufen Klimawandel und die global fortschreitende Umweltzerstörung verstärkt. Das führt schließlich dazu, dass Regionen schneller und vermehrt unbewohnbar werden.

Ein bekanntes Beispiel für solch eine vom Klimawandel gezeichnete Region ist die Sahelzone am Südrand der Sahara. Abwanderung in Nachbarländer ist ein häufig gewählter Ausweg. Der Weg in die Flucht kann als Folge des Auslösers Klimawandel verstanden werden. Das sieht im genannten Beispiel dann so aus: Der allgemeine Klimawandel erhöht die durchschnittliche Temperatur in der Sahelzone, die ohnehin schon gezeichnet ist durch extremes Klima. Dürreperioden treten vermehrt auf, die Vegetation verkümmert, Versandung und Wasserknappheit verschärfen sich. Dadurch ist die Versorgung mit Lebensmitteln gefährdet; ebenfalls führen diese Probleme zu wirtschaftlichen Risiken dar: Menschen verlieren ihre Arbeit im Ackerbau oder in der Viehzucht. Dieses Konfliktpotenzial kann letztlich zu Bürgerkriegen führen, wie es beispielweise im Sudan oder Tschad schon der Fall ist.

Weiterhin ist die Situation des Inselstaates Kiribati kritisch. Die bewohnbare Fläche der im Zentralpazifik liegenden 33 Inseln wird durch den ansteigenden Meeresspiegel allmählich weniger. Außerdem richten heftige Stürme große Zerstörungen an. Das führt unter anderem zu Überbevölkerung und den Verlust von Arbeitsplätzen. Allgemein wird die Anfälligkeit für Armut und Krisen in diesen und anderen betroffenen Regionen somit verstärkt. Die klimatischen Umstände wirken sich also auch wirtschaftsschädigend aus, was wiederum den Zugang zu finanziellen Mitteln erschwert.

Entwicklungsländer stark betroffen

Im „Bericht über die menschliche Entwicklung“ der Vereinten Nationen aus dem letzten Jahr werden zwei sich abzeichnende Trends in Bezug auf den Klimawandel benannt: „Durch die Erderwärmung wird die Vulnerabilität (das heißt Anfälligkeit) infolge der Instabilität des Klimas, die sich in unbeständigen Wetterlagen und eine größere Häufung und Heftigkeit von Naturkatastrophen äußert, immer akuter.“ Weiterhin wird ein Nord-Süd Gefälle deutlich: „98 Prozent der von Naturkatastrophen Getöteten und Betroffenen stammen aus Entwicklungsländern. Bis zum Jahr 2025 könnte über die Hälfte der Bewohner von Entwicklungsländern durch Überschwemmungen und Stürme gefährdet sein.“ Das heißt, dass sich der Klimawandel allgemein verschärft und besonders Entwicklungsländer darunter leiden.

Das Problem der Anerkennung

Auch wenn das Wort Klimaflüchtling im Sprachgebrauch klar benutzt wird, beinhaltet es, juristisch gesehen , keinerlei Verpflichtung. Genauer ausgedrückt: In der Völkerrechtlichen Regelung von Flüchtlingsangelegenheiten in der Genfer Flüchtlingskonvention aus dem Jahr 1951 gibt es die Kategorie Klimaflucht nicht. Klar definiert sind Kriegs- oder politische Flüchtlinge, die Asyl erhalten sollen; der Terminus Klimaflüchtling hingegen bedingt keinen rechtlichen Schutz.

Prof. Dr. Walter Kälin, Experte für Völkerrecht, beschreibt dieses Problem wie folgt: „Was grenzüberschreitende Flucht betrifft, gibt es zwischen politischen Flüchtlingen und den Menschen von denen wir hier sprechen einen ganz wesentlichen Unterschied: Wer wegen einer Naturkatastrophe Zuflucht in einem anderen Staat finden muss, ist in aller Regel nicht verfolgt, sondern flieht, um den Naturgefahren zu entgehen oder auf der anderen Seite der Grenze Überlebenshilfe zu erhalten. Diese Menschen wollen in aller Regel in ihre Heimat zurückkehren. Das ließe sich leichter als bei anderen Flüchtlingen verwirklichen, weil sich die Regierung des Herkunftsstaates nicht gegen die Betroffenen wendet und die Kooperation mit ihr damit einfacher ist. Die Chance, gemeinsam Lösungen zu finden besteht – hätten wir die Schutzsysteme, die Regeln, die institutionellen Gefäße für solche Kooperationen. Das Problem ist, wir haben sie nicht.“

Die Meinung der Bundesregierung

Sowohl an der Anerkennung des Fakts als auch an den Schutzmechanismen für die Betroffenen fehlt es. Im deutschen Bundestag stellte die Fraktion DIE LINKE letztes Jahr eine kleine Anfrage zum Thema Klimaflucht. Es ging unter anderem darum, ob die Bundesregierung einen deutlichen Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration anerkennt und ob die Kategorie Umwelt- beziehungsweise Klimaflüchtling nach Einschätzung der Bundesregierung Einzug in die UN - Flüchtlingskonvention finden sollte. Zum ersten Punkt heißt es in der Antwort, dass ein konkreter Zusammenhang nicht nachvollzogen werden kann, da es ein sehr komplexes Thema sei. Weiterhin positioniert sich die Bundesregierung gegen die Aufnahme der Kategorie Klimaflüchtling in die UN Flüchtlingskonvention: „Flucht oder Vertreibung aus Gründen des Klimawandels liegen außerhalb des Schutzbereichs der Genfer Flüchtlingskonvention“. Weiterhin vertritt die Bundesregierung die Meinung, dass Maßnahmen zuerst auf internationaler Ebene getroffen werden müssen, da der Klimawandel ein globales Problem darstellt.

Trotzdem warnte die Bundesregierung im Sommer 2014 vor den katastrophalen Folgen der Erderwärmung. Laut Gerd Müller (CSU), Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, wird in naher Zukunft (bis 2050) mit 200 Millionen Klimaflüchtlingen zu rechnen sein, wenn das Zwei-Grad-Ziel zur Eindämmung des Klimawandels nicht erreicht wird. Als politische Problemlösung wird neben Katastrophenschutz und Prävention somit ein neues Klimaschutzabkommen angesehen. Auch unter dem Gesichtspunkt der Klimaflucht gilt es, die bevorstehende UN-Klimakonferenz in Paris zu verfolgen.

Anne-Marie Stark

Weitere Informationen: klimawandel-bekaempfen.dgvn.de/auswirkungen-anpassung/klimaflucht

Dürreböden führen zu Nahrungsknappheit.

Foto: 350.org - www.flickr.com/photos/350org/5067785462/sizes/o/

Kreative Aktion in der Baseler Straßenbahn

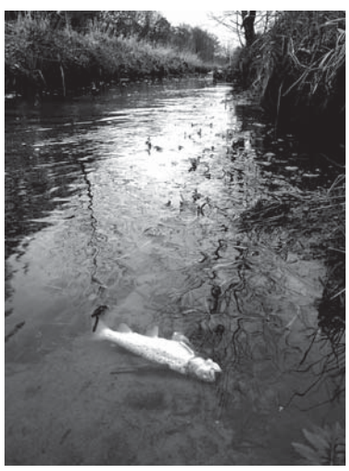
Foto: Janos Balazs - www.flickr.com/photos/jbid-post/7666993844/sizes/o/

WASSER BERLIN INTERNATIONAL 2015

Fachmesse, Kongress und Publikumsschau für Wasser, Abwasser und Infrastruktur

Die Messe „WASSER BERLIN INTERNATIONAL“ beschäftigt sich mit den Themen Wasser und Abwasser und findet alle zwei Jahre in Berlin statt. Sie ist eine Kombination aus Fachmesse und Kongress. Das ist eine Antwort auf die neuen technischen Entwicklungen und den dynamischen Markt. Die Messe ist sowohl eine Bühne für Innovationen als auch eine Leistungsschau der Wasserwirtschaft. Hier können sich die Besucher_innen über die Leistungsfähigkeit, den Leistungsstand und über die Perspektiven der Wasserwirtschaft informieren. Die meisten Aussteller_innen stellen neue oder weiterentwickelte Produkte vor.

Neu ist dieses Jahr der Bereich „Flood Management Berlin“ mit einem begleitenden Fachsymposium. In diesem Fachsegment werden interessierte



Tote Meerforelle

Foto: Ralf Gerken

Besucher_innen Einblicke in Produkte, Dienstleistungen und Lösungen für die Bereiche Hochwasserschutz, Wasserbau und Katastrophenmanagement bekommen. Die internationale NO DIG, das Segment für den grabenlosen Bau von Wasserleitungen, hat sich inzwischen zu einem festen Bestandteil der Messe entwickelt und wird auch dieses Jahr fortgeführt. Auch die Wassergewinnung ist ein wichtiger Aspekt. Zu diesem Thema gibt es ein Freigelände mit ausgestellten Bohrgeräten, Maschinen und anderen Werkzeugen für den Brunnenbau. Neben den Ausstellungen werden zahlreiche Vorträge von namhaften Experten aus Versorgungsunternehmen, Fachfirmen, Verbänden, Ministerien und Forschungsinstituten angeboten.

Die GRÜNE LIGA, welche im Rahmen der Messe wieder auf der interaktiven Publikumsschau „WASsERLEBEN“ vertreten sein wird, vereint als Netzwerk ökologischer Bewegungen Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen, die sich zusammen für den Natur- und Umweltschutz, sowie für die Ökologisierung der Gesellschaft stark machen. Ihr Ziel ist es, regionale Akteure und ihre Aktivitäten zu koordinieren und fachlich zu unterstützen. Dabei bringt sie die Erfahrungen aus ihrer Entstehungsgeschichte vor 25 Jahren in der Umweltbewegung der DDR in die Diskussionen um eine nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweise ein.

Die Bundeskontaktstelle Wasser der GRÜNEN LIGA engagiert sich schon seit Langem gemeinsam mit anderen Verbänden und Initiativen für den Gewässerschutz. Unter anderem organisiert sie in der gesamten Bundesrepublik Informationsveranstaltungen für Umweltinteressierte. Durch die EG – Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) werden neue Bedingungen für den Schutz von Flüssen, Seen, Küsten und des Grundwassers geschaffen. Mit den WRRL – Steckbriefen stellt die Kontaktstelle vor allem positive Beispiele und Projekte wie Renaturierungsmaßnahmen, Fischpässe und ähnliche Wasserbauten vor, die schon realisiert werden oder sich zumindest im fortgeschrittenen Planungsstadium befinden.

Wasserqualität gefährdet

Allerdings weist die Kontaktstelle auch auf die Defizite bei der Umsetzung der WRRL hin. Massentierhaltung und der boomende Anbau von Biomasse verschlimmern die Lage sogar teilweise. Vor allem der flächendeckende Maisanbau verdrängt Grünlandflächen, lässt der Artenvielfalt wenig Raum und verstärkt die Erosion auf den Feldern. Durch die Überdüngung der Ackerflächen ist die Gewässerbelastung durch Nitrate und Phosphate ebenfalls stark gestiegen. Für die Trinkwasserversorger entstehen dadurch zunehmend Probleme bei der Sicherstellung der Wasserqualität.

Fische, Muscheln und andere Wasserorganismen brauchen nicht nur sauberes Wasser, sondern auch eine vielfältige Gewässerstruktur. Am Messestand der GRÜNEN LIGA werden Beispiele gezeigt, wie durch angepasste Unterhaltung, funktionelle Gewässerrandstreifen und Renaturierungsmaßnahmen Verbesserungen des Lebensraums Wasser erreicht werden können. Darüber hinaus werden auch Informationen zur EU-Hochwasserrisikomanagementrichtlinie und zu Konflikten zwischen Hochwasserschutz und Naturschutz geboten.

Für sauberes Wasser ins Wasser springen

Als Partner der GRÜNEN LIGA wird sich auch die europäische Jugendkampagne „Big Jump Challenge“ am selben Informationsstand präsentieren. Diese Kampagne verfolgt das Ziel, ein Zeichen für den Gewässerschutz zu

Maisanbau im Fluss: da gelangt der Dünger direkt ins Wasser.

Foto: Dieter Tornow

setzen. Schließlich wollte die EU alle europäischen Flüsse und Seen bis 2015 in einen guten Zustand versetzen, und davon ist sie jetzt, im Februar, noch weit entfernt.

Mit Hilfe der Jugendkampagne „Big Jump Challenge“ suchen sich Jugendliche Partnerteams aus ganz Europa, mit denen sie auf kreative Art und Weise den Gewässerschutz vorantreiben. Beim „Big Jump“ sollen diesen Sommer Tausende Menschen in ganz Europa gleichzeitig in ihre Flüsse und Seen springen. Auch auf dem Umweltfestival der GRÜNEN LIGA Berlin am 14. Juni soll ein Jump durchgeführt werden, und zwar an der Stelle, an der das Flussbad auf der Museumsinsel entstehen soll. Vertreter_innen von Big Jump am Stand der GRÜNEN LIGA werden Berliner Schulen dazu einladen, an der Challenge teilzunehmen.

Neben Big Jump wird auch die German Toilet Organisation (GTO) vor Ort sein. Sie setzt sich für eine weltweite Sanitärversorgung ein. Die Arbeit der GTO wird durch den sanitären Notstand in weiten Teilen der Welt motiviert. Nach Schätzungen von WHO und UNICEF aus dem Jahr 2010 leben etwa 2,6 Milliarden Menschen ohne geeignete sanitäre Anlagen - für die Betroffenen eine menschenunwürdige Situation.

Das Fehlen von Toiletten und hygienischer Abwasserentsorgung führt zu Krankheiten und Gefahren, insbesondere für Frauen, Ältere und Kinder. Die Verfügbarkeit einer Toilette ist für Menschen in einer sogenannten „Industrienation“ wie Deutschland eine Selbstverständlichkeit, allerdings sind besonders Schultoiletten oftmals in einem bedauernswerten Zustand. Mit intensiver Bildungsarbeit an Schulen in Berlin und im Umland vereint die GTO das Thema Schultoilette mit der globalen Sanitärkrise.

Des Weiteren werden sich die Besucher_innen am Stand der GRÜNEN LIGA über den Staudamm Belo Monte, der in Brasilien im tropischen Regenwald gebaut werden soll, informieren können. Dieser Staudamm soll der drittgrößte der Welt werden und wird einen See aufstauen, der größer ist als der Bodensee.

Sie werden die GRÜNE LIGA in der Messehalle 5.2b am Stand 428 finden. Als Ansprechpartner und Leiter der Bundeskontaktstelle Wasser steht ihnen Michael Bender (wasser@grueneliga.de) zur Verfügung. Wir freuen uns auf Ihren Besuch! *Veit Ulrich*

Weitere Informationen: www.wasser-berlin.de

WASSER BERLIN INTERNATIONAL

Fachmesse und Kongress für die Wasserwirtschaft
24 - 27. März 2015

Dienstag bis Donnerstag
9-18 Uhr
Freitag 9-16 Uhr
Eingang Messe Süd

Veranstaltungen auf der Messe:
- Brunnenbausymposium
- Internationales Leitungsbausymposium/NO DIG Berlin
- FLOOD MANAGEMENT Berlin
- Internationales Forum
- WASsERLEBEN
- Karrieretag am 27.3.

Weitere Informationen und Ticketpreise: www.wasser-berlin.de/Besucher-Service

Umstrittenes Freihandelsabkommen TTIP

Europäische Kommission startet fragwürdige Transparenzoffensive

Der Widerstand und die Kritik am Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen der Europäischen Union und den USA werden immer stärker und nehmen vielfältige Formen an. Wenig hilfreich zur umfassenden und kritischen Meinungsbildung zu TTIP sind die spärlichen Informationen seitens der Bundesregierung und der Europäischen Kommission über die laufenden Verhandlungen. In den Verlautbarungen heißt es unter anderem wortgewaltig, aber unkonkret: „Bislang nicht ausgeschöpftes Potenzial eines echten transatlantischen Marktes soll durch einen besseren Marktzugang genutzt werden. Eine größere regulatorische Kompatibilität wird neue wirtschaftliche Möglichkeiten für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum eröffnen.“ Ebenso werde der Weg für weltweite Standards geebnet, Zölle zwischen den USA und der EU würden abgebaut.

All das wird hinter verschlossenen Türen an den nationalen Parlamenten, Bürgern und NGOs vorbei verhandelt. Informationen gelangten nur spärlich an die Öffentlichkeit, monierte unter anderem der Deutsche Journalistenverband (DJV): „Die Journalistinnen und Journalisten sind aufgrund der Geheimhaltungspolitik der Verhandlungsdelegationen nicht in der Lage, ihren Informationsauftrag gegenüber der Öffentlichkeit zu erfüllen“, kritisierte DJV-Bundesvorsitzender Michael Konken. Er forderte die Kommission auf, Journalisten die Informationen zur Verfügung zu stellen, die für die Berichterstattung über das geplante TTIP-Abkommen erforderlich seien: „Geheimniskrämerei verträgt sich nicht mit den Grundwerten der EU-Charta, zu denen die Pressefreiheit gehört.“ Auch seien Journalisten, die die Verhandlungen begleiten, zum Schweigen verpflichtet.

Die von europäischen und amerikanischen Kritikern gehegten negativen Befürchtungen über die wahren Hintergründe der heimlich stattfindenden Verhandlungen zur Schaffung der weltweit größten Freihandelszone werden kurzerhand als Mythen und Argumente, die „nicht auf Fakten beruhen“ abgetan. Informationen darüber gelangten allenfalls über „undichte“ Stellen an die Öffentlichkeit, sprich über *Whistleblower*. Alle zusammengetragenen Informationen weisen eher darauf hin, dass es sich nicht um ein traditionelles Handelsabkommen zwischen zwei Staaten beziehungsweise Staatengemeinschaften handelt. Vielmehr geht es unter anderem darum, den multinationalen Konzernen Möglichkeiten zu schaffen, lang erkämpfte Sozialstandards, Umweltvorschriften und Lebensmittelgesetze per Sonderklagerechte auszuhebeln. In erster Linie sollen „regulatorische Hemmnisse beseitigt werden, die potenzielle Gewinne transnationaler Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks beschränken“, werfen Kritiker der im Geheimen verhandelnden Europäischen Kommission vor.

Das umstrittene Freihandelsabkommen bringt viele Menschen auf die Straße.

Foto: Uwe Hiksch - www.flickr.com

Kurz, klar, kompromisslos

Foto: Volker Voss

Österreich droht mit Klage

Bundeskanzlerin Angela Merkel verspricht zwar: “Kein Standard, der heute in der Europäischen Union vereinbart ist, wird durch dieses Freihandelsabkommen unterschritten“. Ihr österreichischer Amtskollege, Bundeskanzler Werner Faymann, sieht das jedoch anders: „Wir wollen TTIP und Investor- Staats- Klagen mit allen Mitteln verhindern, falls sie in der befürchteten Form kommen sollten. Im Ernstfall gehen wir mit einer Klage vor den Europäischen Gerichtshof“, sagte er in einem Interview mit der in Wien erscheinenden Kronen Zeitung. Es sind insbesondere die geplanten geheimen Schiedsgerichtsverfahren, die er kritisiert: „Die Konzerne sind schon mächtig genug. Man darf ihnen nicht alle Macht geben. Wir haben viel zu lange weggesehen, wie sich die Konzerne auf globaler Ebene eine eigene Welt eingerichtet haben, etwa in den Steuerschlupflöchern. Nicht zuletzt führte diese Welt zum Crash von 2008. Ihnen jetzt auch noch ein Sondergericht und Sonderklagerechte zu schaffen, verstößt gegen die demokratische Ethik von Ländern wie Österreich.“ Ebenso unannehmbar ist für Bundeskanzler Faymann die „allfällige Ratifizierung des Freihandelsabkommens über die Köpfe der EU- Mitgliedsparlamente hinweg allein durch das EU-Parlament“. Dazu will er auf europäischer Ebene Verbündete gewinnen, „um die sozialen und ökologischen Standards in Europa zu schützen“. Bei TTIP-Befürworterin Angela Merkel wird er dabei wohl auf Granit stoßen.

Bürgerprotest gegen TTIP

Einer dieser Bündnispartner wäre allerdings die europäische Bürgerinitiative *Stopp TTIP,* der die Anerkennung durch die Europäische Kommission voriges Jahr mit fadenscheinigen Argumenten verweigert wurde. Mittlerweile hat das Bündnis innerhalb kürzester Zeit schon 1,3 Millionen Unterschriften EU-weit gesammelt. Das Ziel sind mindestens zwei Millionen Unterschriften. Das aus über 240 Organisationen bestehende Bündnis hat Rechtsmittel gegen die Ablehnung der Europäischen Bürgerinitiative zu TTIP und dem geplanten Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) durch die Europäische Kommission eingelegt. Die Initiative kündigte aber an, „dass die Europäische Bürgerinitiative wie geplant durchgeführt werde, auch ohne Anerkennung durch die EU-Kommission.“

In der Erklärung der Bürgerinitiative heißt es: „Wir wollen TTIP und CETA verhindern, da sie diverse kritische Punkte wie Investor-Staat-Schiedsverfahren und Regelungen zur regulatorischen Kooperation enthalten, die Demokratie und Rechtsstaat aushöhlen. Wir wollen verhindern, dass in intransparenten Verhandlungen Arbeits-, Sozial-, Gesundheits-, Umwelt-, Datenschutz- und Verbraucherschutzstandards gesenkt sowie öffentliche Dienstleistungen (zum Beispiel Wasserversorgung) und Kulturgüter dereguliert werden. Die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative unterstützt eine alternative Handels- und Investitionspolitik der EU.“

Fragwürdige Transparenzoffensive

Im Januar gab die Europäische Kommission dem Druck der Öffentlichkeit nach mehr Transparenz nach und lobt sich selbst öffentlichkeitswirksam

für den nun erfolgten Schritt. So wurden unter anderem Vorschläge für geplante Gesetzestexte veröffentlicht. Darunter Texte zur zwischenstaatlichen Streitbeilegung *(government-to-government dispute settlement, GGDS)*. EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström verweist jedoch darauf, „dass diese nicht mit der ISDS *(Investor-to-State Dispute Settlement)*, also der Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten zu verwechseln sind“. Doch gerade dieser Punkt ist von besonderer Wichtigkeit, um die Gefährlichkeit von TTIP zu verstehen.

Die Kritik an den spärlichen Veröffentlichungen ließ nicht lange auf sich warten. Denn es handelt sich lediglich um unkonkrete Vorschläge ohne nennenswerte Aussagekraft: Die nun öffentlich gemachten Dokumente seien inoffiziell schon lange bekannt und enthielten nur positiv formulierte Grundsatzpositionen, kritisierte die grüne Bundestagsabgeordnete Bärbel Höhn. Die konkret ausformulierten Verhandlungspapiere würden weiter unter Verschluss gehalten. Es wurden nur „selektiv“ ausgewählte Papiere veröffentlicht.

Ulrike von Wiesenau vom Berliner Wassertisch fordert, dass künftig alle EU-Abgeordneten vertrauliche Verhandlungsdokumente einsehen können. Welche Dokumente weiterhin unter Verschluss bleiben und nach welchen Kriterien die Akteneinsicht eröffnet wird, gehe aus den veröffentlichten Ankündigungen nicht hervor. Eine reine Veröffentlichung der EU-Position in den Verhandlungen reiche nicht aus, um den Einfluss der Konzerne und Lobbyisten auf CETA und TTIP bewerten zu können. Geleakte Dokumente und *Whistleblower* blieben demnach die einzige Quelle für konkrete Informationen. Gewählte Abgeordnete und EU-Regierungen könnten einen großen Teil der TTIP-Verhandlungstexte weiterhin nur in geheimen Leseräumen einsehen, ohne darüber berichten zu dürfen. Demokratie und Transparenz sehen anders aus.

Profit durch Unrecht

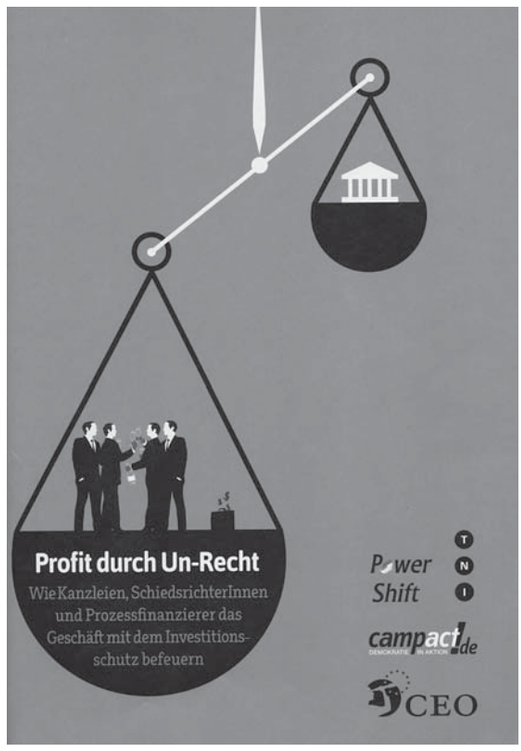
Das kurz in den veröffentlichten Papieren erwähnte Investitionsschutzabkommen zum Freihandelsabkommen wird jetzt von Kritikern unter die Lupe genommen. Es liegt nun die erste umfangreiche Studie unter dem Titel „Profit durch Unrecht. Wie Kanzleien, Schiedsrichter_innen, und Prozessfinanzierer_innen das Geschäft mit dem Investitutionsschutz befeuern“ vor, erstellt von den Nichtregierungsorganisationen *Power Shift, Corporate Europe Observatory* und *Forum Umwelt & Entwicklung*. Darin gehen die Autoren insbesondere auf die geplanten Investitionsschutzabkommen ein, die Teil des Handelsabkommens sein werden, mit denen die Rechte von Investoren im jeweils anderen Staat festgelegt werden. Grundsätzlich sind zwar rechtlich abgesicherte Verträge zwischen Staaten mit Sicherheitsgarantien nichts Unübliches. Doch werden, wie es die Praxis der letzten Jahre gezeigt hat, „die Abkommen von Investoren dazu benutzt, um Regierungen zu verklagen, wenn sie durch Änderungen in der Politik – zum Beispiel zum Umwelt- oder Gesundheitsschutz – ihre Gewinne geschmälert sehen.“ Und genau das ist auch im Zusammenhang mit TTIP geplant.

Aufgelistet werden einige Beispiele aus der bisherigen Praxis in Sachen Investorenschutz: So wird aktuell die Bundesrepublik Deutschland vom schwedischen Energiekonzern Vattenfall aufgrund des beschlossenen Ausstiegs aus der Kernenergie und für die bereits erfolgte Stilllegung von zwei Atomkraftwerken für den entgangenen Gewinn auf 3,7 Milliarden Euro verklagt. Australien und Uruguay werden vom weltweit operierenden Tabakkonzern Philip Morris wegen eines neuen Nichtraucherschutzgesetzes verklagt. Aufgrund der verpflichtend eingeführten Warnhinweise auf den Zigarettenpackungen würde der Konzern daran gehindert, die eigene Marke effektiv zu bewerben, wird argumentiert. Allein diese beiden Klagen, mit denen sich Konzerne in die nationale Gesetzgebung zum Umwelt- und Gesundheitsschutz einmischen, beruhen auf bilateralen Investitionsschutzabkommen. Dies ist jedoch nur die Spitze des Eisbergs. Es gibt weitere, fast unglaubliche Beispiele rechtlicher Einmischungen in innerstaatliche Maßnahmen.

Dramatische finanzielle Folgen

So wurden in den letzten Jahren jährlich mehrere Hundert solcher Klagen von privaten Investoren gegen Staaten eingereicht. Bis vor etwa 15 Jahren waren es noch sehr wenige derartiger Klagen, so Pia Eberhardt von *Power Shift*. Dies seien keine ordentlichen Gerichtsverfahren vor ordentlichen Gerichten, bei denen mit innerstaatlichen Rechtsmitteln geklagt werde, ergänzt sie. Sie seien zudem intransparent. Es gebe auch keine Revisionsmöglichkeiten. Für die verklagten Staaten haben diese undurchsichtigen Verfahren dramatische finanzielle Folgen für die nationalen Haushalte. Vor allem werde Konzernen damit die Möglichkeit eingeräumt, in gesellschaftliche Änderungen einzugreifen.

Mittlerweile hat sich eine regelrechte Schiedsgerichtsindustrie herausgebildet, für die diese Verfahren ein lukratives Geschäft sind. In der Studie werden insgesamt 20 der gefragtesten Kanzleien im Investitionsrecht aus den USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland aufgelistet. Wie lukrativ derartige Verfahren tatsächlich sind, zeigt ein Blick auf die beispielhaft herausgegriffene Kanzlei Freshfields



Broschüre: CEO, Transnational, campact, PowerShift

Bruckhaus Deringer (GB), die nach eigenen Angaben im Jahr 2011 auf einen Gesamtumsatz von 1,82 Milliarden Dollar mit insgesamt 71 Investor-Staat-Klagen kam. Das waren Gewinne pro Partner von 2,07 Millionen Dollar. Ähnliche Umsatzzahlen können auch die anderen aufgelisteten Kanzleien vorweisen. Die Mehrheit der bekannten gewordenen Fälle wird vor dem zur Weltbankgruppe gehörenden Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten in Washington verhandelt, heißt es in der Studie. Schon die Ankündigung von Investor-Staat-Klagen würde oft auch als Druckmittel verwendet, um Staaten vor unerwünschten Maßnahmen abzuhalten. Dazu würden Konzerne von Anwälten regelrecht gedrängt, um bereits im Vorfeld für die Kanzleien lukrative Kompromissregelungen mit unter Druck stehenden Staaten zu erzielen. Internationale Investitionsschutzregime seien laut Studie deshalb notwendig, weil nationale Gerichte angeblich nicht neutral seien.

Kein Jobwunder durch TTIP

Für Ernüchterung, was TTIP für den Arbeitsmarkt bedeutet, sorgt der Chef der Bundesagentur für Arbeit (BA) in Nürnberg, Frank-Jürgen Weise, der ein Befürworter des geplanten Freihandelsabkommens ist. Er sieht kaum positive Auswirkungen für den Arbeitsmarkt: „Ich erwarte kein Vernichten von Jobs, aber auch nicht den Job-Boom“. Er verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass es im Warenaustausch mit den USA auch keinen besonderen Effekt wegen der angekündigten Abschaffung der Zölle geben wird, da die Zölle ohnehin schon sehr niedrig sind. „Der große Impuls kommt aus der Leistungsfähigkeit des verarbeitenden Gewerbes, der Leistung der Unternehmen, und nicht allein daraus, dass die Rahmenbedingungen für den Export gut sind“, so der BA-Chef.

Kritiker prognostizieren jedoch eher einen Abbau von Arbeitsplätzen. Nach einer Studie des Global Development And Environment Institute an der Tufts University in Boston (USA) werden durch TTIP bis zum Jahr 2025 über eine halbe Million Arbeitsplätze verloren gehen. Profitieren würden in erster Linie die USA, weil dort die Lohnkosten merklich niedriger als in Deutschland seien, was den Lohndruck auf die deutschen Arbeitnehmer erhöhen würde. Viele ursprünglich gut bezahlte Jobs wurden in den USA während der Wirtschaftskrise durch Niedriglohnjobs ersetzt. Die Vereinigten Staaten hätten dadurch gute Voraussetzungen, sich auf den europäischen Märkten festzusetzen und dem Exportweltmeister Deutschland erfolgreich Pfründe abzujagen.

Der Widerstand gegen TTIP ist so unerwartet groß, dass sich selbst die Regierungspartei SPD aufgrund der teilweise sehr kritischen Haltung ihrer Mitglieder vor einer Zerreißprobe befindet. Auch aus der bayrischen CSU kommt Widerspruch. Der unnachgiebigen Haltung seitens der Hardliner innerhalb der Bundesregierung und anderer Befürworter steht auf europäischer Ebene die Entschlossenheit der unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen gegenüber, dieses Abkommen zu verhindern. *Volker Voss*

Weitere Informationen:
www.ttip-unfairhandelbar.de
www.eu-secretdeals.info
corporateeurope.org/sites/default/files/profit-durch-unrecht.pdf

Atomkraft im Aufwind?

Vier Jahre nach der japanischen Dreifachkatastrophe

Radioaktivität bleibt ein Problem.

Grafik: SandoCap - www.flickr.com/photos/sandocap/5606377420/sizes/o/

In diesem Frühjahr jährt sich die folgenschwere Katastrophe in Japan zum vierten Mal. Am 11. März 2011 erschütterte ein Erdbeben der Stärke 9,0 die japanische Hauptinsel Honshū. Dies verursachte eine Tsunami-Welle, die die Ostküste Japans traf und besonders in den Küstengebieten Nordjapans große Zerstörung anrichtete. Als Folge dessen starben 23.000 Menschen, eine halbe Million Menschen musste evakuiert werden. Das Atomkraftwerk Fukushima-Daiichi an der Küste der Präfektur Fukushima, circa 260 Kilometer von Tokyo entfernt, wurde von einer 14 Meter hohen Wasserwand überflutet. Die Stromversorgung wurde unterbrochen, und so konnte keine angemessene Kühlung der Brennelemente erfolgen. Es ereignete sich schließlich eine Kernschmelze in den Reaktoren I bis III des Atommeilers. Mehrere Explosionen führten zur teilweisen Zerstörung der Reaktoren, wodurch auch Barriereabgrenzungen zur Umwelt beschädigt wurden. Seitdem stellt die Radioaktivität in vielen Regionen Japans eine andauernde Bedrohung dar. Die Strahlenwerte in Fukushima liegen immer noch weit über den Grenzwerten. Ein weiteres Problem stellt die große Menge an kontaminiertem Kühlwasser dar, welches in den Ozean gelangt.

Durch diese Vorfälle wurde aus der Erdbeben- und Tsunamikatastrophe letztendlich eine nukleare Katastrophe. Auf der internationalen Bewertungsskala für nukleare Ereignisse (INES) wurde der Reaktorunfall Fukushima Daiichis auf der höchsten Stufe sieben, als „Katastrophaler Unfall“ eingestuft. Schon am Abend des 11. März 2011 verkündete die Regierung von Premierminister Naoto Kan den Atomnotstand. In Etappen wurden die Anwohner_innen im Radius von 30 Kilometer um den Atommeiler aus dem gefährdeten Gebiet umgesiedelt. Auf unabsehbare Zeit sind diese Regionen unbewohnbar. Zum jetzigen Zeitpunkt soll der Zustand der Kaltabschaltung erreicht worden sein. Es wurde eine Kunststoffhülle um die Gefahrenzonen der Reaktoren gelegt. Eine Einfriedung von Fukushima Daiichi ist geplant.

Gegenwärtige politische Situation

Als Reaktion auf das Unglück wurden im März 2011 zunächst alle 54 japanischen Atomkraftwerke heruntergefahren, die nun teilweise wieder ans Netz gehen sollen. Im September 2012 wurde von der ehemaligen Regierung zwar der Ausstieg aus der Atomkraft bis 2030 beschlossen, die aktuelle Regierungskoalition aus der Liberaldemokratischen Partei (LDP) und der Komeitō setzt jedoch andere Akzente in der Energiepolitik. Die beiden Parteien grenzen sich nicht von der Atomkraft ab oder fordern öffentlich einen Atomausstieg. So ist es nicht verwunderlich, dass das Wiederanfahren von zwei Atomkraftwerken – AKW Sendai im Süden und AKW Takahama an der Westküste der Hauptinsel Honshū - bevorsteht. Im Umkreis des Atomkraftwerks Sendai befinden sich jedoch zwei aktive Vulkane, was nicht nur Experten beunruhigt. Dennoch wird unter Premier Shinzō Abe ein Atomausstieg blockiert. Dies erscheint paradox, da seit fast zwei Jahren keines von den 54 Atomkraftwerken genutzt wurde.

Im letzten Dezember kam es in Japan zu vorgezogenen Parlamentswahlen. Die Koalition aus LDP und Komeitō erreichte eine klare zweidrittel-Mehrheit im Unterhaus. In dieser Amtsperiode ist es also möglich, dass eine Reihe von AKWs wieder ans Netz geht. Entsprechend ist die Stimmung in der japanischen Gesellschaft. Die Anti-AKW Bewegung in Japan wird stärker.

Nein zum Atom!

Foto:Roberto Maxwell - www.flickr.com/photos/robertomaxwell/6826275928/sizes/o/

Auswirkungen der Strahlenbelastung

Mit der Strahlenkontamination der Umwelt geht das Risiko für Erkrankungen der Bewohner_innen einher. Die Ärzteorganisation IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung eines Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.) stellt fest, dass ein Anstieg von Neuerkrankungen an Schilddrüsenkrebs bei japanischen Kindern zu verzeichnen ist. Dies wurde in den neusten veröffentlichen Daten der Schilddrüsen-Reihenuntersuchungen aus Fukushima vom Januar 2015 deutlich. Bisher wurden 60.505 Kinder nachuntersucht und bei 57,8 Prozent wurden Knoten oder Zysten gefunden. Der stellvertretende IPPNW-Vorsitzende Dr. Alex Rosen erklärt: „Zwar ist es noch zu früh, die langfristigen gesundheitlichen Folgen der Atomkatastrophe abschätzen zu können, doch diese ersten Untersuchungsergebnisse sind besorgniserregend.“ Damit widerspricht die Ärzteorganisation energisch einem Bericht des Wissenschaftlichen Ausschusses der Vereinten Nationen zur Untersuchung der Auswirkungen der atomaren Strahlung (UNSCEAR) aus dem letzten Jahr, demzufolge es „keine erkennbaren Folgen“ für die Gesundheit der japanischen Bevölkerung gibt.

Die japanische Anti-Atom-Bewegung

Das geplante Hochfahren der Atomkraftwerke, wie zum Beispiel Sendai stößt bei der betroffenen Bevölkerung auf Widerstand. In Sendai protestierten tausende Menschen auf den Straßen. Zwar wurde die Wiederinbetriebnahme des AKWs Sendai genehmigt, jedoch dauerte das durch die breite Anti-Atom-Bewegung vor Ort ganze 18 Monate. Kazue Suzuki, Atomkraftexpertin von Greenpeace Japan stellt fest: „Die Regierung und die nationale Regulierungsbehörde ignorieren wissenschaftliche Erkenntnisse, die öffentliche Sicherheit und die existierenden Vorgaben.“ Unklare Evakuierungspläne und Risikoabschätzungen bringen der Protestbewegung indes mehr Zuspruch. Zumal ist die Situation um das havarierte Atomkraftwerk weiterhin kritisch. Heinz Smital, Kernphysiker und Atomexperte bei Greenpeace Deutschland, der in Fukushima Strahlenmessungen vorgenommen hat, schätzt die aktuelle Situation in Fukushima als “surreal und schockierend” ein. Es wird sogar geplant, die Menschen in die zwangsevakuierten Gebiete zurücksiedeln zu lassen.

Solidarität zeigen am vierten Jahrestag

Anlässlich des vierten Jahrestages der japanischen Katastrophe sind in Deutschland landesweit Mahnwachen und Demonstrationen geplant. **In Berlin findet am 7. März eine Demonstration auf dem Pariser Platz statt, zu der die GRÜNE LIGA Berlin ausdrücklich aufruft** *(siehe Kasten)*.

Anne-Marie Stark

Japanisch: Atomkraft? Nein Danke!

Grafik: Watashiwami - www.flickr.com/photos/yukochatulapoly/5569558084/sizes/o/

Kazaguruma-Demo zum 4. FUKUSHIMA Jahrestag

Samstag, 7. März
13 Uhr bis 15 Uhr

Ort: Pariser Platz (vor dem Brandenburger Tor), Berlin-Mitte

Am 4. Jahrestag der FUKUSHIMA-Katastrophe rufen Sayonara Nukes Berlin, Anti Atom Berlin, Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD, Naturfreunde Berlin und GRÜNE LIGA Berlin zu einer Demo gegen Atomkraft auf. Kommt zahlreich und bringt ein Windrad (jap: kazaguruma) mit, oder wir verteilen welche bei der Demo!

Weitere Informationen:
www.ausgestrahlt.de
www.fukushima-disaster.de
sayonara-nukes-berlin.org/?lang=de

Atomkraft als touristische Attraktion?

Polnisches Energieunternehmen PGE klärt die „Unwissenden“ auf

Im Sommer tummeln sich am Strand des polnischen Ostseebades Kołobrzeg (Kolberg) und den umliegenden Ortschaften täglich Tausende Touristen, flanieren auf der Promenade, sitzen in den Cafés oder besuchen die kulturellen Darbietungen. Viele kommen zum Kururlaub. Die Haupteinnahmequelle ist der Tourismus. Die Urlauber kommen aus vielen europäischen Ländern, überwiegend aus Deutschland und Skandinavien, erklärt Krzysztof Plewko, Stadtrat in der knapp 50.000 Einwohner zählenden Hafenstadt Kołobrzeg. So sind in den letzten Jahren etliche neue Hotels, Pensionen und Restaurants entstanden, um dem wachsenden Ansturm der Erholung Suchenden gerecht zu werden.

Doch bald soll die Gegend um eine „Attraktion“ reicher werden. Die *Polska Grupa Energetyczna (PGE) - Polnische Energiegruppe* hat eine Kampagne gestartet, mit der die vielen ´Unwissenden` darüber aufgeklärt werden sollen, was Atomkraft wirklich ist. Denn es existieren Pläne, im Fischerdorf und Urlaubsort Gąski, etwa 20 Kilometer von Kołobrzeg entfernt, ein Atomkraftwerk zu errichten. Die PR-Strategen von PGE träumen von einem AKW, das als touristische Attraktion viele begeisterte Besucher anziehen wird.

Gegen die atomaren Pläne regt sich jedoch Widerstand. Krzysztof Plewko, der als Landwirt einen 145 Hektar großen Öko-Hof betreibt, wurde unter anderem wegen seines engagierten Einsatzes für den Umweltschutz in den Stadtrat gewählt. 2011 gründete er mit anderen Bürger_innen aus der Region die Umweltorganisation *Stowarzyszeni „Ekologyczny Kolobrzeg“ (Verein Ökologisches Kolobrzeg)*, deren Vorsitzender er zugleich ist.

Die Gefahren und Einwände gegen die Atomkraft werden schlicht ignoriert - als hätte es Tschernobyl und Fukushima nie gegeben. Verschwiegen wird ebenfalls die nachweislich erhöhte Krebsrate in der Umgebung von AKWs, die ungeklärte Endlagerung der Brennstäbe. 2011 gab der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) eine Studie in Auftrag, nach der AKWs nicht versicherbar sind, die Unfallgefahr ist einfach groß. Adäquate Haftpflichtprämien würden Atomstrom unwirtschaftlich machen. Empfohlen wird der Umstieg auf erneuerbare Energien.

Das Rathaus in Kolobrzeg

Internationale Vernetzung

Zudem handelt es sich hier um Naturschutz- und Erholungsgebiete. Das Meerwasser zur Kühlung der atomaren Anlage hätte aufgrund der Erwärmung auch negative Folgen für den Fischfang. Ganz zu schweigen davon, dass die „unwissenden“ Touristen ausbleiben werden.

Deutschland hat im Zuge der Energiewende den Atomausstieg eingeleitet, der bis spätestens 2022 abgeschlossen sein wird. Gąski, ein Dorf in der polnischen Woiwodschaft Westpommern, gehört zur Landgemeinde Mielno, wo sich die Menschen überall aktiv gegen den Bau und die realitätsfremde Propaganda der Atombefürworter wehren. Unterstützt werden sie unter anderem vom *ATOMIC BALTIC-Netzwerk/ Projekt*, „das lokale, regionale und internationale Initiativen, Organisationen und Individuen im Kampf gegen atomare Entwicklungen überall rund um die Ostsee vereint“. Es gibt in mehreren Ländern im Ostseeraum Pläne, weitere Atomkraftanlagen zu errichten.

In *Zoppot* gründete PGE, wohl als PR-Maßnahme, den Sportverein „Atomtreff“, deren Mitglieder als atomar begeisterte Werbebotschafter in den Wettkampf mit anderen Vereinen ziehen. Denn knapp 70 Kilometer von Zoppot entfernt, ist ebenfalls ein AKW geplant.

Danach befragt, was sie von der Idee halten, in Gąski ein AKW zu errichten, antworten Hotelbesitzer und -mitarbeiter in Kołobrzeg spontan: „Menschenskind“, „die touristische Branche geht kaputt“ oder „höchstens wenn diese Technologie 100 Prozent sicher wäre, doch das ist kaum zu erwarten“.

2011/12 konnten nach der Ausweisung mehrerer möglicher Standorte für den Bau von AKWs in Polen international Einwände dagegen vorgebracht werden. Mehr als 50.000 Menschen allein aus Deutschland erhoben bei der polnischen Regierung Einspruch gegen die Atompläne. Auch aus dem Land Brandenburg kam von Seiten der Landesregierung Widerspruch gegen die Pläne. Denn bei einem Unfall sind auch die umliegenden Länder betroffen.

Die umstrittene Recyclinganlage

Fotos: Volker Voss

Illegale Recyclinganlage

Doch damit nicht genug: Seit Jahren ärgern sich die Einwohner über eine Verbrennungs- und eine Recyclinganlage in Kołobrzeg-Grzybowo, wohin uns Stadtrat Plewko mit seinem Wagen fährt. Dort kommt uns ein übelriechender Gestank entgegen – und dass mitten in einem Naturschutzgebiet mit Wasserreservoire. Ein Zugang zu der Anlage ist schwer. Auf einem Feldweg nahe der Anlage befindet sich seit kurzem eine Betonbarriere. „Diese wurde errichtet, um mich davon abzuhalten, dort ranzufahren und Fotos zu machen“, beschwert sich der Lokalpolitiker.

Einige Touristen seien früher abgereist als geplant. „Selbst die Schnecken verschwinden, wenn die Verbrennungsanlage in Betrieb ist“, berichtet Plewko. Ein Gast aus Deutschland schreibt in seiner Online-Bewertung für ein Hotel in unmittelbarer Nähe der Anlage: „Vor dem Fenster war eine Verbrennungsanlage und der Duft war nicht sehr schön“. Welche Stoffe tatsächlich recycelt und getrennt werden, ist eher das Geheimnis der Betreiber. „Auf jeden Fall werden illegal Dinge verbrannt, für die es keine Erlaubnis gibt.“ Auch gelte die Baugenehmigung für einen anderen Standort.

Für diese Anlage flossen Gelder aus Brüssel, deren Verbleib nicht nachvollziehbar sei, berichtet Stadtrat Plewko. Hier werde Kompost hergestellt, den er aber „Pseudokompost“ nennt, weil er lediglich ein Gemisch aus biologisch verwertbaren Stoffen und gewöhnlichem Müll ist. Glas, medizinische Abfälle und Plastik müssten extra verarbeitet werden.

Tatsächlich wurde der Kompost in einer naturgeschützten Umgebung verwendet, was dazu führte, dass selbst die dort sonst brütenden Kraniche das Gebiet verließen. Doch die Verantwortlichen in den Ministerien ignorieren die Probleme. Auf Anfragen gebe es keine Antworten. Denn laut Dokumente sei alles in Ordnung. „Wenn es so weiter geht, werden wir unseren Protest auch auf die Straße tragen“, kündigt Plewko an.

Wegen der illegalen Anlage gibt es Gespräche auf höchster politscher Ebene in Szczecin, der Hauptstadt der Woiwodschaft Westpommern. Dort wurde ihm mitgeteilt, dass ein Mehrheitsbeschluss des Kołobrzeger Stadtparlaments gegen die Anlage ein Grund ist, diese stillzulegen. “Wir haben als Gemeindevertretung von Kołobrzeg beschlossen, dass wir diese Recyclinganlage nicht wollen - und das ist nun offiziell“, so Plewko. Trotzdem habe der jetzige Bürgermeister einen Vertrag mit dem Unternehmen unterzeichnet. Die Umweltschützer sehen sich zudem erheblichen Druck seitens der Regierungspartei in der Gemeinde ausgesetzt. Es sei schwer, gegen die offizielle Propaganda anzukämpfen. Doch immerhin berichten lokale Medien kritisch über derartige Probleme. Einmal wöchentlich hat der Verein die Möglichkeit, im Lokalradio Koszalin zu sprechen. Für ihn und seine Mitstreiter ist es wichtig, sich mit NGOs in anderen Ländern zu vernetzen, um von deren Erfahrungen zu profitieren.

Volker Voss

Klimaschutz, Luftqualität, Lärmbelastung

Berlin noch lange nicht auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung

Der in Kooperation zwischen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt und dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg erstellte „2. Datenbericht 2014 über die Kernindikatoren zur nachhaltigen Entwicklung“ bemüht sich zwar für einige Bereiche positive Entwicklungen darzustellen, bei genauerer Betrachtung fällt die Bilanz allerdings ernüchternd aus.

So ist die **Lärmbelastung** durch Verkehrslärm noch immer sehr hoch, es gab zwar eine erste Abnahme von 2007 bis 2012 laut Lärmkartierung. Die Lärmbetroffenheit ist aber weiterhin sehr hoch. Daher wurde nach einer Online-Beteiligung für vom Lärm betroffene Bürger_innen der „Lärmaktionsplan 2013 bis 2018“ entwickelt. Er soll für 12 bezirkliche Teilräume und acht Hauptverkehrsstraßen spürbare Verbesserungen erreichen, wurde allerdings erst am 6. Januar vom Senat beschlossen, zwei Jahre später als geplant. (Vergleiche Plattform „Berlin wird leiser“ und Lärmaktionsplan 2014/2015).

Auch die **Luftbelastungen** sind nicht genügend zurückgegangen. Die Grenzwerte für Feinstaub (PM 10) und Stickstoffdioxid (40 Mikrogramm pro Kubikmeter) sowie für den künftigen Zielwert für Benzo(a)pyren wurden an den Hauptverkehrsstraßen und in der Innenstadt deutlich überschritten, so dass eine Unterschreitung bis 2015 „nicht zu erwarten ist“. Der Senat musste daher eine Fristverlängerung bei der EU-Kommission beantragen, die daraufhin die Fortschreibung des Luftreinhalteplans verlangt hatte (Luftreinhalteplan 2011 bis 2017).

Folgende Maßnahmen sind geplant: 10.000 neue Bäume sollen bis 2017 gepflanzt werden, Baumaschinen, Busse und Schiffe sollen umgerüstet werden. Außerdem sollen weitere Tempo-30-Zonen eingerichtet werden, was aber in einer Presseerklärung zum Beschluss des Lärmaktionsplans Anfang Januar 2015 schon wieder zurückgewiesen wurde.

Zum **Klimaschutz** hat Berlin sich im Rahmen des Klima-Bündnisses verpflichtet, die Pro-Kopf-Emissionen für CO_2 bis 2030 um 50 Prozent zu senken. Als langfristiges Ziel wird im „Berliner Energiekonzept 2020“ die „Reduzierung der CO_2-Emissionen um 85 Prozent bis 2050“ festgelegt. Der Indikatorenbericht weist aber eine Stagnation beim Fünf-Jahres-Trend für die Reduzierung der CO_2-Emissionen aus. Um die Klimaschutzziele erreichen zu können, sind also sehr viel wirksamere Maßnahmen erforderlich als bislang erkennbar.

Für den Kernindikator **„Artenschutz“** ist die Bilanz ebenfalls negativ: denn „von 1989 bis 2010 ist eine deutlich negative Entwicklung“ für den Indikator Vogelbestände zu verzeichnen. „Die **Biodiversität** geht zurück, das Gefährdungsrisiko für bestimmte Arten steigt an.“

Der Indikator **Flächenversiegelung** wird statistisch über zwei Quellen erfasst: Das automatisierte Liegenschaftskataster (ALK 2005 und 2011, das nur alle fünf Jahre fortgeschrieben wird) und aus den jährlichen umweltökonomischen Gesamtberechnungen der Länder (UGRdL). Beide Ansätze erfassen die Versiegelung nicht exakt, sondern sind mit verschiedenen Methoden arbeitende Schätzverfahren, die unterschiedlichen Zielen dienen. Im Rahmen der Berechnungen werden den Nutzungskategorien der Siedlungs- und Verkehrsfläche pauschale Versiegelungsgrade zugeordnet und die Siedlungsflächendichte modifiziert als Faktor eingegeben. Damit ergeben sich jährliche Versiegelungsdaten für das Land Berlin insgesamt.

Berliner Innenstadt geprägt durch dichte Wohnbebauung

Der aktuelle Versiegelungsgrad mit aktuell knapp 35 Prozent der Gesamtfläche Berlins ist von 2000 bis 2010 um 0,9 Prozent gestiegen (absolut: um 777 Hektar). 2011 bis 2012 hat sich die versiegelte Fläche in Berlin um 229,7 Hektar verringert. Hauptgründe für die Abnahme sind **Nutzungsartenverschiebungen**, das heißt zum Beispiel von Verkehrsfläche in Erholungsfläche. So wurde 2011 der Flughafen Tempelhof in Erholungsflächen übernommen und nutzungsspezifisch mit einem geringeren Versiegelungsfaktor in die Berechnungen integriert. Die bebaute versiegelte Fläche gemäß den Daten des Umweltatlas hat gemäß den Daten des Umweltatlas seit 2005 um 0,1 Prozentpunkte auf 10,7 Prozent zugenommen, ebenfalls die unbebaut versiegelte Fläche von aktuell 22 Prozent um 0,1 Prozent. Die durchschnittliche Zunahme der letzten 10 Jahre beträgt etwa 120 Hektar pro Jahr. Dieser Wert wird im Bericht als sehr gering bezeichnet.

Problem: Luftverschmutzung durch Berliner Industrie

Erschreckend lässt sich aus dieser Statistik herauslesen, dass die versiegelten Verkehrsflächen doppelt so hoch liegen wie die Siedlungsflächen. In der Lokalen Agenda 21 Berlin wurde festgelegt, dass der Flächenverbrauch gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1990 bis 1995 auf unter ein Viertel bis zum Jahr 2020 gesenkt werden soll.

Der **Kernindikatorenbericht** kommt zu folgender Bewertung: Überträgt man dieses Ziel auf die Flächenversiegelung und nimmt den Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2005 mit einer Flächenversiegelung von 68,8 Hektar pro Jahr als Grundlage, dann ist die *Zunahme* der Flächenversiegelung im Jahr 2010 um die Hälfte auf 34,2 Hektar *gesunken*. So bastelt sich der Senat seinen Erfolg!

Durch die unterschiedliche Erfassung der Daten und den Abgleich zu einem einheitlichen Wert können diese statistischen Werte kaum einer wahrheitsgetreuen Aussage standhalten (siehe das Beispiel Tempelhofer Feld: Hier haben die Statistiker ohne ein regierungspolitisches Zutun eine Abnahme von versiegelter Fläche von 178,7 Hektar in der Gesamtbilanz erreicht). So ist die Bewertung schon verwunderlich, dass aus den Zunahmen der Versiegelung in der abschließenden Bewertung eine Zielerreichung des angestrebten Wertes errechnet werden kann.

Auch der Zuwachs an unversiegelter Fläche für den seit 2011 neu eröffneten Park am Gleisdreieck von inzwischen 35 Hektar hat ja nicht real neue Grünflächen in dieser Größenordnung geschaffen. Diese Fläche war vorher Eisenbahnfläche, die sich bereits in großen Teilen seit 1950 selbst begrünt hatte. Und die stillgelegten Güterbahnhofsflächen werden die Zahlen wohl auch weiter beschönigen. Sicherlich führt dann auch die Stilllegung des Flughafens Tegel zu einem deutlichen Zuwachs an unversiegelter Fläche, da dieser ja derzeit noch als Verkehrsfläche gerechnet wird.

Mit statistischen Zahlen, Vergleichen und Trends lässt sich alles und nichts beweisen. Die Berliner Regierung müsste schon ein größeres Flächenentsiegelungsprogramm, insbesondere bei den Straßenflächen, entwerfen und durchführen, um einen real geringeren Versiegelungsgrad und einen Zuwachs für Versickerungsfläche zu erreichen.

Der angestrebte Zuwachs an Wohnungsbauflächen dürfte dem allerdings entgegenwirken, so dass Berlin dem Ziel des Lokale Agenda 21 Berlin-Beschlusses wohl doch nicht näherkommen wird.

Die Kernindikatoren **„Gesundheit“** (vorzeitige Sterblichkeit) und **„Sozialer Zusammenhalt“** (SGB-II-Quote) sind zu wenig aussagekräftig, um die Zielerreichung für eine nachhaltige Entwicklung beurteilen zu können. Dennoch sind die Trends besorgniserregend. Denn für den sozialen Zusammenhalt wird festgestellt, dass ein „deutlich positiver Trend bisher nicht zu verzeichnen ist. Vor allem bezüglich der ausländischen Bevölkerung lässt sich ein besonderer Handlungsbedarf erkennen.“

Für den Bericht zu den Kernindikatoren wurden allerdings die

Erkenntnisse von Untersuchungen zur **Umweltgerechtigkeit** gar nicht erst beachtet. (vergleiche „Monitoring Soziale Stadt - Stadtentwicklung Berlin 2013“, SenStadtUm und UMNID: „II. Themenheft Umweltgerechtigkeit“, hier „Berliner Modellvorhaben zu Umweltgerechtigkeit: Analysen zur sozialräumlichen Verteilung gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen in Berlin“ in UBA-Texte UMNID Ausgabe 2, Juni 2011, sowie Untersuchungen in den Jahren 2010 bis 2014. Im Sommer 2014 wurden aktuelle Daten zu einer „Mehrfachbelastungskarte“ zusammengeführt, die noch nicht veröffentlicht ist.)

In diesen Untersuchungen werden deutliche Belastungen, also eine **signifikante „Umwelt-Un-Gerechtigkeit“ in den Innenstadtbezirken** nachgewiesen. Für die gesundheitsrelevanten Themen: „sozialräumliche Verteilung der Lärmbelastung“, der „Luftbelastung“, der „Grünversorgung“, der „thermischen Belastung“ und für „soziale Problematik“ werden Planungsräume (PLR) mit Fünffach-Belastung (Luft, Lärm, Grünmangel, Bioklima, Statusindex) genannt: Bezirk Mitte (Heidestraße), Reinickendorf (Klixstraße und Scharnweberstraße). Für 17 PLR wird eine vierfach-Belastung ausgewiesen. Darüber hinaus ist eine deutliche Doppelbelastung in einzelnen innerstädtischen PLR durch hohe Lärmbelastung und einen niedrigen sozialen Status zu beobachten.

Die Analysen zur Luftbelastung zeigen, dass die kombinierte Belastung der Luft mit Feinstaub (PM 2,5) und Stickstoffdioxid flächendeckend in Berlin vorhanden ist. Die deutlich hoch oder sehr hoch belasteten PLR befinden sich innerhalb der Umweltzone und in den westlich, südwestlich und nördlich angrenzenden Stadträumen. Die Luftbelastung nimmt vom Zentrum zum Stadtrand hin ab.

Etwa zehn Prozent der Bevölkerung leben in PLR mit sehr niedrigem/niedrigem Entwicklungsindex und gleichzeitig sehr hoher/hoher Luftbelastung und sind insofern doppelt benachteiligt.

Die Ergebnisse des Sozialberichtes Berlin-Brandenburg (Amt für Statistik 2013) finden ebenfalls keine ausreichende Würdigung im Kernindikatorenbericht. So ist zum Beispiel jede(r) 7. Berliner(in) - oder 15,2 Prozent - armutsgefährdet, wobei Kinder unter 18 Jahren mit 17,8 Prozent überdurchschnittlich hoch betroffen sind. Berliner_innen mit Migrationshintergrund haben ein mehr als doppelt so hohes Armutsrisiko (27,2 Prozent). Des Weiteren ist eine Zunahme der Ungleichgewichte bei den Einkommen in Berlin zu beobachten.

Für den Kernindikator **„Innovation“** gibt der Indikator Forschungsausgaben die Ausgaben von Wirtschaft, Staat und Hochschulen für Forschung und Entwicklung (F&E) in Relation zum Bruttoinlandprodukt (BIP) an. Nicht zuletzt aufgrund seiner Metropolenstruktur (und als Stadtstaat) weist Berlin eine grundsätzliche höhere F&E-Quote auf als andere Bundesländer und liegt seit 1995 über dem von der OECD, der EU (Lissabon-Strategie) und der Bundesregierung (Nachhaltigkeitsstrategie) vorgeschlagenen drei Prozent-Zielmarke (2002 war sie gar bei 4,2 Prozent).

Seit 2007 hat sich die Quote der Forschungsausgaben bei 3,6 Prozent des BIP stabilisiert. Auffällig ist jedoch, dass – anders als in anderen Bundesländern – der Anteil der Wirtschaft an den F&E-Ausgaben in Berlin deutlich niedriger ist: Statt zwei sind es in Berlin nur 1,4 Prozent (demgegenüber sind in Berlin die Anteile von Staat und Hochschulen vergleichsweise hoch).

Erfreulich ist die insgesamt hohe Ausgabenquote für Forschung und Entwicklung im Land Berlin, insbesondere die stabile Höhe der Beiträge von Staat und Hochschulen. Der vergleichsweise niedrige Anteil der Wirtschaft wäre auf der Grundlage bisheriger Studien und Erfahrungen zu klären, um mögliche Verbesserungen zu sondieren.

Bunte Artenvielfalt in Berlins Gärten

Fotos: Sebastian Stragies

Urbanes Gärtnern auf dem Tempelhofer Feld in Berlin

Foto: Pia Paust-Lassen

Insgesamt werden in dem Indikator die für einen Umbau in Richtung Nachhaltigkeit erforderlichen neuen Qualitäten und Merkmale nicht berücksichtigt. Er stellt hauptsächlich eine Selbstverständlichkeit dar und schreibt übliche Entwicklungen moderner Gesellschaften fest. Über die Richtung und Qualität der F&E-Ausgaben werden hinsichtlich nachhaltiger Entwicklung keine Aussagen getroffen. Daher scheint uns die Einordnung der Werte dieses Indikators in die höchste Kategorie („Zielwert des Indikators wird erreicht oder übertroffen“) zwar konzeptimmanent als korrekt, aber völlig unzureichend und als falsches Signal - als sei nichts zu tun.

Daraus wäre abzuleiten, dass eine Ergänzung des Indikators dringend geboten ist, damit er für die politischen und gesellschaftlichen (inklusive wirtschaftliche) Akteure und Institutionen genauere Signale über den dringend erforderlichen Kurswechsel in Richtung Nachhaltigkeit geben kann.

Hierzu kann an die Erfahrungen der gerade zu Ende gegangenen in ähnlicher Form weitergeführten UN-Dekade Bildung für Nachhaltige Entwicklung angeknüpft werden. Beispielsweise könnte geprüft werden, den Anteil explizit an Nachhaltigkeit ausgerichteter Forschung zu messen. Dies wäre für Ausgaben der Hochschulen relativ einfach, für staatliche Ausgaben prinzipiell wohl auch möglich, für die Wirtschaft hingegen schwierig. Hieran wäre zu arbeiten.

Die Umsetzung von Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung können allein über einen Kernindikatorenbericht, wie er hier zum zweiten Mal seit 2006 (Beschluss zur Lokalen Agenda 21) vorgelegt wurde, nicht bewertet werden. Die genannten Defizite weisen auf erhöhten Handlungsbedarf hin und zeigen, dass Berlin noch sehr weit von einem nachhaltigen Entwicklungsweg entfernt ist.

Pia Paust-Lassen, Berlin 21 e.V.
Norbert Rheinländer, Abschnitt Flächenversiegelung
Edgar Göll, Abschnitt Innovation

Weitere Informationen:
www.berlin21.net

www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/foren_initiativen/nachhaltige_stadtentwicklung
www.statistik-berlin-brandenburg.de

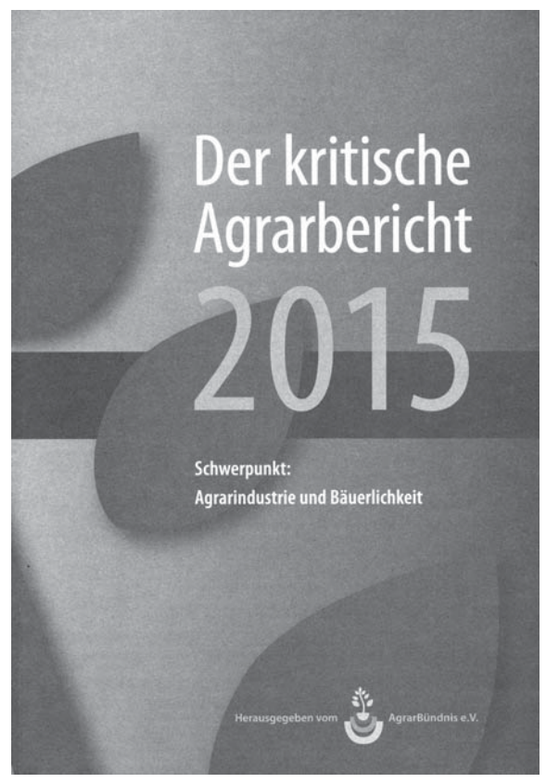
Kritischer Agrarbericht 2015

Schwerpunktthema: Agrarindustrie und Bäuerlichkeit

Der seit 1993 jährlich erscheinende Kritische Agrarbericht ist aus der Grünen Woche nicht mehr wegzudenken, ist er doch ein aufmüpfiges Gegenstück zu den offiziellen Verlautbarungen. Pünktlich zum Beginn der weltweit größten Messe der Lebensmittelbranche und Landwirtschaft in Berlin im Januar wurde er vom Agrar-Bündnis, einem Zusammenschluss von 25 Verbänden aus Landwirtschaft, Umwelt- und Tierschutz, Ernährung und Entwicklungsarbeit, wieder den Medien vorgestellt. Schwerpunktthema der aktuellen 300-seitigen Ausgabe ist die Auseinandersetzung zwischen „Agrarindustrie und Bäuerlichkeit“. Diese beiden Bereiche, die gegensätzlicher kaum sein können, werden - in elf Kapitel untergliedert - hochaktuell und detailliert beschrieben sowie einer gründlichen Analyse unterzogen. Jedes Kapitel beginnt mit dem einführenden Beitrag Entwicklungen & Trends 2014. Insgesamt 65 Fachautoren aus dem In- und Ausland setzen sich mit den folgenden Themen kontrovers auseinander: Agrarpolitik und soziale Lage, Agrarkultur, Welthandel und Ernährung, Ökologischer Landbau, Produktion und Markt, Natur und Umwelt, Tierschutz und Tierhaltung, Gentechnik, Verbraucher und Ernährungskultur, Produktion und Markt, Wald und Regionalentwicklung.

Einleitend wird festgestellt: „Rein theoretisch erlebt die bäuerliche Landwirtschaft gerade eine neue Renaissance: Die Vereinten Nationen hatten 2014 als ´Internationales Jahr der familienbetriebenen Landwirtschaft` ausgerufen. Doch außer vielen öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten und emotional gefärbter PR zur traditionellen Landwirtschaft war nicht viel zu verspüren.“ Vielmehr nutzte die Agrarindustrie die Bilder und das Image der traditionellen bäuerlichen Landwirtschaft mit ihrer eigentümlichen, ländlichen Idylle für die Präsentation der industriell geprägten Agrarindustrie mit ihren Großbetrieben, vielerorts qualvoller Massentierhaltung und oft schädlichen Umwelteinflüssen.

Beide Bereiche sind unversöhnliche Gegenpole: Die moderne, industrielle Agrarindustrie mit ihrem ständigen Wachstumszwang, dem viele Bauern kaum noch standhalten können. Auf der anderen Seite die industrielle Landwirtschaft, „die nichts mehr mit dem traditionellen Familienbetrieb zutun hat, in dem jeder seinen Arbeitsplatz hatte und man nicht einfach wegrationalisiert wurde“, so Frieder Thomas bei der Präsentation des Berichts. Dort, wo „selbstverantwortliches Handeln im Dreieck der Ökonomie, Ökologie und Soziales“ Grundlage nachhaltigen Wirtschaftens ist. „Genau das ist es, was wir wieder brauchen. Doch unter den heutigen Bedingungen hat es die bäuerliche Landwirtschaft schwer“, kritisiert er und wirft zugleich die Frage auf: „Sollen Konzerne oder die Zivilgesellschaft die Lebensmittelproduktion bestimmen?“



Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Vor allem will der diesjährige Kritische Agrarbericht die Debatte zum Thema „Bäuerlichkeit grundsätzlicher und tiefgehender als im Parlament oder auf der Straße behandeln“ und ebenso Handlungsalternativen aufzeigen. Der Agrarbericht analysiert die unterschiedlichen Vorstellungen einer künftigen Agrarpolitik, die kurzgefasst mit den Begriffen „Bauerhöfe statt Agrarfabriken“ benannt werden. Es werden unter anderem die negativen Auswirkungen der industriellen Land- und Ernährungswirtschaft auf Klima, Wasser, Boden und Biodiversität sowie den gefährlichen Antibiotikaeinsatz behandelt. Eingegangen wird ebenso auf die vielfältigen Aktivitäten gegen diese negativen Entwicklungen und verweist auf die guten Erfolge des Widerstands gegen die Agrarindustrie, wie beispielsweise die Protestaktivitäten gegen die neu entstandenen riesigen Mastanlagen beweisen. Des Weiteren wird das geplante Freihandelsabkommen (TTIP) einer Analyse unterzogen. „TTIP gefährdet errungene Umwelt- und Lebensmittelstandards. Entgegen regierungsoffizieller Verlautbarungen ist auch beim Verbraucherschutz mit Kompromissen auf niedrigstem Niveau zu rechnen. Im Zweifel gelten die Interessen von Großkonzernen mehr als die Interessen von Mensch und Umwelt“, so Hubert Weiger während der Präsentation.

Schließlich setzt sich das Agrar-Bündnis mit den Anfeindungen seitens des Deutschen Bauernverbandes (DBV) auseinander: „Wir demonstrieren nicht, wie immer wieder behauptet wird, gegen die Bauern, sondern für eine nachhaltige Landwirtschaft“, führt Hubert Weiger, BUND-Vorsitzender in Bezug auf die schon zur Tradition gewordene Großdemonstration „Wir haben die Agrarindustrie satt“, parallel zur Grünen Woche aus, die dieses Jahr mit einer Rekordbeteiligung von 50.000 Menschen stattfand. Denn DBV-Präsident Joachim Rukwied griff in seiner Eröffnungsrede zur Grünen Woche 2015 die immer wieder geäußerte und durchaus berechtigte Kritik an der industriellen Landwirtschaft mit scharfen Worten an – so als wenn es die von Medien gut dokumentierten Skandale nie gegeben hat: „Teilweise wird versucht, kampagnenartig und mit falschen Behauptungen Stimmung gegen redliche Bauernfamilien zu machen. Die fortgesetzte öffentliche Anklage mit Begriffen wie ´industrielle Landwirtschaft`, ´Massentierhaltung`, ´Doping im Stall` tut letztendlich genau dies mit den Bauern“. Jedenfalls geht aus dem kritischen Jahresbericht 2015 klar hervor, dass keine „redlichen Bauern“ angegriffen werden.

Thematische Schwerpunkte

Es wird untersucht, warum die bäuerliche Landwirtschaft thematisch in den Mittelpunkt gerückt ist. Denn nicht nur die Nachfrage nach nachhaltigen Lebensmitteln ist gestiegen, sondern weil es bei der bäuerlichen Landwirtschaft „nicht um kurzfristige Kapitalakkumulation und Kapitalrendite geht, sondern um den sinnvollen Einsatz von vorhandenen Ressourcen: Boden, Bodenfruchtbarkeit, vorhandene Arbeitskräfte, Immobilien und Inventar.“ Auch der Russland-Ukraine-Konflikt mit fatalen Folgen aufgrund der gegenseitigen Handelssanktionen für die europäische Landwirtschaft, die daraus resultierenden langfristigen Veränderungen in der Branche und der Handelsbeziehungen.

Des Weiteren wird der EU-Kommissionsvorschlag für eine Revision der EU-Ökoverordnung, die mit dem Begriff „Ökoverhinderungs-Verordnung“ kritisch unter die Lupe genommen. Zum Thema Verbraucherschutz wird das bislang in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommene Thema des Schlachtens trächtiger Tiere diskutiert. Auch auf die gesundheitlichen, sozialen und politischen Aspekte durch zu hohen Zuckerkonsum wird eingegangen und näher untersucht. Einer in der Öffentlichkeit oft diskutierten Frage, ob Bio eine gesellschaftliche Alternative und keine Illusion oder Statussymbol ist, wird nachgegangen. Nachdem in den Medien in den vergangenen Monaten mit Schlagzeilen wie „Der Bio-Betrug“ oder „Die Bio-Illusion“ eine ganze Branche unter Beschuss genommen wurde, ist es den Autoren wichtig, sowohl Widrigkeiten als auch Erfolge der Biobranche zu thematisieren. Zwar würden pro Jahr etwa 600 Bio-Höfe schließen. Anderseits wachse die Biobranche – wenn auch auf niedrigen Niveau.

Neben den überwiegend negativen Entwicklungen im Agrarsektor und im Umweltbereich werden auch hoffnungsvolle, zukunftsweisende Beispiele benannt. So wird ein erfolgreiches Projekt bäuerlicher Direktvermarktung in Hessen vorgestellt. Gute Nachrichten kommen aus Südtirol, wo eine Gemeinde per Volksentscheid den Einsatz von Pestiziden verbieten lässt.

Fazit: Das Buch, mit dem die Autoren Antworten zu allen wichtigen Fragen im Zusammenhang mit Agrarwirtschaft und verwandten Themen geben, eignet sich hervorragend als Nachschlagewerk. *Volker Voss*

AgrarBündnis e.V. (Hrsg.)
Der Kritische Agrarbericht 2015: Schwerpunkt: Agrarindustrie und Bäuerlichkeit
ABL Bauernblatt Verlag-GmbH
Hamm, Januar 2015
304 Seiten, broschiert, 22 Euro
ISBN 978-3-930413-58-4

Anzeige

Lebensmittelmotten
Kleidermotten
Pflanzenschädlinge
Milben

natürlich bekämpfen mit BIp-Produkten

Biologische Beratung
bei Insektenproblemen
Storkower Str. 55
10409 Berlin
Tel: 030-42 800 840, Fax-841

BIp

www.biologische-beratung.de

Das Deutsche Karakul

Gefährdete Nutztierrasse des Jahres 2015

Das Karakulschaf als Haustierrasse ist ein echter Methusalem. Schon vor mehr als 4.500 Jahren belegen in Uruk am Euphrat (im heutigen Irak) gefundene Tonabbildungen die Schafhaltung vom Typ des Karakuls. Die Pressemitteilung der den Titel vergebenden *Gesellschaft zur Erhaltung alter und gefährdeter Haustierrassen (GEH)* vom Dezember 2014 verrät über die Namensherkunft, dass die Locke des Fells frisch geborener Lämmer wahrscheinlich auf „Kara-gjull“ zurückgeht, im Assyrischen so viel wie „Schwarze Rose“. Ursprünglich in den Steppen und Halbwüsten Usbekistans gehalten, gelangten um 1900 die ersten vier Tiere nach Deutschland. […] Mit ihnen begann Prof. Julius Kühn, Direktor des Landwirtschaftlichen Institutes der Universität Halle die Karakulzucht in Deutschland. Ab 1928 konnte bereits ohne wesentliche Zufuhr von Fremdblut in Reinzucht gezüchtet werden. 1936 wurden bereits rund 9.750 Tiere gezählt, eine Stammbuchzucht etablierte sich1938.

Nach dem Krieg verliefen die weiteren Zuchtanstrengungen durch die deutsche Teilung verschieden. Während veränderte Rahmenbedingungen (Verfall der Fellpreise, Anti-Pelz-Kampagnen der Tierschützer) in der BRD bereits Anfang der 70er Jahre zur Aufgabe der Stammbuchzucht und Auflösung des Verbandes Deutscher Karakulzüchter führte, hielt die DDR am Export der Rasse fest, so dass es hier Ende der 80er Jahre, bei staatliche Förderung, noch etwa 1.000 Tiere gab. Gegenwärtig existieren, laut GEH-Angaben, noch sechs Karakulzuchten mit 250 Stammbuch-Mutterschafen und 30 Böcken. Weltweit sind neben den Ländern in den Ursprungsregionen heute auch Russland und, aufgrund seiner kolonialen Vergangenheit, Namibia Hauptzuchtländer des Karakuls.

Deutsches Karakul Mutterschaf

Foto: GEH - Rösler

Das Karakulschaf ist ein Steppenschaf von mittlerer Größe. Die gehörnten Böcke bringen 60 bis 70 Kilogramm auf die Waage, die hornlosen oder mit Stummeln ausgestatteten weiblichen Tiere 40 bis 50 Kilogramm. Das Karakulschaf gehört zur Rassegruppe der *Fettschwanzschafe* – Schwanzfett war und ist in den Herkunftsregionen der Rasse begehrtes Nahrungsmittel. Es ist ein anspruchsloses und widerstandsfähiges Schaf, für feuchte Klimaregionen jedoch ungeeignet. In der Regel werfen Mutterschafe nur ein Lamm. Es gibt mehrere Farbschattierungen ihrer Wolle: Schwarz ist am häufigsten, graue und braune Tiere sind eher selten. Die Beine sind bei allen Farbschlägen vom Knie abwärts schwarz. Karakulschafe haben einen länglichen, schmalen und etwas ramsnasigen (mit gewölbter, nüsternartiger Nase) Kopf mit breiten, langen Hängeohren.

Der Geschmack des Fleisches ist wildähnlich und sehr fettarm. Der Wollertrag liegt zwischen vier Kilogramm beim Bock und zwei bis drei Kilogramm beim Muttertier. Im Jahr sind zwei Schuren üblich, das *Vlies* besteht aus einer lang abwachsenden Mischwolle. Der von Karakullämmern – ethisch fragwürdig – gewonnene Pelz ist allgemein unter *Persianer* bekannt. Die Rasse mit ihrer speziellen Anpassung lässt sich gut in der Landschaftspflege auf kargen Standorten einsetzen.

Die GEH ernennt seit nunmehr 31 Jahren Nutztierarten zur *„Gefährdeten Rasse“* und macht damit deutlich, dass außer bei Wildtieren und Wildpflanzen auch in der Nutzviehzucht die Vielfalt bedroht ist.

Jörg Parsiegla

Weitere Informationen:
www.g-e-h.de

Ehrung für Meister Lampe

Feldhase ist Tier des Jahres 2015

Die Mitglieder der SCHUTZGEMEINSCHAFT DEUTSCHES WILD (SDWi) als *Stiftung zur Erhaltung der freilebenden Tierwelt* haben den Feldhasen zum Tier des Jahres 2015 gewählt. Der Titel wird seit 1992 vergeben, um Wildtieren ein besonderes Maß an Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Die SCHUTZGEMEINSCHAFT, gegründet 1949 in München mit Sitz in Bonn dient der Erhaltung, der Pflege und der Hege der freilebenden Tierwelt. Beim Schutz des Lebensraums freilebender Tiere setzt sie vor allem auf die Schaffung von Reservaten ursprünglicher Landschaften (Natur- und Landschaftsschutzgebiete sowie Naturdenkmale) sowie auf eine moderne, biologisch gesunde Landschaftspflege.

Der Feldhase, schon 2001 Tier des Jahres, wird auf der bundesweit geführten „Roten Liste“ als gefährdet eingestuft. *Lepus europaeus* zählt zu den Charakterarten der mitteleuropäischen Kulturlandschaft. Seine Populationsentwicklung verlief seit den 1970er Jahren – aufgrund intensivierter Landwirtschaft mit höherer Maschinenintensität, höheren Mahdfrequenzen, größeren Feldeinheiten und verringerter Feldfruchtvielfalt – allerdings negativ. Neben dem Feldhasen sind aus Eurasien, Afrika und Nordamerika insgesamt weitere 21 Arten der Gattung *Lepus* beschrieben.

Mit einer Länge von 60 bis 70 Zentimetern wird der Feldhase 2,5 bis 6,5 Kilogramm schwer. Seine Ohren sind im Verhältnis zum Kaninchen *(Oryctolagus cuniculus)* deutlich länger und haben eine schwarze Spitze. Vom Kaninchen zu unterscheiden ist er aber auch durch seine hellgelben bis hellbraunen Augen, die des Kaninchens erscheinen durchweg dunkel. Mit gelblich bis graubraunem Fell ist er in offener Landschaft (mit entsprechendem Bewuchs) gut getarnt. In Ruhephasen hält er sich in flachen Mulden im Boden – den so genannten Sassen – auf, von denen er sich in seinem Revier von 20 bis 30 Hektar Größe gleich mehrere anlegt.

Albrecht Dürers Feldhasen-Aquarell von 1502

Foto: commons.wikimedia.org/wiki/File:Durer_Young_Hare.jpg

Der Feldhase lebt ausschließlich oberirdisch, meist dämmerungs- und nachtaktiv und bringt seine Jungen behaart und sehend zur Welt. Eine Häsin bekommt in der Regel dreimal jährlich zwei bis drei Junge, so dass der erste Nachwuchs des Jahres nach 42 Tagen Tragzeit oft schon Ende Februar, dem Beginn der Schonzeit, zur Welt kommt. Der Feldhase ist ein reiner Pflanzenfresser und ernährt sich abwechslungsreich von Wildkräutern und Gräsern. Typisch für Hasenartige ist die sogenannte *Caecotrophie* (Aufnahme von Blinddarmkot). In speziellen Blinddärmen des Tieres werden lebenswichtige Vitamine produziert, die die Hasen nach Ausscheidung wieder aufnehmen.

Aktuell engagiert sich die SDWi vor allem durch das Projekt „Hasenland“ für den Titelträger. Auf einer Fläche von mittlerweile 220 Hektar bei Galenbeck in Mecklenburg-Vorpommern verbessert sie den Lebensraum des Feldhasen durch späte Mahd zum Schutz der Junghasen, geringe Arbeitsgeschwindigkeiten der Erntemaschinen und den Verzicht auf chemische Dünger und Pflanzenschutzmittel. „Hasenland“ kann mit Spenden unterstützt werden.

Noch so viel: Neben einer speziellen Jägersprache um den Hasen – die Ohren heißen *Löffel*, die Augen *Seher*, der Schwanz *Blume* – hat das Tier, zum Beispiel als Märchenfigur, auch kulturgeschichtlich seine Spuren hinterlassen.

Jörg Parsiegla

Weitere Informationen:
de.wikipedia.org/wiki/Feldhase
www.sdwi.de

Wildpflanzen

Gesundheit kostenlos

Ein kleines Kraut, dessen Blüten nicht so intensiv duften wie einige seiner nahen Verwandten. Es liebt die Pestizide nicht und verschwindet dann lieber vom Acker. Früher war es eine beliebte und gern gesammelte Heilpflanze, um die sich kleine Geschichten und Bräuche rankten. Heute ist sie in der Volksheilkunde fast vergessen, nicht aber in der Homöopathie. Es ist das

Wilde Stiefmütterchen
(Viola tricolor),

ein Veilchengewächs, auch Acker-, Feldstiefmütterchen, Dreifaltigkeitsblümchen, Mädchenauge, Acker- oder Brachveilchen genannt.

Botanische Merkmale: Es ist eine einjährige Pflanze mit niedrigem, sparrigem, hohlem Stängel, die zwischen 10 und 30 Zentimeter groß wird. Der Stängel ist von unten verzweigt und hat wechselständige, gestielte Blätter, länglich, oval, am Rand gekerbt, mit charakteristischen, kleinen Nebenblättern am Blattgrund. Den Blattachseln entspringen die langgestielten Einzelblüten mit je fünf ungleichen Kelch- und Kronblättern. Von April bis Oktober erblüht das Stiefmütterchen in vielen Farbnuancen: violett, gelb und weiß gemischt. Kleine Kapselfrüchte reifen im Herbst.

Vorkommen: Es gedeiht hauptsächlich auf nicht gedüngten Feldern, auf Wiesen und Brachland, an Wegrändern und Böschungen.

Ernte und Erntezeit: das Kraut und die Blüten ab März bis zum Ende der Blütezeit (die Blüten sollten gerade aufgegangen sein), die Wurzeln im Herbst.

Hauptinhaltsstoffe: Da bietet sie ätherische Öle, Flavonglykoside, Gerbstoffe, Mineralstoffe, besonders Magnesium und Kalzium, die Vitamine C und E, Carotinoide, Salicylsäure, Schleimstoffe, Zucker, Bitterstoffe und Cumarine.

Geschmack: mild, leicht salzig mit einem bitteren Hauch. Die Blüten, die gerade aufgeblüht sind, schmecken leicht aromatisch süß.

Verwendung in der Küche: Die Triebe und die Blätter werden ab Frühjahr in nicht zu großen Mengen als frische oder gekochte, eindickende Beigabe an Salate, Gemüsegerichte, Suppen und Pasteten empfohlen. Ein Presssaft bereichert Gemüsegetränke und Spirituosen. Die Blüten – am aromareichsten sind sie beim Erblühen – eignen sich für herzhafte und süße Speisen als essbare Dekoration, zum Aromatisieren von Essigen und Ölen. Sie werden kandiert, in Eis eingefroren, in Honig eingelegt oder auch als Beigabe und Deko für Kuchen, Torten, Kleingebäck und andere, süße Naschereien verwendet. Das ganze Kraut – rasch und im Schatten getrocknet - eignet sich für viele Hausteemischungen. Früher trocknete und röstete man die Wurzeln als Kaffeeersatz.

Gesundheitlicher Wert: In der Volksheilkunde verwendet man das Kraut innerlich und äußerlich für Umschläge, Tee und feuchte Gesichtspackungen. Hervorzuheben ist seine abführende, blutreinigende, fiebersenkende, harntreibende, krampflösende, schweißtreibende und den Stoffwechsel anregende Wirkung. Bei verschiedenen Hautkrankheiten, besonders bei Akne, Milchschorf, Schuppenflechte, überhaupt bei Hautunreinheiten wird eine mehrwöchige Anwendung empfohlen - ebenso bei Bauchschmerzen, Katarrhen der oberen Luftwege, bei Rheuma und Gicht sowie zur Anregung des Stoffwechsels.

Achtung: Hohe Dosen können Brechreiz auslösen. In sehr, sehr seltenen Fällen gibt es während der Kur eine allergische Hautreaktion, die danach wieder verschwindet.

Elisabeth Westphal

Die Autorin ist Ernährungsberaterin und Marktleiterin auf dem Ökomarkt der GRÜNEN LIGA Berlin (Donnerstag 12 bis 18 Uhr, Kollwitzplatz Berlin-Prenzlauer Berg) Infos: Tel. 030/ 44339148 oekomarkt.kollwitzplatz@grueneliga.de

Kohlrabi-Möhren-Pfanne

Zutaten (für zwei Personen):

2 Kohlrabis
5 bunte Möhren
(violett, orange, gelb)
Olivenöl
200 g Couscous
2 EL Sesamkörner
5 EL Sojasauce
Frischer Koriander

Das gesamte Gemüse klein schneiden. Den Kohlrabi dabei in Stifte schneiden, die Möhren in Scheibchen. Olivenöl in eine Pfanne geben. Anschließend das Gemüse dazu geben und anbraten. Sojasoße etwas mit Wasser verdünnen und über das Gemüse gießen. Deckel drauf und 15 Minuten bei mittlerer Hitze kochen lassen. Währenddessen das Couscous in eine Schüssel füllen und mit kochendem Wasser zum Quellen bringen. Umrühren und 10 Minuten ziehen lassen.

Sesam über das Pfannengemüse streuen, ebenfalls so viel frischen, zerpflückten Koriander, wie gewünscht. Couscous auf den Teller geben und Pfanneninhalt darüber anrichten, fertig.

Nussküchlein

Zutaten (für etwa 24 Küchlein)

285 g Grieß
250 g Zucker
285 g gehackte oder gemahlene Nüsse nach Wahl (ich nahm Mandeln)
circa 50 g Nussmus
1 Packung Backpulver
15 g Vanillezucker
500 ml Dinkelmilch

Den Backofen auf 200 Grad Umluft (220 Grad Ober- und Unterhitze) vorheizen.
Dann werden die Zutaten der Reihe nach in einer großen Schüssel miteinander vermischt.
Den Teig sodann in Muffinförmchen geben. Die Küchlein bei oben genannten Temperaturen etwa 25 Minuten backen. Es ist normal, dass die Küchlein nicht wie bei Muffins gewohnt, großartig aufgehen, da der Teig durch den Grieß sehr flüssig ist.

Guten Appetit wünscht
Anne-Marie Stark

Anzeige

Indigene in Amazonasregion bedroht

Vertreter der Völker Ashaninka und Puyanawa fordern neues Verantwortungsbewusstsein

Während in Lima der Klimagipfel stattfand (1. bis 12. Dezember 2014), begaben sich zwei indigene Anführer aus dem Grenzgebiet von Peru und Brasilien auf eine Reise nach Belgien, Frankreich und Deutschland. Bei einem Pressegespräch in den Räumen der GRÜNEN LIGA Berlin gaben sie Auskunft über die Situation ihrer Völker. Ihre Namen sind Benki Piyãko und Puwê Luis Puyanawa. Benki Piyãko ist ein Anführer der Ashaninka aus dem brasilianischen Bundesstaat Acre. Er ist gelernter Agroforstwirt und Schamane und engagiert sich durch Umweltbildungsarbeit vor Ort sowie internationale Öffentlichkeitsarbeit für eine nachhaltige Nutzung der Region und die Bewahrung der Menschenrechte seines Volkes. Hierfür wurde er bereits international mit Menschenrechts- und Umweltpreisen ausgezeichnet. Puwê Luis ist ein Anführer der Puyanawa, eines weiteren indigenen Volkes in Acre, das mit ähnlichen Problemen zu kämpfen hat wie die Ashaninka.

Ihre Territorien, die bereits demarkiert und rechtlich anerkannt wurden, werden von Abholzung und Straßenbauprojekten bedroht. Erdölkonzessionen wurde nahe ihrer Grenzen vergeben und vier Mitglieder einer Ashaninka-Gemeinde auf der anderen Seite der Grenze in Peru (in der Gemeinde Saweto) wurden im vergangenen Jahr ermordet. Ihr Anführer organisierte eine Kampagne gegen die Holzhändler, diese Gemeinde kämpfte seit langem um die rechtliche Anerkennung ihres Landes gegenüber der peruanischen Regierung. Durch diese Verbrechen und die geplanten Großprojekte fühlen sich beide Völker nun in ihrer Existenz bedroht. Auch die beiden Regierungen (Brasilien und Peru) bieten keinen Schutz. Deswegen reisten die beiden brasilianischen Anführer jetzt nach Europa – um Aufmerksamkeit zu erregen und sowohl sich selbst als auch die Menschen in Europa über die Rolle Deutschlands und anderer europäischer Staaten in diesem Konflikt zwischen indigenen Völkern und Rohstoffinteressen zu informieren. Denn diese Länder sind keineswegs unbeteiligt.

Praktische Umweltbildung - die Regenwaldschule der Ashaninka

Foto: Eliane Fernandez Ferreira

Staudämme entziehen Lebensgrundlage

So müssen zum Beispiel die Staudammprojekte finanziert werden, und das geschieht laut Benki unter anderem durch Förderung aus Europa. Hier werden solche Maßnahmen von Regierungsvertretern gern als Investitionen in „saubere“ Energie bezeichnet. Doch – so fragt Benki – kann man auf diesem Wege gewonnene Energie als „sauber“ bezeichnen? Wenn für die Staudämme große Flächen Tropenwald unter Wasser gesetzt werden müssen und den dort Lebenden die Grundlage, im Einklang mit der Natur zu wirtschaften und zu leben, entzogen wird?

Andere Projekte hingegen, die tatsächlich Umwelt und Menschen zugutekommen könnten, werden nicht gefördert. Für ein Projekt der Ashaninka, bei dem entwaldete Flächen mit einheimischen Obstbäumen aufgeforstet werden – inzwischen sind es über eine Million Bäume, die sogar schon außerhalb der Ashaninka-Region gepflanzt wurden – konnte bisher keine Regierung gefunden werden, die zur Unterstützung bereit ist.

Deshalb lautet Benkis eindringliche Forderung an Deutschland, zu untersuchen, *welche* Projekte seine Regierung unterstützt und wo seine Gelder hinfließen. Ebenso appelliert er an die europäischen Firmen, die auf dem Gelände in Großprojekte investieren und die hiesigen Abnehmer von zum Beispiel Tropenholz, sich ihrer Verantwortung bewusst zu werden. Schließlich würde es ohne die Tropenwälder zu einem „großen Desaster“ kommen. Flüsse würden austrocknen und Menschen würden Hunger leiden. Wenn Holz gekauft werden soll, muss auch welches gepflanzt werden. Dies liegt auch in europäischer Verantwortung, da die Europäische Union zu den größten Abnehmern des Tropenholzes gehört und der Klimawandel nicht nur den Amazonas, sondern die ganze Welt betrifft. Benki bittet alle Menschen darum, gemeinsam für dieses Bewusstsein zu kämpfen.

Benki Piyãko, ein Anführer der Ashaninka in Brasilien

Foto: Moisés Moreira

Umweltbildung als Grundlage

Der zweite Teil der Botschaft von Benki Piyãko ist auch klar und sollte ebenfalls Gehör finden: Es reiche noch nicht, die Ashaninka einfach nur in Ruhe zu lassen. Wenn der Klimawandel gemeinsam bekämpft werden soll - und nur gemeinsam könne dies gelingen - müssten wir von den Lebensweisen indigener Völker wie den Ashaninka lernen. Denn sie stünden häufig in direkter Beziehung zum Ökosystem, das sie ernährt. Sie seien auch unter den ersten, welche die Folgen der Umweltzerstörung zu spüren bekommen. Deshalb bilden sie ein Gegenbeispiel zum egozentrischen Konsumverhalten der Industriestaaten. Umweltbildung sei der Schlüssel zum Schutz der Natur und der menschlichen Lebensgrundlagen. Schon in der Grundschule sollten die Kinder deshalb lernen, wie man die Natur schützt und mit dem Wald so umgeht, dass man ihn erhält.

Die BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China) sind für den Klimawandel wichtige Akteure. Das ökonomische Wachstum in diesen Ländern hat weitreichende Bedeutung. Die Kapitalschwemme dort ist groß, und das Geld wird oft in riesige profitorientierte Projekte investiert - ohne Rücksicht auf Umwelt und Bevölkerungsgruppen. In diesen Ländern leben viele Indigene, die keine oder nur wenig Macht haben, sich juristisch zu wehren.
Stattdessen erhalten die Ashaninka Morddrohungen von illegalen Holzfällern und Drogenbaronen. Und niemand, auch nicht die Polizei, schützt sie. Im Pressegespräch bei der GRÜNEN LIGA erwähnte Benki auch, dass er zwar jetzt hier sitze, durch Europa reise und Reden halte, jedoch nicht wisse, ob er zurück in Brasilien noch lange zu leben hat, weil er das nächste Opfer sein wird.

Puwê Luis ist ein sehr junger Anführer der Puyanawa und reiste zum ersten Mal nach Europa. Er teilt Benkis Meinung, denn sein Volk hat ähnliche Probleme, nur eine andere Geschichte. In ihrer jüngeren Vergangenheit gab es ein Massaker an seinen Landsleuten und viele Schwierigkeiten, doch heute ist ihr Gebiet zumindest teilweise von der Regierung Brasiliens anerkannt und demarkiert.

Zunächst, so Puwê, sei es wichtig zu sagen, dass sie trotz aller Widrigkeiten auch glücklich seien – bei allem Reichtum, den sie haben. Ihre Stärke sei die Agrarproduktion, bei der sie zwar auch mit Maschinen arbeiten, jedoch sehr auf Nachhaltigkeit achten. So roden sie zum Beispiel seit 19 Jahren keinen Wald mehr, der in Gewässernähe liegt, und jede Familie hat die Möglichkeit, ihre eigenen Ressourcen zu nutzen. Noch sei auch das Land, aus dem ihre „erste Generation“ komme, geschützt – ein für die Identität und Geschichte der Puyanawa wichtiges Gebiet. Doch das könnte sich bald ändern, denn die Regierung plant eine Landstraße durch eben dieses Areal. Des Weiteren sind die Puyanawa wegen einer geplanten Erdöl- und Erdgasförderung besorgt. Der Auftrag ist bereits vergeben. Auch beklagen sie, dass der Wald zwar bewirtschaftet aber nicht nachgepflanzt wird. Ihr Ziel ist es, das Land ihrer Vorfahren, auf dem die Straße gebaut werden soll, zu kaufen, und sie sammeln zu diesem Zweck Spenden.

Schließlich fragt Benki: „Wer von euch kennt persönlich Menschen, die eine Million Bäume gepflanzt haben?“ Das von ihm gegründete Ausbildungszentrum Yorenka Ãtame für indigene und nicht indigene Jugendliche hat das mit seinem Projekt *Beija Flor* geschafft. Dort erlernen die Jugendlichen das nachhaltige Gewissen der Ashaninka-Bevölkerung. Mit dem Anpflanzen der Bäume fängt die Arbeit aber erst wirklich an.

Mikulas Cernik,
Theresa Schmidt

Weitere Informationen:
www.apiwtxa.blogspot.de/
www.survivalinternational.org/galleries/ashaninka

Nachhaltigkeit muss gelebt werden

Zukunftscharta für nachhaltiges Handeln in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Bundesumweltministerin Hendricks beim Zukunftsforum

Foto: Jennifer Meyer-Ueding

Auf dem EINEWELT-Zukunftsforum in Berlin am 24. November 2014 nahm Bundeskanzlerin Angela Merkel eine in den vorangegangenen Monaten erstellte Zukunftscharta für nachhaltiges Handeln in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft entgegen. Vor rund 3.000 Besuchern bekannte sich die Kanzlerin zu den Zielen des Papiers, das der Bundesregierung als Grundlage für das Entwicklungsjahr 2015 dienen soll.

Das Dokument besitzt insofern Brisanz, da Deutschland 2015 den G 7 Vorsitz übernimmt. Außerdem lädt Paris zur UN-Klimakonferenz und im Post-2015 Prozess werden die Millenniumsziele der Vereinten Nationen zu Nachhaltigkeitszielen weiterentwickelt.

Die Zukunftscharta wurde in einem partizipatorischen Prozess gemeinsam vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und Vertretern aus Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft erarbeitet. Seit April konnten sich interessierte Bürger deutschlandweit in regionalen Foren oder im Internet an der Entwicklung des Dokumentes beteiligen.

Auf dem Zukunftsforum im STATION-Berlin wurde an diese Diskussionen angeknüpft. Neben Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller (CSU) beteiligten sich Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks (SPD), Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) und Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU). Auch internationale Gäste wie der Unicef-Exekutivdirektor Anthony Lake besuchten das Forum. Bill Gates sendete per Video ein Grußwort an die Teilnehmer.

Die anwesenden Kabinettsmitglieder betonten die führende Rolle Deutschlands bei der Bewältigung des Klimawandels. Hendricks nannte den Klimawandel „eine riesen Aufgabe, die wir vor uns haben." Aber sie sei zu lösen. Die Umweltministerin setze große Hoffnungen in die Perspektiven dezentraler Energieversorgung. Die Energiewende sei Deutschlands Geschenk an den Rest der Welt, der von unseren Erfahrungen profitiere: „Wenn wir es schaffen, Menschen dezentral mit Energie zu versorgen, bringt dies ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten." Der Entwicklungsminister verwies auf den ökologischen Fußabdruck der Deutschen und die Notwendigkeit, unser Konsumverhalten zu ändern: „Es geht uns etwas an, wenn unser Konsum und Ressourcenverbrauch anderen schadet." Bei der Übergabe der Charta bekannte die Bundeskanzlerin, dass auch die deutsche Politik Verantwortung trage. Die 2015 zu verabschiedenden globalen Nachhaltigkeitsziele dürften nicht mehr nur den Süden betreffen: „Unsere internationale Glaubwürdigkeit hängt davon ab, ob wir die eingeforderten Prinzipien auch selbst leben."

Trotz dieser Bekenntnisse bleibt auf Seiten der Zivilgesellschaft am Ende der Veranstaltung Skepsis über die tatsächliche Handlungsbereitschaft der Bundesregierung. Dr. Bernd Bornhorst, Vorstandsvorsitzender des Verbandes deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO), fordert in einer Stellungnahme „einen Umsetzungsplan mit einem festen Zeitrahmen sowie eindeutigen Zuständigkeiten." Die Zivilgesellschaft wird das Regierungshandeln weiter beobachten.

Jennifer Meyer-Ueding

Guter Rutsch in das Entwicklungsjahr?

Einige Bemerkungen zur Zukunftscharta

Die Zukunftscharta, die bei den EINEWELT-Zukunftstagen am 24. November 2014 vorgestellt und der Bundeskanzlerin Angela Merkel überreicht wurde, befasst sich laut Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit „Überlebensfragen der Menschheit in den Bereichen Umwelt, Soziales, Wirtschaft, Politik und Kultur". Es geht darum, auf welche Weise verantwortungsvoll gehandelt werden kann, sowohl gegenüber anderen Ländern als auch zukünftigen Generationen. Sie richtet sich dabei insbesondere an die deutsche Politik. Auf wenigen Seiten beschreibt sie den Ist-Zustand sowie die erforderlichen Handlungen bezüglich der Themen Menschenwürde, natürliche Lebensgrundlagen, Nachhaltigkeit und Wirtschaftswachstum. Ebenso kommen Menschenrechte und Regierungsführung, Frieden, kulturelle Vielfalt, Technologie und globale Partnerschaften zur Sprache

Diese Themenfelder auf nur 68 Seiten ausreichend behandeln und Lösungen vorstellen zu wollen kann als ambitioniert bezeichnet werden. Tatsächlich handelt es sich zwar um viele verschiedene Anregungen und Forderungen. Bezüglich der Umsetzung wird jedoch nicht in die Tiefe gegangen.

Dadurch, dass immerhin fünf Bundesminister bei den Zukunftstagen anwesend waren und sich zum Teil auf den Podien gemeinsam mit Vertretern aus Ländern des globalen Südens „an einen Tisch setzten", waren Engagement und eine gewisse Aufbruchsstimmung zu spüren. Auch ist es ein Schritt in die richtige Richtung, dass sich die Minister eingestanden haben, dass es ein Verteilungsproblem auf der Welt gibt und keinen Generalplan, um es zu beheben. Deshalb sollten sich die Industriestaaten nicht nur als Helfer präsentieren, sondern in ihrer Vorgehensweise behutsame Wege gehen und zunächst gute Kennnisse sammeln. Abgesehen davon sagten die Minister nicht viel Neues. Dass es erstrebenswert ist, dass alle Menschen die Möglichkeit haben sollten, in Würde zu leben und dass Nachhaltigkeit wichtig ist, ist den meisten Anwesenden bereits klar, und so entstand der Eindruck, dass Bundesentwicklungsminister Gerd Müller und sein Ministerium gerne etwas Eigenwerbung betreiben wollten.

Das restliche Programm – die Workshops, Diskussionsrunden, „Zukunftsslams" et cetera waren sehr vielfältig. Es gab eine Menge interessanter Beiträge und Möglichkeiten, Informationen aus erster Hand zu erhalten, zum Beispiel von Menschen, die Projekte initiiert haben und in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit tätig sind. Ihre Angebote wurden jedoch nicht voll ausgeschöpft, weil der überwiegende Teil der Gäste sich, schon gut eine Stunde vor dem Erscheinen der Bundeskanzlerin, die Plätze sicherte, um ihrer Rede lauschen zu können.

Global Classroom-Workshop der GRÜNEN LIGA Berlin

Foto: GRÜNE LIGA Berlin

Auf der einen Seite bündelt die Zukunftscharta selbst einige zwar schon allgemein bekannte, aber sehr wichtige Anliegen. Auf der anderen Seite ist jedoch ihr Inhalt noch zu unkritisch – so werden zum Beispiel Grundsatzfragen wie das Wirtschaftswachstum, das aus hiesiger Sicht Grundlage der Weltwirtschaft ist, nicht hinterfragt, sondern als Teil der Entwicklung dargestellt. Die Ziele der Charta sind zudem so allgemein gehalten, dass sich auch Angela Merkel zu ihnen bekennen konnte, ohne damit Pflichten auf sich zu nehmen. Ihre Aussagen hielt sie während ihrer halbstündigen Rede entsprechend vage („wir haben viele Aufgaben zu erledigen", „wir werden uns darüber unterhalten müssen…") und inhaltsarm. Die komplette Rede ist auf der Internetseite der Bundesregierung *(www.bundesregierung.de)* zu finden.

Abgesehen davon, dass die Inhalte der Zukunftscharta recht vorsichtig formuliert sind, wäre, wenn sich die oben genannten Politiker_innen diese tatsächlich zu Herzen nähmen und als verbindliche Ziele setzten, schon viel erreicht. Ob und inwiefern sie das tun, wird sich zeigen.

Theresa Schmidt
Mikulas Cernik

Murks den Murks

Wenn ein Produkt nur kurze Zeit lebt

Die Zeiten sind schnelllebig. Die Moden kommen und gehen. Jeder Messejahrgang tönt: Innovation! – Marktreife! – Weiterentwicklung! – Epochaler Durchbruch des Allerneuesten nun auch auf dem Massenmarkt!

Aber ein Mixer ist ein Mixer ist ein Mixer. Denkt man. Denn was unsereins schon nicht mehr zu hoffen vermag (dass nämlich eben jener Mixer uns ein Leben lang in der Küche begleiten mag), ist passé. Immer seltener tut's der Mixer noch. Ebenso wie andere Küchengeräte, die nach wenigen Minuten heiß laufen, oder die Waschmaschine, die Kühltruhe, der Fernseher, die kurz nach Ablauf der Garantiefrist ihren Dienst quittieren. Auch Drucker, die eben noch anstandslos druckten und nun plötzlich eine kryptische Fehlermeldung produzieren – und … und … und. Dem enttäuschten Nutzer bleibt die Nummer der Hotline, der Weg zum Service oder, verschreckt durch hohe und intransparente Reparaturkalkulationen, gleich der Gang ins nächste Warenhaus oder der bequemere Surf durch die Internetshops.

Der Autor Stefan Schridde, seines Zeichens Dozent, Coach und Gründer der Plattform „MURKS? NEIN DANKE!" (2012) trägt mit seinen mehr als 20.000 Followern wesentlich zur Debatte über die schadhaften Folgen von geplanter Obsoleszenz in Deutschland und Europa bei. 2013 erhielt er dafür den *Deutschen Lokalen Nachhaltigkeitspreis ZeitzeicheN* in der Kategorie Initiativen.

Schridde macht auf die Welt der Produktbewertungen aufmerksam, wo der Konsument zunehmend öfter Warnungen finden und auf Konsumenten mit ähnlich frustrierenden Erfahrungen, wie oben beschrieben, stoßen kann. Was wir vermuten, ist zudem längst hinreichend belegt: Hersteller versehen Schuhe, Küchengeräte, Bohrmaschinen und Möbel - beinahe ALLES- mit Sollbruchstellen, die nach definierten Zeiträumen irreparable Schäden offenbaren. Immer öfter bestimmt das Marketing, ob und wie Ingenieurskunst zum Tragen kommen soll (oder eben auch nicht). Zum filigranen Handwerkszeug der Entwicklungsabteilungen gehört die exakte Einberechnung des Verschleißes.

Diese *Obsoleszenz* – aus dem Lateinischen *obsolescere* – bedeutet im Wortsinn „sich abnutzen", „alt werden". Wobei der Begriffszusammenhang eigentlich in die Irre führt: „Abnutzen" und „altern" waren früher langsame Prozesse und standen im besten Sinne für „Gediegenheit".

Keine Häme: Nicht wenige der gut verdienenden Marketingexperten von heute umgeben sich gern mit solch gediegenen Dingen.

Glücklicherweise verharrt Schridde nicht beim Jammern und verlässt hellsichtig und souverän die enge Perspektive der Auseinandersetzung zwischen Produzent und einzelnem Kunden. Neben Diagnose und Debatte leistet seine Plattform erfolgreich Hilfe zur Selbsthilfe:

Sein Community-Portal *www.murks-nein-danke.de* macht geplante Obsoleszenz in allen Variationen sichtbar und klärt auf. Vor allem positive Beispiele wie dutzende Repair-Cafés, Mitmach-Initiativen, Reparaturanleitungen und Produktempfehlungen werden mit Eifer gesammelt. Die erstaunliche Resonanz beweist, dass hier jemand den Nagel auf den Kopf getroffen hat.

Übrigens, Schriddes Buch liest sich flüssig, gut verständlich und ist sein Geld absolut wert – ganz ohne Sollbruchstelle (dafür gibt's seit kurzem den Anlaufpunkt Mariendorfer Damm 16 in Berlin)!

Jan Birk

Stefan Schridde
MURKS? NEIN DANKE!
Was wir tun können, damit die Dinge besser werden
oekom verlag
München September 2014
256 Seiten, Hardcover, 19,95 Euro
ISBN 9783865816719

Weitere Informationen:
www.murks-nein-danke.de/blog
murks.center

Der Weg zum ökosozialen Bewusstsein

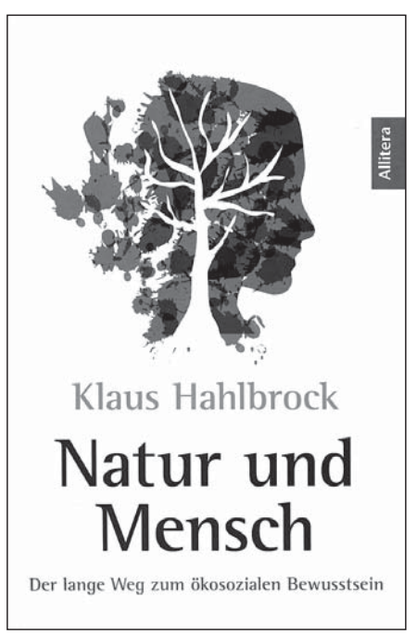
Selbstreflexion, Einsicht, Entscheidung

Das Buch zur rechten Zeit! Autor Klaus Hahlbrock, Professor für Biochemie und früherer Direktor am Max-Planck-Institut für Züchtungsforschung in Köln, hinterfragt, ob wir, die Menschheit, zu einer angemessenen Reaktion auf die letztendlich lebensbedrohenden Gegenwarts- und Zukuftsszenarien unserer Fortentwicklung – „heute nennen wir sie Krisen" – überhaupt fähig sind: Überbevölkerung, Umweltzerstörung, Klimawandel et cetera. Für Hahlbrock ist hierfür ein Wandel hin zu einem ökosozialen Bewusstsein unabdingbar.

Aber: „Wie flexibel ist unser Bewusstsein? Kann es innerhalb kürzester Zeit von einer Jahrmillionen lang dominierenden Zielrichtung in eine andere umschwenken?" Also von „Wachstum, Vermehrung sowie Aneignung und Ausbeutung aller erreichbaren […] Ressourcen" hin zur Orientierung auf Nachhaltigkeit in ihrer Dreiheit aus ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Dimension. Oder würde eher *nur* eine Kurskorrektur ausreichen, wie wohl die meisten Zeitgenossen glauben?

Wo einige Autoren die Missstände unserer Zeit lediglich aufzählen und andere bestenfalls noch Handlungsempfehlungen geben, wie diesen Problemen beizukommen wäre in der Hoffnung, zugespitzt formuliert, die Menschen (am besten auch die, die das Sagen haben) würden schon aufwachen, und immerhin: Es werden ja immer mehr, die sich all der Formen des neuen, verantwortungsvollen Handelns – Tauschen, Teilen, Verschenken, Reparieren und dergleichen – bedienen (wird das reichen, wenn sich Geld und Macht über Gutmenschentum hinwegsetzen?), ... da geht Hahlbrock also ans Eingemachte und spürt mit dem Wissen seines Fachgebietes den naturgegebenen Grundlagen beziehungsweise der Beschaffenheit des menschlichen Bewusstseins nach. Damit liefert er der Leserschaft sowohl aufschlussreiche Sachinformationen, beispielsweise über die verschiedenen Stadien der menschlichen Bewusstseinsentwicklung, als auch eine Analyse unserer derzeitigen Befindlichkeiten.

Hahlbrock vermittelt diese Weltsicht souverän – in kurzen, präzise gehaltenen Kapiteln und in einer gut verständlichen Sprache, die Fachsprech nicht nötig hat. Verhaltensmuster, Gruppendynamik, Gut/Böse, Prägung/Gedächtnis/Erinnerung als Teile des Bewusstseins sind nur einige Stichworte für die Betrachtungen des Autors. Daneben kommen Mythologie/Glaube, Beharren/Entfaltung und schließlich das integrale Bewusstsein zur Sprache. Fast beiläufig enthalten die Kapiteltexte (äußerst) informative Ausführungen zum Beiwerk dessen, was Bewusstsein ebenso ausmacht: Sprache, Kunst und Kultur.



Zum Schluss kommt der Autor zu der Einschätzung, dass „Homo sapiens [...] ein Bewusstseinsstadium erreicht [hat], das Handeln aus Einsicht möglich mache, auch wenn das Verhalten der großen Mehrheit dem noch zu widersprechen scheint." Hahlbrock bekennt sich damit zu einem „realistischen Optimismus (oder optimistischem Realismus)".

Jörg Parsiegla

Hahlbrock, Klaus
Natur und Mensch.
Der lange Weg zum ökosozialen Bewusstsein
Allitera Verlag / Buch&media GmbH, München 2013
224 Seiten, broschiert, 12,90 Euro
ISBN 978-3-86906-604-2

Di 10.2.

Kohle in Deutschland und weltweit - Berlin blickt über den Tellerrand
19-21 Uhr
Themenabend zur Rolle der Kohle für die deutsche Strom- und Wärmeversorgung und wie billiger Kohlestrom hierzulande in anderen Teilen der Welt zu massiver Umweltzerstörung und gravierenden Menschenrechtsverletzungen beiträgt.
Ort: Tante Horst, Oranienstraße 45, 10969 Berlin-Kreuzberg
Infos: www.kohleausstieg-berlin.de

Do 12.2.

Repair Café
17.30-20 Uhr
Weiterer Termin: 12.3.
Gegen die Wegwerf-Kultur: Kaputte Sachen mitbringen oder beim Reparieren helfen!
Veranstalter: Klimawerkstatt Spandau
Ort: Stadtteilladen Wilhelmstadt, Adamstr. 39, 13595 Berlin-Spandau
Verkehrsverbindung: Bus 131, Földerichplatz

So 15.2.

Pflegeeinsatz Flughafensee
10-14 Uhr
Mit Frank Sieste – NABU Berlin
Treffpunkt: NABU Blockhütte Reservatseingang
Verkehrsverbindung: U6, U-Bhf. Otis- oder Holzhauser Str., anschließend 15 Minuten Fußweg, Bus 133 Haltestelle Sterkrader Straße
Infos: Tel. 030/ 9860837-0
lvberlin@nabu-berlin.de

Berliner Pflanzen erzählen Berliner Geschichte Eine Stadtnatur-Führung
14.30-16 Uhr
Weitere Termine: jeden Sonntag
Pflanzen erzählen die Geschichte unserer Stadt, sind aber einem starken Wandel ausgesetzt. - 90-minütige Führung durch Berlins Mitte
Kosten: 7,50 Euro, ermäßigt 5 Euro, ab 1.3.15: 10 Euro, ermäßigt 7,50 Euro
Treffpunkt: Klosterstr. 73, 10179 Berlin, vor der Klosterruine
Anmeldung: kathrinscheurich@yahoo.de
Infos: stadtnatur-berlin.tumblr.com/berlinerpflanzen

Di 17.2.

Naturschutzgebiet Fauler See
11 Uhr

Botanische Führung des Umweltbüros Pankow mit Dipl.-Ing. Tomas Blasig.
Treffpunkt: Haupteingang zum Naturschutzgebiet Fauler See, Suermondtstraße, 13088 Berlin, Eingang Stadion Buschallee
Verkehrsverbindung: Tram 27
Anmeldung erforderlich: Tel. 030/ 92090480 oder 030/ 92091007
umweltbuero@agrar-boerse-ev.de
Infos: www.umweltbuero-pankow.de/php/kalender.php

Do 19.2.

Vortrag: Vogelexkursion am Polarkreis
19-21 Uhr
Im Land der Mitternachtssonne - Auf Tour durch Norwegen und Finnland nördlich des Polarkreises, mit Lothar Gelbicke vom NABU Berlin.
Ort: NABU-Geschäftsstelle, Wollankstr. 4, 13187 Berlin
Infos: Tel. 030/ 9860837-0
lvberlin@nabu-berlin.de

Mo 23.2.

Energieberatung im Umweltladen Mitte
12-15 Uhr
Weiterer Termin: 30.3.
Energieberatung für Bürger_innen durch Energieberater der Verbraucherzentrale Berlin. Die Hauptthemen sind: Stromsparen, Wärmedämmung, Heizungsumstellung, Prüfung der Heizkosten und Vermeidung von Schimmelpilz.
Ort: Umweltladen Mitte, Rathaus Mitte, Raum 238, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin
Kosten: 5 Euro
Anmeldung erforderlich: Tel. 030/ 901822081
Infos: umweltamt.uwl@ba-mitte.berlin.de
www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/aemter/umwelt-und-naturschutzamt/umweltladen/artikel.244266.php

Di 24.2.

Der Park am Weißen See - Botanische Führung
11 Uhr
Das Umweltbüro Pankow lädt zu einer Führung durch den Park am Weißen See ein.
Ort: Berliner Allee 125, 13088 Berlin-Pankow
Treffpunkt: Parkeingang auf der Höhe der Berliner Allee 125
Verkehrsverbindung: Tram M4, M13, 12, 27 und Bus 255, 259
Anmeldung erforderlich: Tel. 030/ 92090480 oder 030/ 92091007
umweltbuero@agrar-boerse-ev.de
Infos: www.umweltbuero-pankow.de/php/kalender.php

Mi 25.2.

Workshop: Startklar für den Gemüsegarten!
19-20.30 Uhr
Selbstversorgung mit knackfrischem Gemüse aus dem eigenen Garten. Möchten Sie sich regional, gesund, nachhaltig und völlig ohne Chemie aus dem eigenen Gemüsegarten ernähren? Wie einfach das funktioniert, erfahren Sie in unseren kostenlosen Workshops.
Ort: Hof Gericke, in der Scheune, Klein-Ziethener Weg 17, 12355 Berlin Rudow
Veranstalter: meine ernte GbR
Infos: Tel. 0228/ 28617119
info@meine-ernte.de
www.meine-ernte.de

Do 26.2.

Workshop: Startklar für den Gemüsegarten!
19-20.30 Uhr
Selbstversorgung mit knackfrischem Gemüse aus dem eigenen Garten. Sie erhalten wertvolle Tipps und Tricks von den Pionieren der Miet-Gemüsegärten.
Ort: Gaststätte Wartenberger Hof, Woldegker Str., Berlin Wartenberg
Veranstalter: meine ernte GbR
Infos: Tel. 0228/ 28617119
info@meine-ernte.de
www.meine-ernte.de

Di 3.3.

Symposium zum Tag des Artenschutzes
19.30 Uhr
Artenschutz ist mehr als eine Herzensangelegenheit, Lebensaufgabe oder Respekt gegenüber der natürlichen Vielfalt. Anlässlich der Sonderausstellung PANDA lädt das Museum für Naturkunde Berlin zu einem spannenden Symposium mit bekannten Expert_innen, Wissenschaftler_innen und Botschafter_innen für den Artenschutz, ein.
Ort: Museum für Naturkunde, Invalidenstraße 43, 10115 Berlin-Mitte
Anmeldung erforderlich: besucherservice@mfn-berlin.de
Infos: www.naturkundemuseum-berlin.de/aktuelles/veranstaltungen

Auf diesen Seiten stehen Berliner Umwelt-Termine (im weiteren Sinne). GRÜNE LIGA-Termine sind mit dem Logo gekennzeichnet (grau: Mitarbeit).
Wir möchten besonders auch Termine kleinerer Umweltgruppen und BIs veröffentlichen und bitten um rechtzeitige Information bis zum 15. des Vormonats.
Die Redaktion

Adressen: Seite 31

Sa 7.3.

Kazaguruma-Demo zum 4. FUKUSHIMA Jahrestag
13 Uhr-15 Uhr
Eine Demonstration gegen Atomkraft zum 4. Jahrestag der FUKUSHIMA-Katastrophe.
Ort: Pariser Platz (vor dem Brandenburger Tor), Berlin-Mitte
Veranstalter: Sayonara Nukes Berlin, Anti Atom Berlin, Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD, Naturfreunde Berlin und GRÜNE LIGA Berlin
Infos: info@sayonara-nukes-berlin.org
www.sayonara-nukes-berlin.org/?cat=28&lang=de

So 15.3.

Frühlingserwachen im Britzer Garten
11 Uhr
Vogelkundliche Führung durch den Britzer Garten
Buchfink und Singdrossel kehren jetzt aus ihren Winterquartieren zurück, während die hier gebliebenen Arten bereits singen. Familien sind herzlich eingeladen, Bernd Steinbrecher auf seinem Rundgang zu begleiten.
Kosten: 3 Euro; ermäßigt 2 Euro, Kinder entgeltfrei; zuzüglich Parkeintritt in den Britzer Garten (Erwachsene 2 Euro, Kinder 1 Euro)
Ort: Britzer Garten, Parkeingang Buckower Damm, 12349 Berlin-Neukölln, Verkehrsverbindung: Bus M44, Haltestelle Britzer Garten
Infos: www.freilandlabor-britz.de/index.php/de/aktuelles/aktuelles-programm

Mo 16.3.

Kohle-Talk mit Fotoausstellung: Wie Vattenfalls Tagebaue unser Trinkwasser gefährden
19-21 Uhr
Der jahrzehntelange Bergbau in der Lausitz schadet Natur und Mensch in der Umgebung. In einem interaktiven Rahmen werden Wasserexpert_innen über gesundheitliche und ökologische Folgen der Bergbaualtlasten berichten.
Ort: NaturFreunde Berlin, Paretzer Str. 7, 10713 Berlin
Infos: www.kohleausstieg-berlin.de

Do 19.3.

Kinder als Verbraucher – Im Visier der Werbeindustrie?!
19.30 Uhr
Welcher Methoden bedient sich die Werbeindustrie und wie weit reicht ihr Einfluss in den Alltag der Familien? Wie können Eltern sich und ihre Kinder vor Konsumfallen in Supermärkten schützen? Gibt es reale Möglichkeiten, Kinder diesem Einfluss zu entziehen? Diskussion mit der kinder- und jugendpolitischen Sprecherin Marianne Burkert-Eulitz (MdA), Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.
Ort: Kindervilla Waldemar, Johanniter Str. 17, 10961 Berlin
Veranstalter: Turgut Altug (MdA), Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Infos: www.turgut-altug.de/item/kiezgespraeche-2015.html

Sa 28.3.

Nachtwanderung zur Umstellung auf Sommerzeit
18-20 Uhr
Wenn wir zügig loslaufen, erleben wir den letzten Teil des Tages auf dem Teufelsberg. Zur „blauen Stunde“ umrunden wir die ehemalige Radarstation bis wir in nächtlicher Dunkelheit, bei zunehmendem Mond, den Abstieg wagen. Mit etwas Glück können wir Tiere des Waldes beobachten.
Kosten: 4 Euro, ermäßigt 3 Euro, Familie 10 Euro
Ort: Ökowerk Berlin, Teufelsseechaussee 22-24, 14193 Berlin
Infos: www.oekowerk.de

Fr 10.4.

Gehölzschnitt – Pflegeschnitte für Bäume und Sträucher auf Grünflächen Seminar der GRÜNEN LIGA Berlin
16-19 Uhr
Wie funktioniert ein professioneller Gehölzschnitt? Wann ist der beste Schnittzeitpunkt? Welche ist die richtige Technik? Muss die Wunde nach dem Schnitt verschlossen werden? Diese und viele andere Fragen erläutert für Sie Landschaftsgärtner Jürgen Kuhr in einem spannenden Seminar. Bitte festes Schuhwerk, wetterfeste Kleidung und Gartenscheren (so vorhanden) mitbringen!
Ort: GRÜNE LIGA Berlin, Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin
Anmeldung unbedingt erforderlich: Tel. 030/ 443391-0
counter.berlin@grueneliga.de

Auswärts

Sa 14.2.

Film: Song from the Forest
20 Uhr
Veranstaltung im Rahmen der Ökofilmtour 2015
Dokumentarfilm: 100 Minuten - Thema: Globaler Naturschutz und Schutz indigener Völker. Film über die Bayaka-Pygmäen im afrikanischen Regenwald und einen Weißen, der schon lange mit ihnen lebt.
Ort: Kultur im Bahnhof Biesenthal, Bahnhofsplatz 1, 16359 Biesenthal
Infos: www.oekofilmtour.de

Sa 28.2.

Beerensträucherschnitt
10-17 Uhr
Auch Beerensträucher brauchen Pflege und den richtigen Schnitt, um jung, gesund und ertragreich zu bleiben. Klaudia Theuerl, Gartenbauingenieurin, zeigt im ÖkoLeA-Naturgarten, wie man das macht.
Ort: Seminarhaus ÖkoLeA, Hohensteiner Weg 3, 15377 Oberbarnim OT Klosterdorf
Teilnahmebeitrag: 20,60 Euro, ermäßigt 11,80 Euro
Anmeldung: Tel. 030 / 902932590 oder www.berlin.de/vhs-marzahn-hellersdorf
Infos: www.seminarhaus.oekolea.de

Fr 6.3.

Die Honigbiene - für die Natur unverzichtbar, doch vom Menschen bedroht
18-20 Uhr
Fachvortrag von Dr. Radtke
Ort: Bahnhofstr. 17, 16556 Borgsdorf
Infos: Tel. 033051/ 25877
hans-w.schmidt@t-online.de

Sa 7.3.

Obstbaumschnitt
10-18 Uhr
Im Garten der ÖkoLeA wachsen mehrere Obstbaumsorten: Apfel, Birne, Pflaume und Süßkirsche. Alle Bäume warten geduldig auf einen Schnitt. Wir wollen ihnen „zu Stamme“ rücken und uns dabei auch ausführlich mit dem Warum und Wie des Beschneidens beschäftigen.
Ort: Seminarhaus ÖkoLeA, Hohensteiner Weg 3, 15377 Oberbarnim OT Klosterdorf
Teilnahmebeitrag: 16 Euro
Anmeldung: Tel. 030/ 902932590
www.berlin.de/vhs-marzahn-hellersdorf
Infos: www.seminarhaus.oekolea.de

Fr 20.3.

Film: Wer rettet wen?
19 Uhr
Veranstaltung im Rahmen der Ökofilmtour 2015
90-minütiger Dokumentarfilm - Seit 2008 werden zuerst die bedrohte Wirtschaft und dann ganze Länder gerettet. Der Film zeigt, wer dabei wirklich gerettet wird: Nie ging es um die Rettung der Griechen, nie um die der Spanier oder Portugiesen. Stets geht es nur um das Wohl der Hauptverdiener an diesen Krisen. Anschließend Gespräch mit Dr. Winfried Wolf (Chefredakteur „Lunapark21“)
Ort: Kultur im Bahnhof Biesenthal, Bahnhofsplatz 1, 16359 Biesenthal
Infos: www.oekofilmtour.de

Ausstellungen

Bis 27.2..

Fotoausstellung: „Tiere im Winter“
Mo-Do 10-15 Uhr, Fr 10-12 Uhr
Ort: Umweltbüro Pankow, Hansastraße 182 A, 13088 Berlin
Verkehrsverbindung: Tram M4, 27 und Bus 156, 259
Infos: Tel. 030/ 92091007 oder 030/ 92090480
umweltbuero@agrar-boerse-ev.de
www.umweltbuero-pankow.de/php/kalender.php

Bis 27.2.

Ernährungsgrundlagen aller Kontinente
Mo-Do 10-15 Uhr, Fr 10-12 Uhr
Ort: Umweltbüro Pankow, Hansastraße 182 A, 13088 Berlin
Verkehrsverbindung: Tram M4, 27

und Bus 156, 259
Infos: Tel. 030/ 92091007 oder 030/ 92090480
umweltbuero@agrar-boerse-ev.de
www.umweltbuero-pankow.de/php/kalender.php

Bis 31.3.

Pflanzzeit – die kirchliche Umweltbewegung in der DDR
Mo-Fr 10-16 Uhr
Die Ausstellung umfasst über 200 Fotos und Dokumente aus der Geschichte der oppositionellen Umweltbewegung.
Ort: Grünes Umweltbüro, Hessische Str. 10, 10115 Berlin

4.3. bis 24.4

Die Gleim-Oase - Kunstwerk und Stadtnatur
Mo-Fr, 9-18 Uhr
Einzigartige Insel im Schatten der ehemaligen Mauer ermöglicht durch bürgerschaftliches Engagement
Ort: Berolina Galerie im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, Berlin-Mitte
Verkehrsverbindung: U5 Schillingstraße; Tram M4, M5, M6, M8; Bus 142 und 200
Infos: Tel. 030/ 9018-22081
umweltamt.uwl@ba-mitte.berlin.de
www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/aemter/umwelt-und-naturschutzamt/umweltladen/artikel.243937.php

16.3. bis 16.4.

Das Leiden der Spree, Bergbaufolgen
Mo-Fr 9-16 Uhr
Fotoausstellung - Wie Vattenfalls Tagebaue das Trinkwasser gefährden. Beim Rundgang durch die Ausstellung können die Besucher_innen einen visuellen Eindruck des Leidens der Spreebekommen.
Ort: NaturFreunde Landesverband Berlin, Paretzer Straße 7, 10713 Berlin

24.3. bis 27.3.

WASsERLEBEN – interaktive Ausstellung
Di, Mi, Fr 9-15 Uhr
Do 9-18 Uhr
Im Rahmen der Fachmesse „Wasser Berlin International" zeigen wasserbezogene Einrichtungen, Schulen, Vereine, Stiftungen, Umweltorganisationen - unter anderem die GRÜNE LIGA - und Unternehmen als Aussteller der WASsERLEBEN, was an Wasser interessant, wissenswert und wichtig ist.
Eintritt: Publikumsschau WASsERLEBEN 3 Euro
Ort: Messe Berlin, Haupteingang Süd (S-Bahnhof: Messe Süd), Halle 5.2, Messedamm 22, 14055 Berlin
Infos: www.wasser-berlin.de

Bis 30.6.

natürlich BERLIN!
10-15 Uhr, Sa/So 13-16 Uhr
Fotografische Ausstellung über die Naturschätze der Metropole Berlin. Die Ausstellung präsentiert beeindruckende Fotos von ausgezeichneten Naturfotografen und lädt ein, den herausragenden Naturreichtum der Stadt zu entdecken.
Ort: Lokhalle im Natur-Park Schöneberger Südgelände, Prellerweg 47-49, 12157 Berlin-Schöneberg
Infos: www.gruen-berlin.de/parks-gaerten/natur-park-suedgelaende/ausstellungen-fuehrungen

Regelmäßig

Montags

VoKü und Treffen der Transition Town Initiative Friedrichshain-Kreuzberg
Mo 19.30 Uhr
Ort: Nachbarschaftstreff K19 Kreutzigerstr. 19, info@soned.de Tel. 2945401

Dienstags

Attac Berlin Regiongruppentreffen
3. Di 19 Uhr
Haus d. Demokratie, Greifswalder Str. 4, Prenzlauer Berg
Tel. 6946101

Verkehrsrechtsberatung
Di 19-20 Uhr
ADFC, Brunnenstr. 28 Mitte; Tel. 4484724
nur Mitglieder

Grüne Radler Versammlung
1. Di 19 Uhr
Crellestr. 43, Baubüro, Schönebg.

Mittwochs

VCD Nordost Aktiventreffen
3. Mi 18.30 Uhr
VCD LV Nordost
www.vcd-nordost.de

BISS-Treffen
2. Mi 19 Uhr
Bürgerinitiative Stadtring Süd (BISS), Plesserstr. 4, Treptow
www.stop-A100.de

Anti Atom Berlin
1. Mi 20 Uhr
Warschauer Str. 23
Friedrichshain, Tel. 61201791
www.antiatomberlin.de

PINiE e.V.- Pankower Initiative zur Nutzung innovativer Energiequellen
3. Mi, 18 Uhr
Ort: NABU Berlin, Wollankstr. 4 13187 Berlin
Infos: www.pinie-solar.de

Donnerstags

Ökomarkt am Kollwitzplatz
12-19 Uhr
Kollwitz-/Wörther Str.
12-19 Uhr Ernährungsberatung, Pilzberatung, Tel. 443391-48

Samstags

Natur-Erlebnis-Tag
1. Sa
Der Verein Naturschule Berlin-Brandenburg e.V. lädt ein zu einen besonderen Mix aus Naturerleben, Erlebnis-Spielen, Naturbeobachtung und Möglichkeit zum Picknick mit Gedankenaustausch.
Infos: www.naturschule-berlin-brandenburg.de/termine-plaene.html

Sonntags

ZDF-planet e
sonntags
Infos: planet-e.zdf.de

Naturschutzjugend-Treff
letzter So, 15 Uhr
Naturerlebnisgarten, am S-Bhf. Bornholmer Str., Bösebrücke Wedding, Tel. 51067134

Öko-Märkte

Ökomarkt Domäne Dahlem Berlin - Dahlem Königin-Luise-Str. 49
Sa 8-13 Uhr
U 3 Dahlem Dorf
Info-Tel. 66630024
www.domaene-dahlem.de/landgut-museum/hofladenundoekomarkt.html

Ökomarkt Chamissoplatz Berlin - Kreuzberg
Sa 9 - 15 Uhr
U 6 Platz der Luftbrücke
U 6 & 7 Mehringdamm
Info-Tel. 8430043
www.oekomarkt-chamissoplatz.de

Ökomarkt am Nordbahnhof
Berlin-Mitte
Invalidenstraße/Elisabeth-Schwarzhaupt-Platz
Mi 11-18 Uhr
S-Nordbahnhof, S1, S2, S25
Tram-Nordbahnhof, M10, M8
Bus-Nordbahnhof, 245, 247
Info-Tel. 0170/ 4832058
oekomarkt-am-nordbahnhof@t-online.de
Facebook:
Ökomarkt am Nordbahnhof

Ökomarkt Zickenplatz Berlin - Kreuzberg (am Hohenstaufenplatz) Schönleinstr. / Ecke Dieffenbachstr.
Di 12-18
Sommer: bis 18.30 Uhr
Sa 9-15 Uhr
U 8 Schönleinstraße
Info-Tel. 0157/ 78937884

Ökomarkt am Kollwitzplatz Berlin-Prenzlauer Berg Kollwitzstr./ Ecke Wörther Str.
Do 12-19 Uhr
Jan-März bis 18 Uhr
U 2 Senefelder Platz
Kollwitz-/ Ecke Wörther Str.
Info-Tel. 44339148
www.grueneliga-berlin.de/?page_id=35

Ökomarkt im Hansaviertel Berlin-Tiergarten Altonaer Str./ Ecke Klopstockstr.
Fr 12-18.30 Uhr
U 9 Hansaplatz
Info-Tel. 0170/ 4832058
www.ökomarkt-im-hansaviertel.de

GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen
DER RABE RALF
Die Berliner Umweltzeitung

Unkonventionelles und Hintergründiges aus der vielfältigen Umweltszene
Tipps, Termine & Adressen
Kostenlos an vielen Berliner Auslageorten wie Bibliotheken, Bio-, Natur- und Umweltläden oder für jährlich 25 € per Abo ins Haus.
Kostenlose Probenummer:
DER RABE RALF
Prenzlauer Allee 8
10405 Berlin

Kleinanzeigen

Private Kleinanzeigen kosten nicht die Welt, sondern 0,62 Euro pro Zeile (ca. 30 Zeichen), bitte Vorkasse (Briefmarken, bar). Für 0,50 Euro zusätzlich schicken wir ein Belegexemplar. Redaktionsadresse siehe Impressum.

Die NaturFreunde Berlin haben in ihrer Geschäftsstelle noch 2 freie Arbeitsplätze mit Telefon und Internetverbindung im Gemeinschaftsbüro (4 Arbeitsplätze) zu vergeben. Unser Büro befindet sich in einer Ladenwohnung in der Paretzer Straße 7, 10713 Berlin.

Neben den Arbeitsplätzen kann der Versammlungs- und Seminarraum mitgenutzt werden. Es gibt eine vollausgestattete Gemeinschaftsküche, Kaffee-Vollautomaten, Sitzgelegenheiten im Hof und getrennte Toiletten, Strom, Heizung, Wasser und DSL sind inklusive.

Wir bieten eine entspannte Arbeitsatmosphäre in einem naturfreundlich kreativen Umfeld und freuen uns über Interessent_innen. Den ersten Monat bieten wir als Probemonat mit 50 Prozent Rabatt an. Danach kostet der Arbeitsplatz 180 Euro netto pro Monat und der Mietvertrag läuft dann unbefristet mit einer 2-monatigen Kündigungsfrist.
Infos: geschaeftsstelle@naturfreunde-berlin.de

Meißen: Möchtest du ohne Strom, naturverbunden, antikapitalistisch und technikkritisch in Gemeinschaft leben? Kontakt:helpx.net/findhosts.asp?network=3, Suchbegriff Drosselgrund

Wurlsee/Lychen/Uckermark: Sehr schöne, modern eingerichtete Ferienwohnungen (2 bis 7 Betten, rollstuhlgeeignet) mit großzügigem Außengelände und Gemeinschaftsraum bieten Platz für Erholung, Spiel und Sport. Ideal für Familien. Infos: www.ferienhauslychen.de oder Tel. 0160/ 96245696

Berliner Umland: Mehrgenerationen, Natur-/Tierschutz, Selbstversorgung, dafür zusammen auf Hofsuche gehen, w e r (veget./vegan) hat auch Lust darauf? Kontakt: naturtier@gmx.net

Zu verkaufen: 20 km von Berlin: Ökohaus in Ökosiedlung, Holz und Lehm, Wandstrahlungsheizung, Pellets, Pflanzenkläranlage, Komposttoilette, 167 qm, viel Land, weiter, unverbaubarer Blick, Kosten: 300.000 Euro, Infos: oekohaus-hohenbruch.de

GRÜNE LIGA Berlin e.V. GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen

Landesgeschäftsstelle:
Prenzlauer Allee 8
10405 Berlin-Prenzlauer Berg
Tel. 030 / 44 33 91-0, Fax -33
berlin@grueneliga.de

Projekte (Durchwahl, E-Mail):

Umweltbibliothek: -30
DER RABE RALF: -47
raberalf@grueneliga.de
Ökomarkt/Ernährungsberatung: -48,-58
oekomarkt.kollwitzplatz@...
Presse/Öffentlichkeitsarbeit: -49
Lokale Agenda 21 Berlin: -65
berliner.agenda21@...
Beratung/Hofbegrünung: -49
hofberatung.berlin@...
Artenschutz an Gebäuden: -49
International: -70,
internationales@...

IMPRESSUM

DER RABE RALF
Die Berliner Umweltzeitung

GRÜNE LIGA Berlin e.V.
Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin-Prenzlauer Berg (Tram M2 Metzer Str.; U2 Senefelderpl.)
Tel.: (030) 44 33 91-47, -57, Fax -33
E-Mail: raberalf@grueneliga.de
www.raberalf.grueneliga-berlin.de

Herausgeber: GRÜNE LIGA Berlin e.V.
ISSN: 1438-8065
V.i.S.d.P.: Leif Miller
Redaktion: Jochen Mühlbauer, Jörg Parsiegla, Veit Ulrich, Elisabeth Westphal, Volker Voss
Satz/Layout: Evelin Bulling
Karikaturen: Freimut Woessner
Vertriebsleitung: Jochen Mühlbauer

Post-Bezug: siehe Abo-Coupon auf Seite 11
Konto-Nr.: 3060502, BLZ: 10020500
IBAN: DE 38100205000003060502
BIC: BFSWDE33BER
Bank für Sozialwirtschaft
Adressenänderung bitte melden!

Erscheinen: zu Beginn gerader Monate
Redaktionsschluss: 5. des Vormonats, Anzeigen und Termine bis 15. des Vormonats

Anzeigenvertretung:
GRÜNE LIGA Berlin e. V.
Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin,
Tel.: 030/443391-0, Fax: -33
raberalf@grueneliga.de
Grundpreis: 0,80 Euro je Spalte und mm (netto)
Kleinanzeigen: über die Redaktion, je 30 Zeichen 0,62 Euro, nur Vorkasse (Briefmarken, bar)

Auflage: 10.000
Druck: Union Druckerei, Berlin

Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. des Herausgebers wieder. Die Redaktion behält sich das Bearbeiten von Beiträgen vor. Für unverlangt eingesandte Texte und Materialien keine Haftung. Beiträge bitte möglichst per E-Mail senden. Nachdruck nach Rücksprache gestattet und erwünscht, bitte Quelle angeben, Belegexemplar schicken.

Eigentumsvorbehalt: Dieses Heft bleibt bis zur Aushändigung an den Adressaten Eigentum des Herausgebers. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Hefte sind unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung an den Herausgeber zurückzusenden.

Glyphosat … das Risiko wächst

Warum Glyphosat so gefährlich ist

In der Oktober/November-Ausgabe (2014) des RABEN RALF gab es unter der Rubrik Infodienst Gentechnik die Aufsehen erregende Meldung, dass das Unkrautvernichtungsmittel *Glyphosat*, Hauptbestandteil des Totalherbizids *Roundup*, weiterhin erfolgreich ist. Gegenüber einem derzeitigen Umsatz von rund sechs Milliarden Dollar könnte zum Ende des Jahrzehnts, laut Marktschätzungen, ein Volumen von circa neun Milliarden Dollar erreicht werden –eine Steigerung um satte 50 Prozent! Selbst die Tatsache, dass fast die Hälfte des Spritzmittels auf Gentechnik-Feldern landet, die weltweit nur 12 Prozent der Ackerfläche ausmachen, lässt da wenig Beruhigung aufkommen.

Anwendungsprocedere

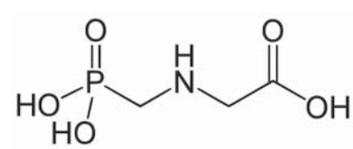
Seit 1974 von Monsanto auf den Markt gebracht und inzwischen das meist verwendete Pflanzenvernichtungsmittel der Welt, wird das sowohl nicht-selektiv als auch systemisch wirkende Glyphosat in Deutschland auf schätzungsweise 40 Prozent der Ackerfläche ausgebracht und steht außerdem Hobbygärtnern zur Verfügung. Bei der pfluglosen Bodenbearbeitung – zum Schutz vor Bodenerosion und übermäßiger Bodenverdichtung – wird der Wirkstoff, mit Ausnahme Süddeutschlands, standardmäßig verwendet.

Beim Anbau von Getreide und anderen Ackerfrüchten wird Glyphosat zu zwei Zeitpunkten eingesetzt: kurz nach der Saat, aber noch vor dem sichtbaren Durchbruch der Pflanzen aus dem Boden (Vorauflauf), sowie bei der *Sikkation* (Austrocknung), bei der das Herbizid kurz vor der Ernte versprüht wird, um die Abreife der Kulturpflanze zu beschleunigen – Erntemaschinen sollen so effektiver arbeiten können, was wiederum den Ernteertrag steigert. Besonders die zuletzt genannte Anwendungsart ist umstritten. Die Sikkation soll zwar in Deutschland insgesamt nicht von großer Bedeutung sein, allerdings werden in Küstennähe geschätzte 65 Prozent der Wintergerstenbestände aufgrund häufiger auftretender Unkräuter behandelt. Und in den östlichen Bundesländern werden in nassen Jahren bis zu 20 Prozent der Wintergetreide und -rapsflächen behandelt, in Restdeutschland weniger als fünf Prozent. Das Verheerende an der Sikkation: Glyphosat wird quasi „ins reife Korn" gespritzt, der weitere Weg zum Verbraucher – über Backwaren – ist extrem kurz. Die ausgebrachte Wirkstoffmenge bei den einzelnen Anwendungen liegt in Deutschland meist zwischen 0,84 und 2,52 Kilogramm Glyphosat pro Jahr und Hektar.

Alte und neue Kritik

Viele Jahre als ertragssteigerndes Mittel gefeiert, wurden Bedenken gegen den Wirkstoff und seine Abkömmlinge lange nicht zur Kenntnis genommen. So sind deutschen Regierungsstellen die Gefahren, die mit dem Gebrauch von Glyphosat in Verbindung gebracht werden, etwa seit 1998 bekannt, entsprechenden Gremien der EU, wie der Europäischen Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA *(European Food Safety Authority)*, seit 1999. Seither wurden zudem dem jetzigen Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV), dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL), dem Umweltbundesamt (UBA) sowie dem Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) durch wissenschaftliche Publikation immer wieder neue Erkenntnisse über die Gefahren von glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln zugänglich gemacht, darunter eine von der EFSA totgeschwiegene Studie der Universität Caen in Frankreich (2012).

Die Ergebnisse dieser an Ratten vorgenommenen, bisher umfassendsten und durch Experten begutachteten zweijährigen Studie erklärt auf



Grafik: upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/0/04/Glyphosate.svg/2000px-Glyphosate.svg.png

verblüffende Weise viele der mit der Glyphosatanwendung in Verbindung gebrachten tierischen und menschlichen Krankheits- und Todesfälle – seien es nun mit Gen-Soja gefütterte, an Botulismus verendende Rinder, vornehmlich Milchkühe (seit 1996 in Deutschland beobachtet) und erkrankte Landwirte oder missgebildete Neugeborene und eine menschliche Todesfallserie in Argentinien (2010).

Die Studie kommt, kurz gefasst, zu dem Schluss, dass Glyphosat insbesondere die Enzyme im menschlichen Körper hemmt, die eine entscheidende Rolle bei der Entgiftung von *Xenobiotika* (körperfremde chemische Stoffe) spielen. Somit verstärkt Glyphosat als eine Art hormoneller Booster die toxische Wirkung anderer chemischer Rückstände, die durch chemiebelastete Lebensmittel oder anderer Umweltgifte in den Körper gelangen (abgesehen davon ist Glyphosat bei einer Vielzahl von Menschen längst direkt im Organismus angekommen und konnte beispielweise, wie Untersuchungen (2013) des Teams um Prof. Dr. Monika Krüger von der Universität Leipzig zeigen, im Urin eines Großteils der Bevölkerung nachgewiesen werden). Die französische Studie kommt zu dem Schluss: „Der Prozess [der Glyphosatvergiftung, Anmerkung Redaktion] verläuft schleichend und manifestiert sich mit der Zeit als entzündliche Schädigung von Zellsystemen im ganzen Körper." Ganz zu schweigen von den nachgewiesenen negativen Auswirkungen des Herbizideinsatzes für die biologische Vielfalt in Böden und Gewässern sowie in der Natur allgemein – Stichwort Bienensterben.

Rolle der Politik

Was die Politik betrifft, so sind die Aussichten bei der Gefahreneinstufung von Glyphosat und einem damit einhergehenden möglichen Verbot des Wirkstoffs eher ernüchternd. Als positive Entwicklung kann inzwischen immerhin die Zustimmung des Bundesrats gelten, den Einsatz von Glyphosat zumindest für Haus- und Kleingärten zu untersagen. Ebenfalls positiv ist eine Initiative der deutschen Umweltministerkonferenz (UMK) zu werten, die im November 2013 eine umfassende Prüfung der Wirkungen glyphosathaltiger Mittel auf den Weg brachte. Die Bundesregierung wird dabei aufgefordert sicherzustellen, dass aktuelle Erkenntnisse zur Wirkung von Glyphosat auf Mensch und Umwelt in die 2015 anstehende Neubewertung der Gefahrenlage, zwecks Verlängerung der EU-weit gültigen Wirkstoffgenehmigung nach dem 31.12.2015, einbezogen werden. Deutschland ist hier für die Erstellung des Prüfberichts verantwortlich und somit federführend.

Sehr widersprüchlich agiert das BLV: Während es im März 2014 der dritten Roundup-Generation (Roundup Rekord mit 720 Gramm Glyphosat pro Kilogramm der Ware – die höchste Wirkstoffkonzentration aller Zeiten) die Zulassung erteilt, erlässt es im Mai 2014 einige einschränkende neue Anwendungsbestimmungen für glyphosathaltige Mittel. Diese begrenzen den Wirkstoffaufwand pro Jahr und Hektar und präzisieren die zugelassene Spätanwendung in Getreide.

Das BfR, hierzulande eine maßgebliche Instanz bei der Bewertung von Glyphosat, spielt gar eine unrühmliche Rolle: Im Jahr 2012 konnte über einen *Testbiotech*-Report aufgezeigt werden, dass viele seiner Kommissionsmitglieder für genetisch veränderte Lebens- und Futtermittel nicht als unempfänglich gegenüber der Einflussnahme von agrarindustriellen Lobbyisten gelten können. Einigen von ihnen wurden enge Verbindungen zu BASF, Bayer und Syngenta nachgewiesen – ausgerechnet jenen Großkonzernen, die seit Jahrzehnten von der Nachnutzung der ausgelaufenen Monsanto-Patente profitieren. Noch Fragen?

Jörg Parsiegla

Weitere Informationen:
de.wikipedia.org/wiki/Glyphosat
albert-schweitzer-stiftung.de/aktuell

Anzeige

Aus Platzgründen kann hier nur eine Auswahl von Umwelt-Adressen in Berlin und Umgebung veröffentlicht werden. Die grau unterlegten Adressen sind Mitglieder der GRÜNEN LIGA.

ADFC - Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club, Brunnen- 28, 10119 (Mitte) T 4484724, F 44340520 www.adfc-berlin.de

AG Kleinstlandwirtschaft und Gärten in Stadt und Land c/o FU Inst. für Soziologie www.urbanacker.net

Agenda-Agentur Berlin Runge- 22-24 10179 (Mitte) T 6128087-1/-2/-3, F -4 www.agenda-agentur.de

Aktionsgemeinschaft Gleisdreieck c/o Büro Rheinlaender, Crelle- 43, 10827 (Schöneberg) T 7883396, F 7811059 Matthias Bauer, T 2151135 www.gleisdreieck-blog.de

Aktion Tier - Menschen für Tiere e.V. Kaiserdamm 97, 14057(Charlottenburg), T 30103831, F -34

A-Laden Brunnen- 7, 10119 (Mitte) T 22805237, www.a-laden.org

Anti-Atom-Plenum Waldemar- 46 10999 (Kreuzberg) www.squat.net/aap-berlin

Anti Atom Berlin c/o Stadtteilladen Friedrichshain Warschauer- 23 10243 (Friedrichshain), T 61201791 www.antiatomberlin.de

Arbeitskreis Igelschutz Berliner- 79a 13467 (Hermsdorf) www.igelschutzberlin.de

Arbeitskreis Nordkaukasus c/o Vitali Kovaljov, NABU, Charitéstr. 3 10117 (Mitte), T 284984-0

Arbeitskreis Verkehr und Umwelt (UMKEHR) e.V. Exerzier- 20, 13357 (Wedding), T 4927-473, F -972 www.umkehr.de

Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung e.V. Kopenhagener- 71 10437 (Prenzl. Berg), T 44013028 www.asfrab.de

Arge Autofrei Wohnen in Berlin c/o Markus Heller, T/F 2807940 www.autofrei-wohnen.de

Attac Gneisenau- 2a, 10969 (Kreuzberg) T 69517791, F 6926590 www.attacberlin.de

autofrei leben! e.V. Körtingstr. 63b 12107 (Tempelhof), T 23135674 www.autofrei.de

BANA mobil Projektbüro im Kotti e.V. Sibylle Trage, Adalbert- 95a 10999 (Kreuzberg), T 8514783 bana-mobil@web.de

Barnimer Aktionsbündnis gegen gentechnische Freilandversuche c/o DOSTO, Breitscheid- 43a 16321 Bernau, T/F 03338/5590 www.dosto.de/gengruppe

B.A.U.C.H. e.V. Verein für Umweltchemie, Wilsnacker- 15, 10559 (Moabit) T 394-4908, F -7379 bauch@alab-berlin.de

BauFachFrau e.V. *Ökolaube, Komposttoilettenausstellung* Lehder- 108 13086 (Weißensee), T 92092176 www.baufachfrau-berlin.de

Baumschutzgemeinschaft c/o A. Solmsdorf, Windscheid- 40 10627 (Charlottenb.), T 0170/2147676 kontakt@bmsgb.de

Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag Greifswalder- 4 10405 (Prenzl. Berg) T 4285-1587 www.ber-landesnetzwerk.de

BERLINER NETZWERK FÜR GRÜNZÜGE c/o Berliner Landesarbeitsgemeinschaft für Naturschutz e.V. (BLN) Potsdamer- 68, 10785 (Tiergarten) kontakt@gruenzuege-fuer-berlin.de www.grünzüge-für-berlin.de

Berlin 21 Greifswalder- 4, 10405 (Prenzl. Berg), T 420823-63, Fax -80 www.berlin21.net

B.F.S.S. Büro für stadtteilnahe Sozialplanung GmbH Müller- 155 13353 (Wedding), T 4617771 www.bfss-berlin.de

BI Berliner Luft + Fahrgastbeirat Hohenschönhausen Ahrenshooper- 5 Zi. 1, 13051, T/F 9621033

BI FREIe HEIDe c/o Benedikt Schirge Dorf- 27, 16831 Zühlen, T/F 033931-2338, www.freie-heide.de

BI „Nein zum Kohlekraftwerk“ Alte Schmiede, Spitta- 40, 10317 (Lichtenberg), www.kraftwerksneubau.de

Biochemischer Verein Greifswalder - 4 10405 (Prenzl. Berg), T 2044599 www.biochemischerverein-berlin.de

BIP - Biomasse in Pankow Gundolf Plischke, Duncker- 46, 10439 (Prenzl. Berg), T 747682-36, F -37 www.biomasse-in-pankow.de

BI Rettet die Marienfelder Feldmark M. Delor, Marienfelder- 85, 12309 bimfeldmark@aol.com

Bürgerberatung Energie und Umwelt, Berliner Energietelefon 3016090 Gesellschaft für Lärmbekämpfung e.V. Sauerbruch-23, 14109 (Zehlendorf) T-3016090, F 80602497, kostenloses Auskunftstelefon Di, Do 10-14 Uhr

Bürgerinitiative (BISS) Plesser- 3 12435 (Treptow), Bürgertel: 70121004 (AB) www.stop-A100.de

BI Westtangente (BIW) Crelle- 43 10827 (Schöneberg), T 7883396 F 7811059, www.bi-westtangente.de

B-Laden Lehrter - 27-30 10557 (Moabit), T/F 3975238

BLN - Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz Potsdamer- 68 10785 (Tiergarten), T 2655-0864 -0865, F -1263, www.bln-berlin.de

BLUE 21 - Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt und Entwicklung c/o FDCL, Gneisenau- 2a 10961 (Kreuzberg), T 6946101 F 6926590, www.blue21.de

Botanischer Verein Königin-Luise- 6 14195 (Dahlem), T 7748437, www.botanischer-verein-brandenburg.de

Britzer Umweltforum Fulhamer Allee 53, 12359, T 6079338

BUND Crelle- 35, 10827 (Schöneberg) T 787900-0, F -18 www.bund-berlin.de

BUNDjugend *LandesGSt* Erich-Weinert- 82, 10439 (Prenzl. Berg) T 392-8280, F -7997 *BundesGst* Am Köllnischen Park 1 10179 (Mitte), T 275865-0, F -55 www.berlin.bundjugend.de

Bundesumweltministerium Stresemann- 128-130, 10117 (Mitte) T 18305-0 F -4375, www.bmu.de

Bündnis 90/Die Grünen *Landesverb., Bereich Umwelt* Kommandanten- 80 10117 (Mitte), T 615005-0, F -99, *Grüne Jugend* -43, www.gruene-berlin.de *Abgeordnetenhaus* Niederkirchner- 5 10111 (Mitte), T 232524-00, F -09 *Umwelt* -06/-62, *Verkehr -12 Bundestag, Bereich Umwelt*, Luisen- 32-34, 10117 (Mitte), T 2275-8939 F -6911, ak2@gruenefraktion.de

Bürgerverein Brandenburg-Berlin (BVBB) *gegen Flughafen Schönefeld* Wilhelm-Grunewald- 48-50, 15827 Blankenfelde, www.bvbb-ev.de

Cöllnische Heide e.V. c/o Dr. Erxleben Steinbach- 11, 12489 (Adlershof) T 67198381

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) c/o BamM (Buchladen Schwarze Risse) Gneisenau- 2a 10961 (Kreuzberg), www.dfg-vk.de

Deutsche Umwelthilfe (DUH) Hackescher Markt 4, 10178 (Mitte) T 2400867-0, F -19, www.duh.de

Deutscher Bahnkundenverband (DBV) Kurfürstendamm 11, 10719 (Charlottenburg), 634970-76, F -99 www.bahnkunden.de

Deutscher Naturschutzring (DNR) Marien-19/20, 10117 (Mitte) T 6781775-70, F -80, www.dnr.de

Diözesanrat der Katholiken, Sachausschuss Eine Welt und Bewahrung der Schöpfung, Niederwall- 8/9 10117 (Mitte), T 32684-206, F -203 www.dioezesanrat-berlin.de

ecovillage e.V. c/o H.-R. Brinkmann Glogauer Weg 38, 49088 Osnabrück T/F 0541/445941, www.ecovillage.de

European Network for Mobility and Local Agenda 21, Benda-15 12051(Neukölln) info@mobilocal21.org

Fachverband Biogas c/o Roland Schnell, Graefe- 14, 10967 (Kreuzbg.) T 707198-60, F -62, www.graskraft.de roland@graskraft.de

FIAN - Food First Information and Action Network Ute Stephani, T 51635868 www.fian-berlin.de

Förderverein Naturpark Südgelände c/o Hans Göhler, Sophie-Charlotten- 59, 14057 (Charlottenb.), T 3217731

Förderverein Landschaftspark Nordost Dorf- 4a (Dorfkate Falkenberg) 13057, T/F 9244003 www.dorfkate-falkenberg-berlin.de

Forum Umwelt Entwicklung Marien-19-20, 10117 (Mitte) T 6781775- 89, -74 info@forumue.de, www.forumue.de

Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. (FÖS), Schweden- 15a 13357 (Wedding), T 7623991-30 F -59, foes@foes.de, www.foes.de

FUSS e.V. - Fußgängerschutzverein, Exerzier- 20, 13357 (Wedding) T 4927-473, F -972, www.fuss-ev.de

Future-on-Wings e.V. c/o Afrikahaus Bochumer - 25, 10555 (Moabit) T 3928567, www.future-on-wings.net

Gen-ethisches Netzwerk (GeN) Brunnen- 4, 10119 (Mitte) T 6857073, F 6841183 www.gen-ethisches-netzwerk.de

Germanwatch Schiffbauerdamm 15 10117 (Mitte), T 288835-60, F -61 www.germanwatch.org

Gesellschaft für Ausbildung, innovativen Landbau und Arbeit - GAIA e.V., Plauener- 160, 13053 (Hohenschönhausen), T 981992-0, F -37 www.gaia.de

Gesellschaft Naturforschender Freunde c/o Inst. f. Zoologie der FU Königin-Luise- 1-3, 14195 (Dahlem) T 8383917, F -16

Gesundheitsladen Veteranen- 21 10119 (im ACUD), T 6932090 www.gesundheitsladen-berlin.de

BAOBAB Infoladen Eine Welt e.V. 10405 (Prenzl. Berg), Greifswalder Str. 4, T 4426174, F 44359066 gwrbln@mailandnews.com

Greenhouse Infopool Duncker- 14 10437 (Prenzl. Berg) www.jpberlin.de/greenhouse

Greenpeace Chaussee- 131 10115 (Mitte), T 283915-50, F -51 www.greenpeace-berlin.de

GRÜNE LIGA e.V. *BundesGSt., Red. ALLIGATOR* Greifswalder- 4, 10405 (Prenzl. Berg), T 2044-745, F - 468 www.grueneliga.de

BKst Wasser, Michael Bender T 40393530, wasser@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Berlin e.V. *LandesGSt.* Prenzlauer Allee 8, 10405 (Prenzl. Berg), T 443391-0 www.grueneliga-berlin.de

Grüne Radler Crelle- 43, 10827 (Schöneberg), Claudia Kristine Schmidt T 81887615, Dieter Hertwig, T 6236833, www.gruene-radler-berlin.de

Grünes Haus für Hellersdorf Boizenburger- 52-54, 12619 (Hellersdorf), T 56298081, F 56499950 www.gruenes-haus-hellersdorf.de

Habitat-Informationsbüro Greifswalder- 33 A, 10405 (Prenzl. Berg) T 428515-85, F -86 habitat-infobuero@berlinet.de

Haus der Natur Potsdam Linden- 34 14467 Potsdam, T 0331/20155-25 F-27, www.hausdernatur-brandenburg.de

Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU) T -15, F -16

Arbeitskreis Naturschutzgeschichte T -25, F -27

ARGUS *Umweltbiblioth.*, T -11, F -12

Förderverein für Öffentlichkeitsarbeit im Natur- und Umweltschutz (FÖN) T -35, F -36

GRÜNE LIGA Brandenburg T -20 F -22

Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände T -50, F -55

NaturFreunde Brandenburg T -40 F -44

Naturschutzbund NABU *LV Brandenburg* T -70, F -77

Naturschutzjugend *LV Brandenburg* T -75, F -78

VCD - Verkehrsclub Deutschland *LV Brandenburg T -60, F -66*

HOLON e.V. *Fr*iedrich-Engels- 26 15711 (Königs Wusterhausen) T/F 03375/294636

HU-RefRat *Referat Ökologie und Umwelt*, Unter den Linden 6, 10099 (Mitte), T 2093-2603, -2614, -1749 F -2396, www.refrat.hu-berlin.de/oeko

IUGR e.V. *Studienarchiv Umweltgeschichte*, Brodaer - 2, 17033 (Neubrandenburg), T 0395/5693-8201, -4500 F -74500, www.iugr.net, www.naturschutzgeschichte-ost.de

IGEB e.V. Fahrgastverband S-Bhf. Lichtenberg, Weitling- 22 10317 (Lichtenberg), T 787055-11 F -10, www.igeb.org

IG Saubere Energie Berlin, Haupt- 72 10317 (Lichtenberg) kontakt@ig-biomasse.de www.ig-biomasse.de

IG Wuhletal c/o Angele Schonert, Sewan- 181, 10319 (Friedrichsfelde) T 5122816

Infrastrukturelles Netzwerk Umweltschutz (INU) Dorf- 36, 13057 (Falkenberg), T 934427-10, F -29 www.inu-ggmbh.de

Initiative gegen die Verletzung ökologischer Kinderrechte Wundt- 40 14057 (Charlottenburg), T 3257443

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) Potsdamer- 105 10785 (Tiergarten), T 884594-0 F 8825439, www.ioew.de

Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) Schopenhauer- 26, 14129 (Nikolassee) T 803088-43, F -88, www.izt.de

GIZ *Landesbüro Berlin/Brandenburg* Köthener- 2, 10963 (Kreuzberg) T 40819022-3, F -423, www.giz.de

IPPNW *Ärzte gegen Atom* Körte- 10 10967 (Kreuzberg), T 6980740 F -8166, www.ippnw.de

Jugendfarm Moritzhof Schwedter- 90 10437 (Prenzl. Berg) T 44024220 F -22, www.jugendfarm-moritzhof.de

Jugendnaturschutzakademie Brückentin, 17237 Dabelow, T/F 039825/20281, www.brueckentin.de

KATE Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung Greifswalder- 4 10405 (Prenzl. Berg), T 440531-10 F -09, www.kate-berlin.de

Bauwerkarchitekt Lutz Dimter Naturbahnhof Prenzlau Brüssower Allee 90, 17291 Prenzlau T 03984-834679-14, lutz.dimter@naturbahnhof-prenzlau.de

Kinderbauernhof „Pinke Panke“ Am Bürgerpark 15-18 13156 (Pankow), T 47552593 www.kinderbauernhof-pinke-panke.de

KMGNE *Kolleg für Managment u. Gestaltung nachhaltiger Entwicklung* Reichenberger- 150, 10999 (Kreuzberg), T 293679-40, F -49 www.kmgne.de

Kunst-Stoffe-Berlin Berliner- 17, 13189 Berlin T 0049(0)30-34089840

Linkspartei Kl. Alexander- 28 10178 (Mitte) *Ökologische Plattform* T 24009542, F 2411046 www.oekologische-plattform.de *Abgeordnetenhaus, AG Umwelt* c/o Marion Platta MdA, Niederkirchner- 5 10111 (Mitte), T 232525-50, F -39 platta@linksfraktion-berlin.de

Lokale Agenda 21 *siehe Berlin 21 und GRÜNE LIGA Berlin* www.agenda21berlin.de

LÖPA - Linksökologische pazifistische Anarchisten c/o M99 Manteuffel- 99, 10999 (Kreuzberg) www.geocities.com/theloepa

Messzelle e.V. *(Umweltanalytik)* Müller-Breslau- 10, 10623 (Charlottenburg) T 3142-5806, F -6863 www.tu-berlin.de/~messev

Moabiter Ratschlag e.V. Rostocker- 32 10553, T 390812-0, F -29 www.moabiter-ratschlag.de

NaturFreunde Deutschlands e.V. Warschauer- 58a, 10243 (Friedrichshain) T 29773260, F-80 www.naturfreunde.de info@naturfreunde.de

Naturfreundejugend Berlin e.V. Gryphius- 23, 10245 (Friedrichshain) T 325327-70 F-71 www.naturfreundejugend-berlin.de info@naturfreundejugend-berlin.de

Naturschutz- und Grünflächenämter *siehe Gelbe Seiten: Berlin-Service (vorn) oder Telefonbuch: „Landesregierung - Bezirksämter“ (grau) oder www.berlin.de/verwaltungsfuehrer*

NABU Wollank- 4, 13187 (Pankow) T 986-08370, F -7051 www.berlin.nabu.de *Bezirksgr. Pankow* T -083728 *Freilandlabor Flughafensee* 4325155

Naturschutzstation Malchow/ Förderverein Dorf- 35, 13051 T 927998-30 F -31 www.naturschutzstation-malchow.de

Naturschutzzentrum Schleipfuhl Hermsdorfer- 11a 12627 (Hellersdorf), T 9989184

NETZ für Selbstverwaltung PF 620553, 10795, T/F 2169105 www.netz-bb.de

Netzwerk SPIEL/KULTUR Kollwitz- 35 10405 (Prenzl. Berg), T 44356851 www.netzwerkspielkultur.de

Nichtraucherbund Greifswalder- 4 10405 (Prenzl. Berg), T 2044583 www.nichtraucher-berlin.de

Ökologisch-Demokratische Partei ödp Erich-Weinert- 134, 10409 (Prenzl. Berg), T 49854050 www.oedp.de

oekogekko Zentrum für Oekologie Gesundheit Kunst und Kommunikation 14552 (Wilhelmshorst), T 033205-210482, info@oekogekko.com www.oekogekko.com

ÖkoLeA Hohensteiner Weg 3, 15377 Oberbarnim, OT Klosterdorf, T 03341-3593930, F -50, www.oekolea.de

Ökowerk Naturschutzzentrum Teufelsseechaussee 22-24, 14193 (Grunewald), T 300005-0, F -15 www.oekowerk.de

Pankgräfin e.V./Wagendorf Karow Pankgrafen- 12d, 13125 (Buchholz) T 475996-24, F -25 www.pankgraefin.de

Permakultur-Akademie Kreutziger- 19, 10247 (Friedrichshain), T 89208488 www.permakultur-akademie.net

per pedes e.V., c/o Heiko Balsmeyer Wilhelm-Kuhr- 82 (Pankow) T 57707707 buero@perpedes-ev.de

PINiE e.V. Pankow c/o NABU Wollank- 4, 13187 (Pankow) F 9867051, www.pinie-solar.de

pro agora - Gesellschaft für nachhaltige Stadtkultur Mühlen- 62-65 13187 (Pankow), T/F 4257731 www.proagora.de

Robin Wood T 20687813 berlin@robinwood.de www.robinwood.de

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Clayallee 226a, 14195 (Dahlem) T 8329-137, F -236

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (SenStadt) Am Köllnischen Park 3, 10179 (Mitte), T 9025-0, F -1073 *Umwelt*-Tel. 9025-1111 www.stadtentwicklung.berlin.de

Solarverein Berlin e.V. Paulsen- 55/56 12163 (Steglitz), T 82097-236, F -366 www.solarverein-berlin.de

Stiftung Naturschutz Berlin Potsdamer- 68, 10785 (Tiergarten) T 26394140, F 2615277 www.stiftung-naturschutz.de

Tauschring Friedrichshain Boxhagener - 89, 10245, T 44359575 www.tauschringe-berlin.de

Tierschutzverein - Tierheim Berlin Hausvaterweg 39, 13057 (Falkenberg), T 76888-0 www.tierschutz-berlin.de

Tierversuchsgegner Dahlmann- 16 10629 (Wilmersdorf), T 3418043 info@tierversuchsgegner-berlin-brandenburg.de

TU-Energieseminar March- 18, 10587 (Charlottenb.), T 314-25280, F -73379 www.tu-berlin.de/fb6/energieseminar

TU-Kooperations- und Beratungsstelle für Umweltfragen - kubus Franklin- 28-29, 7. OG, TUB Sekr. FR 7-1 10587 (Charlottenburg), T 314-24378 F -24276, www.tu-berlin.de/zek/kubus

Dr. Turgut Altug, Leiter des Umweltzentrums, Prinzen- 23, 10969(Kreuzberg), T 69535293, F 56935889 Träger des Umweltzentrums: Türkisch-Deutsches Zentrum e.V.

Ufa-Fabrik/id22 Victoria- 10-18 12105 (Tempelhof), T 75503-0 F -110, www.ufafabrik.de

UMKEHR e.V. *siehe ArbeitskreisVerkehr*

Umsonstladen Brunnen- 183, 10119 (Mitte), www.umsonstladen.info

UfU - Unabhängiges Institut für Umweltfragen Greifswalder- 4 10405 (Prenzl. Berg), T 428499332 F 42800485, www.ufu.de

Umwelt und Bildung e.V. Storkower- 36, 15537 Gosen T/F 03362/8432, www.umbi.de

Umweltämter der Bezirke *siehe Gelbe Seiten: Berlin-Service (vorn) oder Telefonbuch: „Landesregierung - Bezirksämter“ (grau) oder www.berlin.de/verwaltungsfuehrer*

Umweltbeauftragter der Ev. Kirche Pfr. Reinhard Dalchow, Pufendorf- 11 10249 (Friedrichshain), T 526802128 F -29, rdalchow@t-online.de

Umweltberatungsstelle Berlin e.V. Nikolsburger Pl. 6, 10717 (Wilmersdorf) T 8618778, F 8621885

Umweltbüro Berlin Pankow Hansa- 182A, 13088 (Weißensee) T 92091007 oder 92090480 F 92093007, umweltbuero@agrar-boerse-ev.de

Umweltforum Berlin Auferstehungskirche Pufendorf- 11, 10249 (Friedrichshain), T 5268021-0, F -10 www.besondere-orte.de

Umweltforum Karlshorst c/o Warnheim, Heiligenberger - 12, 10318 (Karlshorst) T 5083266

UmweltKontaktstelle Lichtenberg am Interkulturellen Garten, Liebenwalder Str. 12-18, 13055 (Lichtenberg) T 818590-98, F -97, umwelt@sozdia.de, www.umwelt.sozdia.de

Umweltladen Lichtenberg Markt- 7 10317, T 55669587

Umweltladen Mitte Karl-Marx-Allee 31, 10178 (Mitte) T 901822081-22082 F 9019- 48822081 www.berlin.de/ba-mitte/org umweltamt.uwl@ba-mitte.verwalt-berlin.de

Urgewald e.V. Marien- 19/20 10117 (Mitte), T 28482271 www.urgewald.de

VCD - Verkehrsclub Deutschland *LandesGSt* Yorck- 48 ,10965 (Schöneberg), T 4463-664 F -703 www.vcd-nordost.de *BundesGSt* Rudi-Dutschke- 9 10969 (Kreuzberg), T 280351-0 www.vcd.org

VEBU (Vegetarierbund Deutschland) BundesGSt Genthiner - 48 10785 (Schöneberg) T 29028253-0, www.vebu.de Regionalgruppe Ingo Seubert T 34389159, www.berlin.vebu.de

Verbraucher Initiative Elsen- 106 12435 (Treptow), T 536073-3, F -45 www.verbraucher.org

Verbraucherzentrale Berlin Hardenbergplatz 2, 10623 (Charlottenb.) T 214850, F 2117201 www.vz-berlin.de

Volksbund Naturschutz Königin-Luise- 6-8, 14195 (Zehlend), T 84107131 F 83229321, www.vbnev.de

WEED *Weltwirtschaft, Ökologie Entwicklung* Eldenaer- 60 10247 (Friedrichshain), T 275-82163 F -96928, www.weed-online.org

Wurzelwerk e.V. *Food-Coop* Oder- 10 10247 (Friedrichshain), T/F 2941216

WWF Reinhardt- 14, 10117 (Mitte) T 308742-0

Fehler gefunden?
Bitte melden!
Tel. 44 33 91-47,-0
Fax -33
raberalf@grueneliga.de

Rohvolution®

Ein Weg zur gesunden Ernährung

2015

23. Internationale Vitalkostmesse

21. + 22. März

FEZ-Berlin

fez

...vegetarisch, vegan & rohköstlich

FEZ-Berlin
Straße zum FEZ 2
12459 Berlin (Wuhlheide)

Mit Vorträgen + Workshops zu Themen rund um Rohkost und Gesundheit

Weitere Infos unter:
www.rohvolution.de

GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen

14. JUNI 2015
AM BRANDENBURGER TOR

20. UMWELTFESTIVAL

Jetzt anmelden!

www.umweltfestival.de

Ökomarkt am Kollwitzplatz

GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen

AB APRIL
JEDEN DONNERSTAG
WIEDER BIS 19 UHR

mit Ernährungs-, Pilz- und Umweltberatung am Infostand der GRÜNEN LIGA Berlin

Karikatur: Freimut Woessner